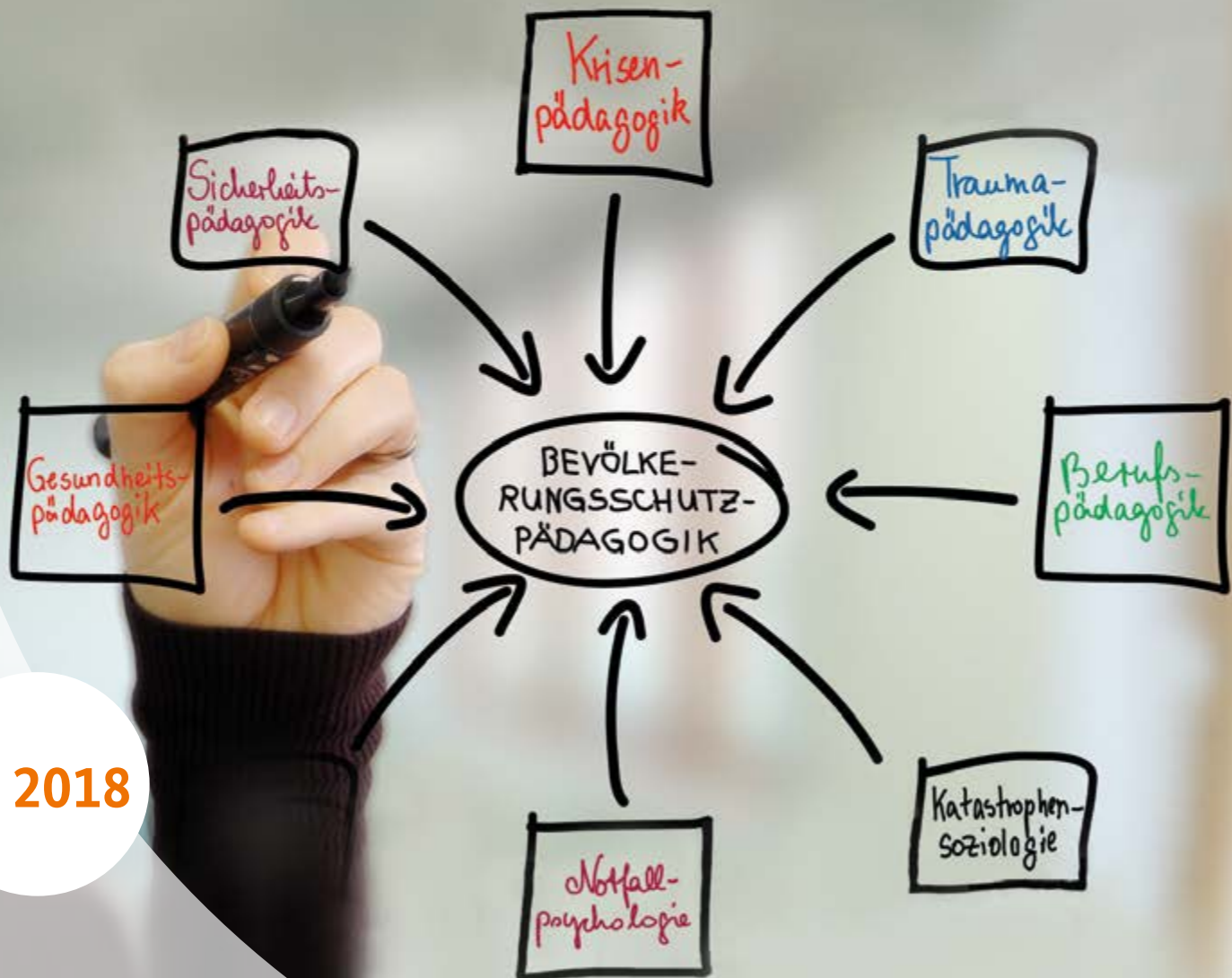




Bevölkerungsschutz

Bevölkerungsschutz- pädagogik



4 | 2018





Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Die „Entdeckung“ der Bevölkerungsschutzpädagogik

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist unbestritten, dass wir als Akteure im System des Bevölkerungsschutzes vor erheblichen Herausforderungen stehen angesichts z. B. der aktuellen Sicherheitslage sowie der an Intensität zunehmenden Naturereignisse. Selbst das Thema „Krieg“ in der Ausprägung hybrider Angriffsszenarien bedroht uns unmittelbar und ist längst nicht mehr undenkbar.

Deutlich wird, dass gerade die Komplexität und die Wechselwirkungen derartiger Lagen das System des Bevölkerungsschutzes

erheblich fordert.

Erforderlich ist es daher umso mehr, dass alle Akteure des gesamtgesellschaftlichen Sicherheitssystems eng zusammenzuwirken und sich schon im Vorfeld möglicher Ereignisse kennen- und einschätzen lernen, um vernetzt handeln zu können.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der AKNZ konfrontieren uns täglich mit einer Reihe von drängenden Fragen, auf die sie angesichts ihrer verantwortungsvollen Aufgaben zu Recht Antworten haben wollen und müssen. Dabei stehen z. B. Fragen nach der optimalen Ausstattung gar nicht einmal so im Vordergrund.

Vielmehr bewegen unsere Teilnehmerinnen und Teilnehmer Fragen wie zum Beispiel

- Wie kann ich in extrem stressigen Einsatzsituationen noch meine Verantwortung und Führungsaufgaben zielgerichtet wahrnehmen?
- Wie muss ich mit den Betroffenen, Verletzten und Erkrankten in ihrem Leid in und nach der Katastrophe angemessen umgehen?
- Wie kann ich meine eigenen Kompetenzen kontinuierlich fortentwickeln und wie kann ich ständig im Training bleiben um für den Tag X bestmöglich vorbereitet zu sein?
- Wie kann und muss ich vor und in einer Krisensituation angemessen kommunizieren?
- Wie kann ich als Verantwortungsträger die Selbsthilfe- und Selbstschutzkompetenz meiner Bürger entwickeln und vor allem schon junge Menschen erreichen?
- Wie kann ich als Ausbilder, Lehrkraft, Lernbegleiter etc. meinen Unterricht so gestalten, dass die mir anvertrauten Menschen Handlungskompetenz zu Wahrnehmung ihrer schwierigen Aufgaben erlangen?

Diese beispielhafte Aufzählung zeigt deutlich, dass Menschen, die in Katastrophen Verantwortung tragen und Führungsaufgaben übernehmen, neben den notwendigen Hard-Skills ein großes Bedürfnis haben, ihre Soft-Skills kontinuierlich zu entwickeln.

Antworten auf die gestellten Fragen findet man im wissenschaftlichen Kontext eher weniger in den Naturwissenschaften, als vielmehr z. B. in den Geistes- und Sozialwissenschaften. In diesem Zusammenhang ist es unabdingbar, den Blick auf die Relevanz der Pädagogik im Sinne einer Erziehungswissenschaft zu richten.

Dies mag verwundern, da die Pädagogik bei der Bewältigung anstehenden Herausforderungen im Bevölkerungsschutz bisher eher eine untergeordnete Rolle spielt.

Das wird und muss sich jedoch ändern und zwar nicht aus einem Selbstzweck missverständlicher Pädagogen heraus sondern aus der tiefen Überzeugung, dass zahlreiche der drängenden Fragen ihre Lösungsansätze und -wege gerade auch in der Pädagogik als Erziehungswissenschaft finden können und werden.

Der derzeit in allen Bildungseinrichtungen des Bevölkerungsschutzes erkennbare Paradigmenwechsel mit einer deutlichen Ausrichtung hin auf Kernfragen der Pädagogik, macht diese bereits stattfindende Entwicklung mehr als deutlich.

Dabei ist Pädagogik als Wissenschaft selbstverständlich nicht gegenstandslos sondern bezieht sich als Wissenschaft unter anderem auf den Gegenstand lebenslanger Lernprozesse, die zum Ziel die Bildung und Erziehung von Menschen haben. Dabei ist sie überwiegend von zutiefst humanitären Gedanken der Toleranz, der Achtung der Menschen mit ihren Fähigkeiten sowie Kompetenzen, der Wertschätzung jedes einzelnen Individuums in und mit seiner Persönlichkeit geleitet.

Deutlich wird hier, dass es um nicht mehr und nicht weniger geht als um das, was den Menschen und die Menschheit im Innersten zusammenhält.

Ich wünsche mir und den Autoren der Artikel, dass wir Ihnen den Blick und das Bewusstsein auf die Bedeutung der Bevölkerungsschutzpädagogik als der Wissenschaft von Erziehung und Bildung, die auf den Bevölkerungsschutz bezogen ist, öffnen konnten.

Viel Spaß beim Lesen!

Ihr

Thomas Mitschke



Thomas Mitschke ist Leiter der Abteilung IV „Zivilschutzausbildung, Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz“ im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.



28

Spiel starten



32



44



35



30



41

BEVÖLKERUNGSSCHUTZPÄDAGOGIK

Pädagogik und Bildungsverständnis im Bevölkerungsschutz	2
Der Setting-Ansatz in der Bevölkerungsschutzbildung Ein Beitrag zur nachhaltigen Förderung der Resilienz der Bevölkerung	8
Digitale Transformation in der beruflichen Bildung	13
Erfolgreiche Digitalisierung im Bildungsbereich	16
Der Weg zu einem Wandel der Lernkultur in den Feuerwehren Verändertes Lernen bei den Feuerwehren unter Berücksichtigung einer konstruktivistisch-kompetenzorientierten Didaktik	20
Soziale Kompetenzen hoch im Kurs – Novellierung der Leitungskräfteausbildung im DRK	23
Niemand ist zu jung, um zu helfen Stärkung der Selbsthilfefähigkeit von Kindern und Jugendlichen	27
Ferienspiele	29

RISIKOMANAGEMENT

Definition von Schutzzielen Herausforderung des Bevölkerungsschutzes am Beispiel der Kritischen Infrastruktur Ernährung	32
--	----

RE(H)STRAIN

Resilience of the Franco-German High Speed Train Network	35
--	----

ZIVILE VERTEIDIGUNG

Ausnahmезustand Teil III: Ist das deutsche Notstandsrecht noch zeitgemäß?	39
--	----

TECHNIK

Helferin bei Hochwasser und Flut: die Schacht-Einlauftonne	43
--	----

FORUM

Arbeiter-Samariter-Bund	45
Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	47
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	48
Deutscher Feuerwehrverband	49
Deutsches Rotes Kreuz	51
Johanniter-Unfall-Hilfe	52
Malteser Hilfsdienst	54
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten /-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	55

RUBRIKEN

Nachrichten	56
Impressum	56

SERIE

Kulturgutschutz in Deutschland	57
--------------------------------	----

Pädagogik und Bildungsverständnis im Bevölkerungsschutz

Harald Karutz und Thomas Mitschke

Bevölkerungsschutz ist ein inter-, trans- und multidisziplinäres Handlungsfeld; eine Vielzahl wissenschaftlicher (Sub-) Disziplinen mit den unterschiedlichsten methodischen Ansätzen, Betrachtungsweisen, Paradigmen und Lösungsansätzen ergänzen sich darin. Besonders starke Prägung hat der Bevölkerungsschutz in Deutschland sicherlich durch das Engagement von Natur- und Ingenieurwissenschaftlern erfahren. Außerdem hat (notfall- und katastrophen-) medizinische Expertise immer schon eine herausragende Rolle gespielt. Erkenntnisse aus den Sozialwissenschaften, im Wesentlichen der Katastrophensoziologie, sowie der (Notfall-) Psychologie – z. B. der Stressforschung, der Psychotraumatologie und der Organisationspsychologie – werden seit etwa 20 Jahren ebenfalls berücksichtigt. Erst in der jüngeren Vergangenheit ist zu beobachten, dass auch erziehungswissenschaftlich begründete Überlegungen einige Beachtung finden. Der folgende Beitrag greift diese aktuelle Entwicklung auf und skizziert Grundzüge dessen, was als „Bevölkerungsschutzpädagogik“ verstanden werden soll. Einige Überlegungen zum Bildungsbegriff im Bevölkerungsschutz schließen sich an.

Die Entstehung einer neuen (Sub-) Disziplin?

Die Gestaltung von Lehr- und Lern- bzw. Bildungsprozessen sowie die Entwicklung und Förderung von (Handlungs-) Kompetenzen stellt im Angesicht der Konfrontation des Menschen mit existenziell bedeutsamen Risiken und Bedrohungen aus einer Vielzahl von Gründen eine besondere Herausforderung dar. Zahlreiche didaktische, methodische und bildungsorganisatorische, aber vor allem auch bildungstheoretische Fragestellungen sind in diesem Zusammenhang noch nahezu ungeklärt.

Lehrkräfte an den Bildungseinrichtungen im Bevölkerungsschutz und viele andere Dozenten, die auf den unterschiedlichsten Ebenen notfallbezogene Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen durchführen, haben diese Problematik längst erkannt. Die pädagogische Praxis im Bevölkerungsschutz – wie auch das eigene Handeln – wird von ihnen zunehmend (selbst-) kritisch reflektiert [10, 17]*.

Überlieferte didaktische Vorstellungen werden im Hinblick auf ihre Begründungen und Wirksamkeit z. B. hinterfragt und modifiziert. Lernzielorientierte, lehrerzentrierte und auf bloßen „Input“ ausgerichtete Beschulungsprozesse im Sinne des Nürnberger Trichters, auch die sogenannte „Schräbchenkunde“ (die Detailüberfrachtung von Lehr-

plänen ohne adäquaten Praxisbezug) und das v. a. bei Feuerwehren und einigen Hilfsorganisationen tradierte „Hofballett“, also realitätsferne Schauübungen ohne wirklichen Lerneffekt, wurden an vielen Bildungseinrichtungen im Bevölkerungsschutz bereits durch kompetenzorientierte Unterrichtskonzepte abgelöst.

Aber nicht nur von pädagogischen Praktikern, sondern auch aus der Erziehungswissenschaft heraus wird „Bevölkerungsschutz“ inzwischen als ein relevantes Forschungsfeld erkannt. Das Deutsche Komitee für Katastrophenvorsorge (DKKV) veranstaltete 2012 beispielsweise ein Symposium unter dem Motto „Risiko Lernen, Lehren, Leben“, bei dem ausdrücklich bildungstheoretische, didaktische und methodische Überlegungen im Mittelpunkt standen [13]. Seit 2014 findet an der Medical School Hamburg eine von Medizinpädagogen ausgerichtete Kongressreihe statt, in der das „Lernfeld Rettungsdienst“ thematisiert wird, und an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) im Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BBK) wurde 2016 ein nunmehr regelmäßig tagendes „Forum Bevölkerungsschutzpädagogik“ etabliert. In vielen anderen Veranstaltungsprogrammen sowie in der einschlägigen Fachliteratur fällt derzeit ebenfalls eine Häufung von erziehungswissenschaftlich begründeten Beiträgen auf. Auf diese Weise zeichnet sich im Bildungssystem des Bevölkerungsschutzes insgesamt eine deutliche pädagogische Professionalisierung ab. Das ist erfreulich: Angesichts vielfältiger Herausforderungen, denen sich Lehrkräfte im Bevölkerungsschutz gegenübersehen (Tab. 1), sind neue Leitgedanken, Denkmodelle und Konzepte auch und gerade im Bildungsbereich dringend erforderlich.

Begründungszusammenhang

Aktuelle Fachdiskussionen bieten für die Erarbeitung einer speziellen Bevölkerungsschutzpädagogik eine ganze Reihe relevanter Anknüpfungspunkte. Die Kritik am unfähigen, desinteressierten Bürger mit „Vollkaskomentalität“, der sich in Notfallsituationen ausschließlich auf professionelle Hilfeleistungen durch Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben verlässt, geht aus Sicht der Erziehungswissenschaft beispielsweise in eine falsche Richtung, weil nicht der Mensch per se unfähig, desinteressiert usw.

* Literaturliste unter <https://www.bbk.bund.de/DE/Service/Publikationen/BS-Magazin/Ergaenzungen/einsehbar>

Pädagogische Herausforderungen im Bevölkerungsschutz
Die einzelnen Zielgruppen von „Bevölkerungsschutzpädagogik“ sind zunächst einmal sehr heterogen.
Der demografische Wandel in der Gesellschaft führt zu einer weiteren Heterogenität dieser Zielgruppen, beispielsweise hinsichtlich des Lebensalters und der Lebenserfahrung.
Auch Migration führt im Bildungsbereich zu Modifikationserfordernissen, weil nicht zuletzt auch diverse Lernkulturen bzw. kulturell unterschiedlich geprägte Lernbiografien aufeinandertreffen.
Einige spezielle Zielgruppen von bevölkerungsschutzbezogenen Bildungsangeboten sind bundesweit disloziert.
Insbesondere ehrenamtlich Aktive im Bevölkerungsschutz stehen für die Teilnahme an Lehrveranstaltungen zeitlich meist nur eingeschränkt zur Verfügung, da ihre Aus-, Fort- und Weiterbildung neben der eigentlichen beruflichen oder sonstigen Tätigkeit stattfinden muss. Vor allem muss beachtet werden, dass die Verdichtung und Flexibilisierung von Arbeit in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen hat und früher verfügbare Ressourcen für ehrenamtliches Engagement inzwischen recht deutlich eingeschränkt sind.
Während das Wissen um und die Komplexität von Gefahren- und Schadenslagen stetig zunimmt, sinkt die Halbwertszeit jener Erkenntnisse, die als gesichert gelten, rapide ab.
Die Bewältigung komplexer Gefahren- und Schadenslagen ist mit immer anspruchsvolleren fachlichen Anforderungen verbunden, insbesondere im Bereich der Techniknutzung bzw. der erforderlichen Mensch-Technik-Interaktion. Zu beachten ist auch, dass Entscheidungen in komplexen Gefahren- und Schadenslagen stets unter großem Zeit- und Handlungsdruck getroffen werden müssen, d.h. das gesamte Bewältigungshandeln findet oftmals in einem psychischen Ausnahmezustand unter Stress und weiteren psychisch-physischen Belastungen statt.
Neue Risiken und Bedrohungen (Globalisierungsfolgen, internationaler Terrorismus, hybride Kriegsführung, Auswirkungen des Klimawandels usw.) erfordern die Anpassung von Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, etwa im Hinblick auf Einsatzstrategien und -taktiken, aber auch im Hinblick auf das Grundverständnis und die eigene Haltung bestimmten Risiken und Bedrohungen gegenüber.
Einher gehen diese Entwicklungen mit der Notwendigkeit des dauerhaften Erhalts erworbener Qualifikationen und Kompetenzen, v.a. im Hinblick auf die Tatsache, dass komplexe Gefahren- und Schadenslagen letztlich doch relativ selten auftreten, d.h. es nur wenig Gelegenheiten zur Routinebildung gibt.
Auch regelmäßige Trainings können nur bedingt zum Qualifikations- bzw. Kompetenzerhalt beitragen, weil die aufgeführten Problemstellungen sich in gleicher Weise natürlich auch auf die Gestaltung von Übungen auswirken.
Die didaktisch-methodischen Grundlagen der zahlreichen Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote sind bezogen auf vorhandene Vorschriften, Richtlinien, Ausbildungsleitfäden, Curricula oder Bildungspläne usw. zwar auf den übergeordneten Organisationsebenen standardisiert, kommen auf der Standort- und damit auf der Handlungsebene häufig aber dennoch unterschiedlich zur Anwendung.
Organisationsübergreifend sind Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote nur bedingt aufeinander abgestimmt und kompatibel. Hinzu kommt, dass fachlichen Generalisierungstendenzen auch einige Spezialisierungstendenzen gegenüber stehen. Insofern besteht derzeit ein äußerst vielgestaltiges Bildungssystem, in dem eher wenig Austausch und Vernetzung vorhanden ist.
Durch föderal geprägte Strukturen im Bevölkerungsschutz wird schließlich noch ein weiteres Spannungsfeld zwischen Einheitlichkeit und Vielfalt erzeugt.

Tab. 1: Pädagogische Herausforderungen im Bevölkerungsschutz (nach [31], S. 3).

ist, sondern sich hier vielmehr ein Bildungsdefizit offenbart. Während ein (vermeintliches!) Fehlverhalten der Bevölkerung („die Bevölkerung tut eben nicht das, was Einsatzkräfte gern hätten“) stets ungläubiges Staunen und oftmals auch Verärgerung hervorruft [42], bleiben die eigentlich im Bildungssystem liegenden Ursachen problematischer Verhaltensweisen überwiegend unbeachtet.

In dieser eher eindimensionalen Betrachtungsweise werden systemische Defizite wie die Insuffizienz bisheriger Bildungsbemühungen im Bevölkerungsschutz jedoch weitgehend ausgeblendet. Dabei verlieren die Empörung über ein „selbstschuttspezifisches Analphabetentum“ (s. z. B. [21]) und das gebetsmühlenartige Beklagen von egoistischem Desinteresse, unterlassenen Hilfeleistungen, „Gaffertum“

usw. augenblicklich einen großen Teil ihrer Legitimation, würde die Kritik an der „ungebildeten“ und „unfähigen“ Bevölkerung als selbstkritische Einsicht in mangelndes Engagement in diesem speziellen Bildungsbereich umgemünzt.

Zum einen wird „der“ Bevölkerung (die ohnehin keine „homogene Masse“ darstellt, sondern sich aus zahlreichen, sehr unterschiedlichen Teilgruppen zusammensetzt) also pauschal eine „notfallbezogene Unmündigkeit“ attestiert, zum anderen werden jedoch keine ausreichenden Bemühungen unternommen, um dieses Problem grundsätzlich zu lösen. So stellt Beerlage [5, S. 28] treffend fest: „Die gegenwärtigen pädagogischen Maßnahmen führen nur mit geringer Wahrscheinlichkeit zu [einer] dauerhaften Verhaltensänderung“.

Insbesondere greift es zu kurz, lediglich ein „Mehr vom Bisherigen“ anzubieten oder die regelmäßige Teilnahme an tradierten „Beschulungsprogrammen“ beispielsweise verpflichtend vorzuschreiben [30]. Solche Überlegungen zeugen auch von einem grundsätzlich unzutreffenden Bildungsverständnis: Es geht eben nicht darum, dass (vermeintliche) „Experten“ (vermeintlich) unwissende „Laien“ klug und kompetent „machen“. Stattdessen sollten individuelle Bildungsbedarfe und -bedürfnisse ebenso berücksichtigt werden wie Bildungsressourcen und -potenziale: Der einzelne Bürger ist sehr wohl lernfähig und motiviert, wenn man den geeigneten Zugang zu und den angemessenen Umgang mit ihm findet!

Für die Gestaltung von Bildungsprozessen auf der Grundlage eines solchen Menschenbildes ist allerdings ein anderer, v.a. vertrauensvollerer und ernster nehmender Umgang mit Bildungspartnern (!) vorauszusetzen, als er verbreitet üblich ist. Dem „laiszierenden, defizitorientierten Ansatz“ [5, S. 26], nach dem unfähige, inkompetente, überforderte und hilflose Menschen in komplexen Gefahren- und Schadenslagen beaufsichtigt, beschäftigt und womöglich sogar „in Schach gehalten“ werden müssen [42, S. 64ff], sollte daher ein „homo calamitatem comprehendens“ gegenübergestellt werden: Die Vorstellung eines gefährdeten, aber eben auch bildungsfähigen Menschen, der in der Konfrontation mit Unglücksfällen durchaus Engagement zur Bewältigung zeigt, sich als Teil einer Gemeinschaft verstehen und sogar über sich hinaus wachsen – aber natürlich auch überfor-

dert, verzweifelt und auf Hilfe durch andere angewiesen sein kann [32].

Nicht nur Einsatz- und Führungskräften, sondern auch den einzelnen Bevölkerungsteilgruppen sollte vor diesem Hintergrund ganz bewusst einiges zugemutet und auch *zutraut* werden. Erste Studien zur Integration ungebundener Spontanhelfer und zu zielführend gestalteter Risiko- und Krisenkommunikation liefern wertvolle Anregungen dazu (siehe z. B. [39] sowie [35, 36]).



Abb. 1: Bevölkerungsschutzpädagogik und benachbarte (Sub-) Disziplinen, ohne Anspruch auf Vollständigkeit!

Weitere Anknüpfungspunkte

Über diesen grundsätzlichen Paradigmenwechsel hinaus, der beispielsweise von Dombrowsky [14] schon vor mehr als 25 Jahren eingefordert worden ist, kann die Genese einer speziellen Bevölkerungsschutzpädagogik noch in weitere Zusammenhänge eingeordnet werden. Derzeit trägt eine Vielzahl aktueller Entwicklungen dazu bei, v. a. das *pädagogische Engagement* im Bevölkerungsschutz zu intensivieren. Nur eine sehr beschränkte Auswahl kann an dieser Stelle exemplarisch aufgezeigt werden:

- Erkenntnisse aus der pädagogischen Psychologie und den Neurowissenschaften zum menschlichen Lernverhalten sowie zur Gestaltung effektiver Lernprozesse liefern inzwischen deutliche Belege dafür, dass vorrangig auf Informationsvermittlung abzielende Unterrichtskonzepte wenig zielführend sind, wenn man Menschen ernsthaft zu etwas befähigen und „ermächtigen“ möchte. Stattdessen liegen inzwischen hoch effektive, weitaus wirksamere Konzepte zur Kompetenzentwicklung vor, die insbesondere in der beruflichen Bildung auch bereits weit verbreitet sind [3, 44, 2].
- Insbesondere hat sich herausgestellt, dass zwischen dem „klassischen“ Unterricht und der Realität bzw. (Einsatz-) Praxis eine erhebliche „Transferlücke“ [18, S. 183] besteht. Ohnehin erfolgt nur ein relativ geringer Anteil der Kompetenzentwicklung im Rahmen formeller und institutionalisierter Lehrveranstaltungen [2]: Vorrangig gelernt wird stattdessen in der Praxis.
- Evaluationen von Lehr- und Lernprozessen verweisen auf die Bedeutung des Dozentenverhaltens bzw. auch der

„Lehrerpersönlichkeit“ (z. B. [23]): Gefordert sind nicht etwa allwissende Vortragende, sondern Mentoren und Lernbegleiter, die v. a. ein lernförderliches Klima schaffen, zu ihren Lernpartnern Beziehungen knüpfen und ein konstruktives Feedback geben können.

- In der Psychotraumatologie wird ein hoher Bildungsstand explizit als „protektiver Faktor“ betrachtet, der vor Überforderungssituationen sowie der Entstehung negativer psychischer Folgen nach Unglücksfällen schützt und dazu beitragen kann, die eigene Handlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten [28]. Posttraumatische Belastungsstörungen treten bei einem höheren Bildungsstand erwiesenermaßen seltener auf [11]. Einer ganzheitlich umfassenden „Notfall-Bildung“ von Einsatzkräften, aber auch der Bevölkerung insgesamt, ist schon aus diesem Grund eine verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen.
- Aus den Gesundheitswissenschaften heraus wird ebenfalls auf die Notwendigkeit notfallbezogener Bildungsstrategien hingewiesen. So enthalten die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) bereits 2013 publizierten europäischen Gesundheitsziele explizit Hinweise auf „Emergency Preparedness und Community Resilienz“ [46], und tatsächlich lassen sich, wie von Beerlage [4] sehr differenziert dargestellt, zahlreiche Ansätze zur Krankheitsprävention und zur Gesundheitsförderung, d. h. zur Förderung der *health literacy* insgesamt, auf Bildungsbemühungen im Bevölkerungsschutz beziehen bzw. übertragen.
- Schließlich kommen Stimmen aus der (Einsatz-) Praxis hinzu, die aus einsatztaktischen Gründen und vor dem Hintergrund der verfügbaren, behördlich organisierten Ressourcen zur Gefahrenabwehr eindringlich eine Förderung der Selbsthilfekompetenz der Bevölkerung anmahnen. Insofern ergeben sich nicht nur aus der Erziehungswissenschaft selbst, sondern aus ganz verschiedenen Wissenschaftsbereichen und Handlungsfeldern heraus Ansatzpunkte für die Genese dessen, was hier als „Bevölkerungsschutzpädagogik“ beschrieben werden soll.

Definition und Zielgruppen von Bevölkerungsschutzpädagogik

Deutlich zeichnet sich ab, dass Bevölkerungsschutzpädagogik – mit all ihren Schnittmengen zu weiteren pädagogischen Handlungsfeldern (Abb. 1) – keineswegs nur auf die notfallbezogene Erziehung von Kindern, sondern ebenso auf Erwachsenen- bzw. Berufsbildung, Bildungsmanagement sowie nicht zuletzt auch auf die Übernahme von Führungs- und Leitungsverantwortung abzielen muss. Bevölkerungsschutzpädagogik ist weitaus mehr als nur die Nutzung von Methoden und Medien in einem Unterrichtsraum; sie bezieht beispielsweise auch die Führungslehre, die Auswahl und Strukturierung von Bildungsprozessen sowie die Personal- und Organisationsentwicklung ein [42]. In Anlehnung an den Begriff der Notfallpädagogik [27, 28] wird vor diesem Hintergrund folgende (Arbeits-) Definition von „Bevölkerungsschutzpädagogik“ vorgeschlagen:

Übergeordnetes Bildungsziel: Notfallbezogene Mündigkeit			
	Kinder und Jugendliche	Erwachsene	Einsatz- und Führungskräfte sowie übergeordnete Verantwortungsträger im Bevölkerungsschutz
Potenziale und Ressourcen (Darstellung jeweils beispielhaft!)	<ul style="list-style-type: none"> • Kindliche Unbefangenheit, Neugier und intrinsische Motivation • Familie • Freundeskreis 	Berufliche und private (z. B. durch Hobbys erworbene) Handlungskompetenzen und Interessen <ul style="list-style-type: none"> • Familie • Nachbarschaft • Kollegen • Freundeskreis 	Berufliche Handlungskompetenzen <ul style="list-style-type: none"> • Familie • Nachbarschaft • Kollegen • Freundeskreis • Spezielle Erfahrungen und dadurch erweitertes Weltbild
Inhalte	<ul style="list-style-type: none"> • Einfache Hilfeleistungen • Umgang mit Emotionen und Konflikten • Umgang mit Gefahren • Unfallverhütung • Gesundheit und Krankheit 	<ul style="list-style-type: none"> • Komplexere Selbsthilfekompetenzen • Anlegen eines Notvorrates • Notfallplanungen • Aufgaben und Arbeitsweisen der BOS • Verfassen einer Patientenverfügung 	<ul style="list-style-type: none"> • Spezialwissen und -kompetenzen
Methoden	<ul style="list-style-type: none"> • Spielerische Heranführungen • „Serious games“ • Erlebnispädagogische Ansätze • Übung und Training 	<ul style="list-style-type: none"> • Partizipative Ansätze • Diskussion und Reflexion • Problemorientiertes Lernen • Selbstgesteuertes Lernen • Erlebnispädagogische Ansätze • Übung und Training 	<ul style="list-style-type: none"> • Partizipative Ansätze • Diskussion und Reflexion • Problemorientiertes Lernen • Selbstgesteuertes Lernen • Erlebnispädagogische Ansätze • Übung und Training • Blended bzw. E-Learning • Drill
Bildungsplanung	Dem Alter und Entwicklungsstand sowie den Bedarfen und Bedürfnissen entsprechende Angebotsdifferenzierung	Allgemeinen Anforderungs- und Kompetenzprofilen sowie den Bedarfen und Bedürfnissen entsprechende Angebotsdifferenzierung	Speziellen Anforderungs- und Kompetenzprofilen sowie den Bedarfen und Bedürfnissen entsprechende Angebotsdifferenzierung
Initiierungsoptionen	Bewusstseinsbildung und Kompetenzentwicklung durch Verknüpfung mit <ul style="list-style-type: none"> • Alltagserfahrungen • Gesundheits- und Sicherheitserziehung • Integration in entsprechende Fächer und Projekte • spezielle Angebote wie z. B. Erste-Hilfe und Brandschutzerziehung 	Bewusstseinsbildung und Kompetenzentwicklung durch Verknüpfung mit <ul style="list-style-type: none"> • beruflicher und akademischer Bildung • Lernprozessen in der alltäglichen Lebenswelt (lebenslang!) • spezielle Angebote im Rahmen klassischer Erwachsenenbildung 	Bewusstseinsbildung und Kompetenzentwicklung durch <ul style="list-style-type: none"> • spezielle Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote • begleitende Reflexion von Notfall- bzw. Einsatzerfahrungen in der Praxis
Lehrende	<ul style="list-style-type: none"> • Emergency Educators („Notfallzieher“) • Eltern • Peers 	<ul style="list-style-type: none"> • Multiplikatoren („Notfallberater“) • Peers 	<ul style="list-style-type: none"> • Dozenten • Mentoren • Lerncoachs und Lernbegleiter
Orte und Institutionen (Cave: Vernetzung von Bildungs-, Gesundheits-, Innenressort)	<ul style="list-style-type: none"> • Kindergärten • Schulen • Jugendgruppen • Vereine • Familie • Freundeskreis 	<ul style="list-style-type: none"> • Berufsschulen • Hochschulen • Arbeitgeber • Vereine • Familie • Nachbarschaft • Kollegen • Freundeskreis 	<ul style="list-style-type: none"> • (Berufs-) Fachschulen • Hochschulen • Einrichtungen der BOS • AKNZ

Tab. 2: „Didaktik-Matrix“ zur Gestaltung von Bildungsprozessen für unterschiedliche Zielgruppen im Bevölkerungsschutz (ohne Anspruch auf Vollständigkeit).

„Bevölkerungsschutzpädagogik ist die Wissenschaft von Erziehung und Bildung, die auf den Bevölkerungsschutz bezogen ist. Sie entwickelt Theorien, Konzepte und Methoden für eine bevölkerungsschutzbezogene Erziehung sowie Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen mit dem Ziel, bei den handelnden Akteuren und der Bevölkerung insgesamt bevölkerungsschutzbezogene Mündigkeit zu entwickeln. Synonym kann auch von bevölkerungsschutzbezogener Erziehungswissenschaft gesprochen werden“ [37, S. 156].

Adressaten von Bevölkerungsschutzpädagogik sind Kinder und Jugendliche, Erwachsene jeden Alters und jegliche Bevölkerungsteilgruppen sowie Einsatz- bzw. Führungskräfte und übergeordnete Verantwortungsträger im Bevölkerungsschutz gleichermaßen, wobei diese Zielgruppen im Hinblick auf die Gestaltung bedarfs- und bedürfnis-

nisgerechter Bildungspläne, -maßnahmen und -angebote (Tab. 2) sicherlich weiter ausdifferenzieren sind.

Entwicklungspotenziale

Vereinzelte vorliegende Studien zur Gestaltung und zu den Ergebnissen bestimmter Bildungsmaßnahmen (z. B. [6]) liefern Hinweise darauf, dass im Bevölkerungsschutz noch ein erhebliches Entwicklungspotenzial vorhanden ist: Unidirektionale Informationsmaterialien („Flyer“) für die Bevölkerung, aber auch tradierte Kursangebote nutzen z. B. vergleichsweise wenig [19]. Sie folgen überwiegend einem inzwischen als veraltet anzusehenden „präventionsrationalistischen Furcht-Appell-Ansatz, in dem davon ausgegangen

wird, dass einfache Risikoinformationen unmittelbar zu Verhaltensänderungen führen“ [5, S. 27] – und sie werden den grundsätzlichen Anforderungen an eine zeitgemäße Gestaltung von Bildungsprozessen oftmals ohnehin nicht mehr gerecht (s. Beitrag von Beerlage ab S. 8 in diesem Heft).

Während im Bereich der beruflichen Bildung flexibilisierte E- oder Blended-Learning-Konzepte, lernfeldorientierte Curricula und die längerfristige, begleitete Kompetenzentwicklung in der Praxis Einzug gehalten haben [15, 33, 44], ist dies in vielen bevölkerungsschutzbezogenen Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Einsatz- und Führungskräfte, zumindest flächendeckend, noch nicht der Fall. Häufig herrscht weiterhin die (unzutreffende!) Vorstellung vor, „dass man eben einen Kurs besucht – und danach sogleich etwas kann“.

Auch der Wechsel von ausschließlich anpassungs- zu gestaltungsorientierten und selbstgesteuerten Bildungsprozessen steht vielerorts erst noch aus. In Teilbereichen sind derzeit sogar eher Entwicklungsrückschritte zu konstatieren. So wird die Intention des 2014 verabschiedeten Notfallsanitätärgesetzes, das an sich einen wesentlichen Beitrag zur Professionalisierung der Ausbildung von Rettungsfachpersonal leisten könnte, an einigen Bildungseinrichtungen dadurch konterkariert und geradezu ad absurdum geführt, dass das bloße Auswendiglernen (!) und möglichst exakte Abarbeiten von Versorgungsalgorithmus nun ein Fortschritt sein soll. Aus Sicht der Berufsbildungsforschung liegt hier jedoch ein Rückfall in die 1970-er Jahre vor, der langjährig erfahrene Lehrkräfte vielleicht noch an den „programmierten Unterricht“ erinnern wird, aber mit zeitgemäßer beruflicher Bildung kaum etwas zu tun hat.

Bildungsbegriff in der Bevölkerungsschutzpädagogik

Ein modernes Bildungsverständnis im Bevölkerungsschutz könnte ausgehend von zwei elementaren Fragestellungen erarbeitet werden: Einerseits sollte geklärt werden, wie Menschen auf die Bewältigung konkreter Notfallsituationen vorbereitet werden können. Andererseits sollte der Überlegung nachgegangen werden, inwiefern Unglücke, Krisen und Katastrophen denn grundsätzlich – über die konkrete Notwendigkeit hinaus, ein bestimmtes Bewältigungshandeln zu erlernen und zu zeigen – einen existenziell bedeutsamen *Bildungsgehalt* aufweisen.

Der eine Bildungsaspekt ist die Entwicklung von Fach-, Sozial-, Human- und Methodenkompetenz [18], um einer besonderen Herausforderung – rein praktisch, handelnd – gerecht zu werden. Konkret gemeint sind damit „die Bereitschaft und die Befähigung des Einzelnen, sich in bevölkerungsschutz relevanten Situationen durchdacht sowie individuell und sozial verantwortlich zu verhalten“ [31, S. 2-5] (Abb. 2).

Darüber hinaus sollte aber noch ein weiterer Aspekt Beachtung finden, der weitgehend unabhängig vom praktischen Nutzen und dem konkreten „Verwertungspotenzial“ von Unterrichtsinhalten ist. Tatsächlich sind Unglücke, Krisen und Katastrophen nicht nur mit Bedrohungen, Risiken, Gefahren und Zerstörungen verbunden, sondern sie

bieten immer auch Chancen zur Reifung, zur Entwicklung, zu (innerem) Wachstum und zu einem konstruktiven Neubeginn: Solche Ereignisse müssen also keineswegs „furchtbar enden“, sondern sie können – pädagogisch betrachtet – durchaus „fruchtbar sein“ [12, S. 10].

Umso mehr sollte nicht allein auf die Entwicklung von Handlungskompetenz abgezielt werden, sondern es sollte insbesondere auch um „Sinn-Findung“ und ein tieferes *Verständnis* von Unglücksfällen gehen [29; ausführlich 40]. Neben der Bildung für Krisen und Katastrophen rückt auf diese Weise Bildung durch Krisen und Katastrophen in den erweiterten Fokus der Betrachtung. Dazu kann u. a. an folgende Überlegungen angeknüpft werden:

- Im Erziehungskonzept des Pädagogen Kurt Hahn werden Kinder und Jugendliche explizit als Notfallhelfer ausgebildet. Parallel zur übrigen Schulbildung versehen sie Dienst in der Bergwacht, in der Wasserrettung oder im Sanitätsdienst. Hahn geht davon aus, dass nicht nur der tatsächliche Einsatz in einem Ernstfall, sondern auch schon die realistische Vorbereitung darauf „eine befreiende und veredelnde Wirkung auf junge Menschen ausübt“ (Hahn 1962; zit. n. [34, S. 87]). Er beschreibt die Beschäftigung mit Notfällen und den aktiven Einsatz in der Notfallhilfe als einen wesentlichen Beitrag zur Befriedigung des jugendlichen Tatendrangs, vor allem aber auch zur Entwicklung von Selbstvertrauen, Verantwortungsbewusstsein, menschlicher Anteilnahme sowie der Verpflichtung zu sozialem Handeln [16, 34].

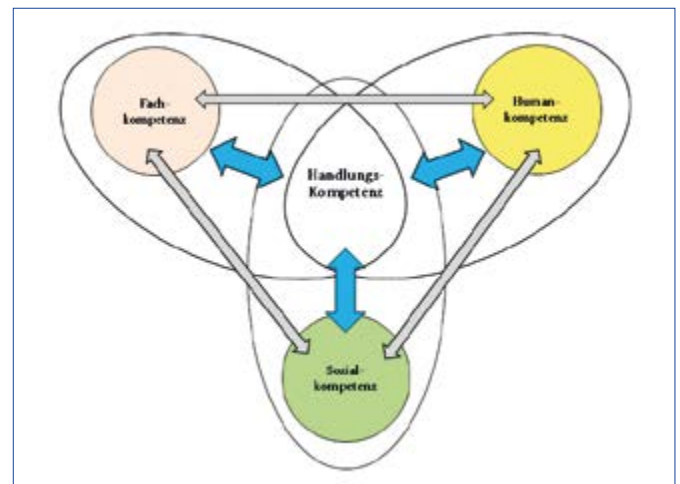


Abb. 2: Handlungskompetenz im Bevölkerungsschutz (nach KMK 2007)

- Persönlichkeitsbildende Aspekte der Auseinandersetzung mit Krisen und Katastrophen werden in ähnlicher Weise auch von der Erziehungswissenschaftlerin Astrid Kaiser [25, 26] in ihren Ausführungen zur „Menschenbildung in Katastrophenzeiten“ betont: „Wir brauchen nicht nur die Stärke, uns mit körperlicher Kraft gegen die Folgen von Katastrophen zu wenden, also Sandsäcke zu stapeln oder Feuer zu ersticken oder Sturmschäden zu reparieren. Viel wichtiger ist es, wie weit wir in der Lage sind, nun auch als ganze Person mit diesen Herausforderungen klar zu kommen“ [25, S. 12].

- Im Konzept der pädagogischen Anthropologie von Otto-Friedrich Bollnow (und der daraus abgeleiteten Krisenpädagogik; [1]) werden Erfahrungen von Unglücken, menschlichem Scheitern und Trauer schließlich als „unstetige Formen der Bildung“ bezeichnet, die nicht nur unvermeidbar, sondern sogar notwendig sind, um sich als Mensch weiterzuentwickeln [8, 9]: „Der Mensch verwirklicht seine eigene Existenz nur in der Krise und nur durch die Krise. Und weil diese eigentliche Existenz nur im Prozess und nie als Ergebnis zu erringen ist, so heißt das: Der Mensch existiert nur, sofern er in der Krise steht“ [7, S. 12].

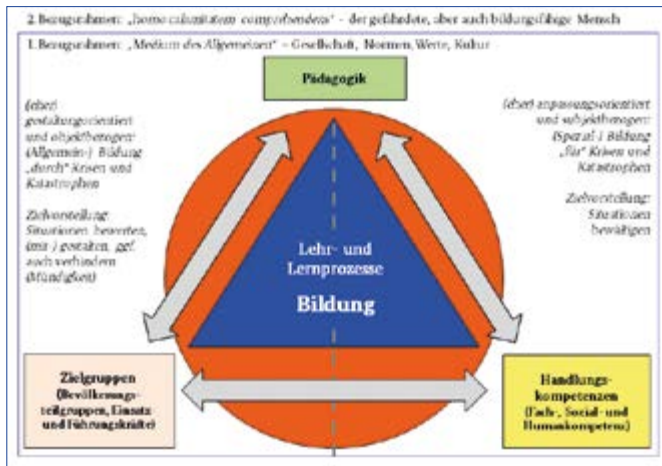


Abb. 3: Bildungsbegriff im Bevölkerungsschutz.

Bildungsprozesse im Bevölkerungsschutz sollten also nicht ausschließlich zweckgebunden qualifizieren und auf bloße Funktionalität hin ausgerichtet sein. Stattdessen sollte ebenso thematisiert werden, was Krisen- und Katastrophenerfahrungen überhaupt für das Menschsein bedeuten – und wie nicht nur für sie bzw. für ihre Bewältigung, sondern auch aus ihnen heraus eine Erkenntnis für die grundsätzliche Lebensgestaltung abgeleitet werden kann [1, 41]. Beispielsweise genannt werden könnte die Einsicht in die Endlichkeit und Zerbrechlichkeit menschlichen Lebens, das Akzeptieren von Schwächen und Erfahrungen des Scheiterns, das Verständnis für komplexe Zusammenhänge, die Einsicht in die Notwendigkeit von begründetem, flexiblem Handeln und sozialem Engagement, das Empfinden von Glück sowie die Dankbarkeit für Unversehrtheit, die Veränderung von Prioritäten und vieles andere mehr [25, 26].

Neben der Befähigung zur Bewältigung einzelner Notfallsituationen sollte es ferner darum gehen, auch die Entstehung ebensolcher Notfallsituationen nachzuvollziehen, ihre Ursachen zu bewerten, sie ggf. auch zu verhindern und letztlich fundiert begründet (mit) zu entscheiden, wie die Gesellschaft eigentlich mit welchen Risiken umgehen soll: Ein umfassendes Bildungsverständnis im Bevölkerungsschutz geht somit über Kompetenzentwicklung als Anpassung hinaus und zielt auf die (Mit-) Gestaltung im Allgemeinen – der Gesellschaft und ihrer Lebensbedingungen – sowie auf notfallbezogene Mündigkeit im Sinne verantwortlicher Selbst- und Mitbestimmungsfähigkeit bzw. Solidarität. Auf diese Weise ist Bevölkerungsschutzbildung auch

weitaus mehr als nur das spezielle Training des richtigen Verhaltens in einem Unglücksfall. Vielmehr kann sie einen äußerst wertvollen allgemeinbildenden – idealerweise sogar Demokratie fördernden – Beitrag leisten. Die hoch komplexen Bezüge, die sich aus diesem Bildungsverständnis ergeben, werden in einer adaptierten Version des allgemein bekannten „didaktischen Dreiecks“ veranschaulicht (Abb. 3).

Schlussbetrachtung

Dass die Konfrontation und der Umgang mit Unglücken, Krisen und Katastrophen eine angemessene Vorbereitung voraussetzt, ist zweifellos keine neue Erkenntnis. In einer Veröffentlichung zur pädagogischen Anthropologie schrieb der Erziehungswissenschaftler Hammann bspw. schon 1993 [20, S. 130]: „Es erscheint unverzichtbar, dass der [...] Mensch ein Grundvertrauen in die Sinnhaftigkeit des eigenen Lebens und des Seins schlechthin gewinnt. Gerade in Anbetracht so vieler Übel, Leiden, Katastrophen, angesichts von Versagen, Schuld, Tod sowie der Erfahrung des vom Scheitern bedrohten Lebens darf er nicht allein gelassen werden. Er muss auf die Konfrontation mit solchen Phänomenen vorbereitet, zu ihrer Interpretation und Bewältigung ermächtigt werden.“ Die Entwicklung der hierfür erforderlichen Handlungskompetenzen, aber auch die Auseinandersetzung mit existenziellen Bedrohungen insgesamt, macht also eine pädagogische Unterstützung und Begleitung erforderlich.

Eindeutig ist Bildung demnach als ein wesentlicher Beitrag zur Katastrophenvorsorge anzusehen [24]; „Bildung von Menschen ist ein entscheidender Weg, um mit der Gefahr wachsender Katastrophen zukunftsgerichtet umzugehen“ [25, S. 21]. Im Gegensatz zu anderen Wissenschaften wird der Pädagogik im eher technokratisch geprägten System des deutschen Bevölkerungsschutzes jedoch noch immer nicht die eigentlich notwendige Bedeutung beigemessen. Vergleiche mit Entwicklungen in anderen Ländern zeigen auf, dass hierzulande ein gewisser Nachholbedarf besteht [38, 22].

Der Pädagogik und engagierten Pädagogen sollte im Bevölkerungsschutzsystem angemessener Raum, die erforderliche Zeit und nicht zuletzt die erforderliche Finanzierung zugestanden werden, um ihre spezifischen Kompetenzen zu entfalten und zur Wirkung zu bringen. Für die Gestaltung von Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, für die die Weiterentwicklung des Bevölkerungsschutzsystems und vor allem: Für die auf notfallbezogene Mündigkeit abzielende Entfaltung des Menschen an sich ist pädagogische Professionalität unverzichtbar. Der speziellen „Bevölkerungsschutzpädagogik“ ist zu wünschen, dass sie sich in den kommenden Jahren als wertvolle (Sub-) Disziplin etabliert.

Diplom-Pädagoge Dr. Harald Karutz ist Professor für Notfall- und Rettungsmanagement an der MSH Medical School Hamburg. Parallel leitet er das Notfallpädagogische Institut in Essen.

Thomas Mitschke ist Lehrer für die Sekundarstufe I und II., tätig als Abteilungsleiter IV „Zivilschutzausbildung, Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz“ im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK).

Der Setting-Ansatz in der Bevölkerungsschutzbildung

Ein Beitrag zur nachhaltigen Förderung der Resilienz der Bevölkerung

Irmtraud Beerlage

Der Beitrag rückt Bildungsmaßnahmen zur nachhaltigen Stärkung der Vorsorge- und Notfallkompetenzen vor allem der Bürger ins Zentrum. Als Ziel der Bildungsmaßnahmen wird die Stärkung der Schutz- und Selbsthilfefähigkeit im heimischen Umfeld oder in den sozialen Umwelten angestrebt, in denen die Bürger leben, arbeiten, lernen und ihre Freizeit verbringen. Der Beitrag geht der Frage nach, welcher Bildungsansatz dem Anspruch gerecht wird, den Bürger als lebenswelt-kompetenten Partner aktiv einzubeziehen, nachhaltig Vorsorgewissen und

-handeln im Alltag zu verankern und zugleich der Zusammenhalt des Gemeinwesens – nicht nur, aber insbesondere für Notfallsituationen – dauerhaft zu stärken. Potentiale der Bevölkerungsschutzbildung werden in den Erfahrungen und Kompetenzen im System der gesundheitlichen Prävention und Gesundheitsförderung ausgemacht. Insbesondere der „Setting-Ansatz“ wird als Chance begriffen, ein höheres Maß an Partizipation und Empowerment in der Kooperation mit dem Bürger umzusetzen.

Die Bevölkerung – Adressat fertiger Bildungspakete

Moderne Bevölkerungsschutz-Konzepte betonen die Bedeutung der Resilienz der Bevölkerung als Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Resilienz [25; 22]*. Im Bevölkerungsschutz sei die Bevölkerung ein „gestaltender“ Partner“ [31, S. 298], mit dem „auf Augenhöhe“ [24, S. 139] kommuniziert werden könne und solle – in der Gestaltung der Krisenkommunikation (Reez, 2013), in der Einbindung „ungebundener Helfer“ und „Spontanhelfer“ [55], aber auch in der Psychosozialen Notfallversorgung [5, 14]. Damit werden grundsätzlich bereits vorhandene Kompetenzen angenommen, die sich von der professionellen Herangehensweise zwar unterscheiden, aber in der Lebenswelt unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen sinnvoll und gar hilfreicher sein können.

In Bezug auf die **Vorsorgekompetenz** der Bevölkerung scheint dieses „Mehr“ und „Anders“ jedoch bislang noch wenig Berücksichtigung zu finden: so wurde in einer jüngeren Studie zur Erhebung des Notfallwissens der Bevölkerung abgefragt, ob die Bürger das wissen, was die Professionellen denken, das sie wissen sollten [39, 40, 53]. Es werden zwar durchaus erhebliche Wissensdefizite je nach Notfallszenario erkennbar, die der Korrektur oder Ergänzung durch Bildungsmaßnahmen bedürfen. Es wurde jedoch nicht erhoben, wie die Bürger sich vielleicht auch mit anderen Mitteln „zu helfen wissen“, auch in Situationen, in denen üblicherweise keine professionellen Helfer angerufen werden (z. B. leichte bis mittelschwere Verletzungen, Vergiftungen, Sonnenstich...), und wie sie sich davor schützen.

Mit dieser Herangehensweise werden Nicht-Mitglieder in einer BOS grundsätzlich als „Laien“ betrachtet. Bürger außerhalb der BOS können jedoch durchaus „Experten ihrer Lebenswelt“ auch in Notfallsituationen sein: Sie können so-

wohl für ortsgebundene und/oder zielgruppenspezifische Gefahren (Stromquellen, Sturzgefahren für alte Menschen, Vergiftungen und Unfallrisiken bei Kindern, Haushaltsunfälle bei Erwachsenen...) als auch für daran angepasste Schutzstrategien über hilfreiche Schutz- und Bewältigungsstrategien verfügen, z. B. da sie Notfälle vor Ort bereits gemeistert haben oder durch ihre Bildungs- und Berufswege über einschlägiges Wissen verfügen (z. B. als Angehörige medizinischer Berufe, Chemiker, Biologen, Sicherheitsingenieure, Elektriker, Installateure, Mitarbeiter im BBK...).

In der Folge des **laiszierenden, defizitorientierten Bildes der Bevölkerung** werden Bildungsmaßnahmen im Bevölkerungsschutz zur Förderung der Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeit umgesetzt, die geprägt sind durch die Annahme, dass der Bürger einer „Aufklärung“ durch „Experten“ [39] oder „konkreter Verhaltensanleitungen“ bedarf [26], S.139). Implizit liegt den Bildungsmaßnahmen ein **enges Konzept von Notfallkompetenz** zugrunde, „Disaster Literacy ist die [...] Fähigkeit von Individuen, Informationen zu lesen, zu verstehen und zu nutzen, um informationsbasierte Entscheidungen zu treffen und Instruktionen zu befolgen im Kontext der Abpufferung, Vorbereitung, Handhabung und Bewältigung von Notallereignissen“ [10, S. 250], (dt. Übersetzung IB).

Es wird **zudem ein individualistisches, in Bezug auf soziale Potenziale eingeschränktes Bild der Bevölkerung gezeichnet**. Die Bevölkerung wird als Summe von Individuen verstanden, die zu *individuellen* Verhaltensänderungen motiviert werden sollen [26, 33]. Es wird angenommen, dass die Bürger allenfalls in gemeinsamen Haushalten und den

* Literaturliste unter <https://www.bbk.bund.de/DE/Service/Publikationen/BS-Magazin/Ergaenzungen/einsehbar>

Nachbarschaften ihrer Wohnumgebung soziale Kontakte pflegen, nur dort ihre Vorsorgemaßnahmen teilen [17, 30, 56]. Es wird dabei außer Acht gelassen, dass Bürger an mehreren anderen sozialen Orten jenseits von Familie und Nachbarschaft einen großen, gar größeren Teil ihrer Lebenszeit verbringen, dort auch (gemeinschaftliches) Handeln in Notfallsituationen vorbereiten können und sich dort binnen kürzerer Zeit im Ereignisfall selbst organisieren können, z. B. am Arbeitsplatz, in Schule und Kindertagesstätte, im Sportverein und Chor. So werden bislang noch Möglichkeiten gemeinschaftlicher, verbindlicher Notfallvorsorge und Selbsthilfe in den täglichen Lebenswelten nicht ausgeschöpft.

Ausgehend von dieser Bild der Bevölkerung sind die **Bildungsstrategien** zur Vermittlung von Bevölkerungsschutzbezogenen Kompetenzen **wissenszentriert** („Informationen“) **unidirektional** und **massenmedial**. Diversität wird über eine zielgruppenspezifische Ansprache, z. B. auch in anderen Sprachen, angestrebt, wobei dieser Ansatz rasch an die Grenzen der in der Bundesrepublik anzutreffenden kulturellen und lebensweltlichen Vielfalt stößt. Broschüren wie „Katastrophenalarm“ [13] oder die Warn-App „NINA“ folgen einem präventionsrationalistischen Furcht-Appell-Ansatz ([3], Rosenbrock, 1986), in dem davon ausgegangen wird, dass Risikoinformationen und Handlungsanweisungen unmittelbar zu Verhaltensänderungen führen. Die geringe Wirksamkeit dieser Bildungsstrategie ist empirisch gut belegt [42, 45].

Bildungsinhalte sowie das **Bildungs- und Handlungsziel** werden durch externe Experten definiert, unabhängig von lokalen Risiko- oder Ressourcen-Besonderheiten. Maßstab ist der Korpus des Wissens der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben [33, 50]. Es werden nach einem klassischen „Erziehungsansatz“ fertige, „**Aufklärungspakete**“ an Individuen medial „herangetragen“, in Institutionen wie Schule, Kindergarten, Integrationskurse „hinein getragen“ und durch Einzelaktionen wie Projekttag oder einen Besuch der Feuerwehr zur Brandschutzerziehung ergänzt. Die differenzielle Reichweite und Nachhaltigkeit von Maßnahmen der Bevölkerungsschutzbildung sind **bislang nicht evaluiert**.

In gegenwärtigen **weiterführenden Überlegungen** zur Stärkung der persönlichen Notfallvorsorge, die komplexere gesundheitspsychologische Modelle zur Vorhersage und Herbeiführung von Vorsorgeverhalten berücksichtigen, wird dem Einfluss realer soziale Netzwerke Rechnung getragen. Jedoch sollen außerhalb der Nachbarschaft oder Bildungsinstitutionen diese realen **sozialen Netzwerke eher „genutzt“** werden, um den Diffusionsprozess von behördlichen Informationen zu beschleunigen [26; s. a. 33], als dass diese Netzwerke darin begleitet werden, ihre Vorsorge mit all der dort vorhandenen Klugheit auf ihre Art und Weise und mit ihrer Prioritätensetzen zu organisieren und gemeinschaftlich relevantes Handlungswissen selber zu erarbeiten.

Soziale Kompetenzen werden als **Bildungsziel** in „Max und Flocke im Helferland“ (siehe in diesem Heft S. 27 f) in einem Teilmodul vermittelt. So beschreibt auch [36] Empathie und eine „Caring“-Orientierung als zu vermittelnde Komponenten der „Katastrophenkompetenz“.

So bleiben die Bürger(gruppen) insgesamt „**Adressaten**“ oder „**Multiplikatoren**“ behördlicher Information und gelangen nicht in den Status des „Partners“. Die dialogische Kommunikation und Kooperation auf Augenhöhe mit dem klugen, initiativen, aktiven und kompetenten Bürger ist in den bisherigen Bildungsmaßnahmen nicht verankert. Überlegungen zur Stärkung der Notfallkompetenz der Bevölkerung folgen eher der **Logik der Öffentlichkeitsarbeit** als der Strategie „Problemverständnissen einzuholen“ oder „erfahrungsbasiertes und alltagsbezogenes Wissen einzubeziehen“ [51, S. 373]. „Professionelles Handwerk ist wichtig, um den Leser von heute einzufangen und bei der Stange zu halten, [...] Was habe ich dem Bürger zu sagen?“ [20, S. 301]



Abb. 1: Traditioneller Erziehungsansatz in der Notfallpädagogik (© Beerlage, 2018).

Erfahrungen in Gesundheitsförderung und Prävention

Auch in der Gesundheitsförderung und gesundheitlichen Prävention steht man seit nunmehr über 50 Jahren vor der Herausforderung, Menschen über – i. d. R. allzu menschlich subjektiv unterschätzte – gesundheitliche Risiken zu informieren und zu Verhaltensänderungen zu bewegen. Im Laufe der Zeit wurden theoretische und praktische Lehren gezogen aus wirkungsschwachen massenmedialen Kampagnen und einem ineffizienten Nebeneinander von Aktionen [8, S. 4]. In der Folge wurden wirksamere Programme entwickelt und evaluiert, die zu nachhaltigen Verhaltensänderungen, mehr Gesundheit und einer nachhaltigen Verankerung der Gesundheitsförderung in den Lebenswelten beitragen. Die konzeptionellen, politischen und praktischen Entwicklungen zur Verbesserung der Bildungsansätze im Feld von Gesundheitsförderung und Prävention werden im Folgenden als Anregungen für Bildungsmaßnahmen im Bevölkerungsschutz vorgestellt.

Konzeptionelle Impulse aus Gesundheitsförderung und Prävention

Die Weiterentwicklungen der **gesundheitspsychologischen Theorieentwicklung** für die Gestaltung einer angemessenen Risikokommunikation und der Maßnahmen der individueller Verhaltensänderung begründen komplexere, gestufte Bildungsstrategien. So wird heute berücksichtigt, dass Informationen durch zahlreiche Filter der Informationsverarbeitung, -bewertung und der subjektiven

Relevanzbestimmung müssen, bevor ein Individuum überhaupt das Ohr öffnen kann für konkrete Verhaltensempfehlungen [21]. Diese Überlegungen haben bereits Eingang gefunden in Empfehlungen zur **Risikokommunikation** (Hulse et al., 2009), [23, 49] und zur **gestuften Förderung der persönlichen Notfallvorsorge** [26] im Kontext des Bevölkerungsschutzes.

Das Verständnis von **Gesundheitskompetenz** („Health Literacy“) wurde **deutlich erweitert**. Gesundheitskompetenz wird nicht länger nur eng als Fähigkeit verstanden Broschüren zu lesen, zu verstehen und Ratschläge zu befolgen. Vielmehr werden **Handlungsfähigkeiten, Teilhabefähigkeiten, kommunikative und kritische Fähigkeiten** sowie die **Fähigkeit zur gemeinschaftlichen Veränderung institutioneller Veränderungsprozesse** immer wichtiger [47, 61]. Eine besondere Aufmerksamkeit gilt der in Kindheit und Jugend zu fördernden **Lebenskompetenz**. Darunter wird die Fähigkeit verstanden, angemessen und handlungssicher mit den Anforderungen und Herausforderungen des alltäglichen Lebens im persönlichen, sozialen und umweltbezogenen Kontext umzugehen [59, S. 3ff, 15]. Damit werden die Bürger vom Adressaten zum Akteur. Über die individuelle Verhaltensänderung hinaus soll die Stärkung der sozialen Kompetenzen als Komponenten der Gesundheitskompetenz auch eine nachhaltige Stärkung des Gemeinwesens bewirken. **„Gesundheitskompetenz stärkt den Einzelnen und die Gemeinschaft [...][61, S. 28].** Gesundheitskompetenz soll im Rahmen eines sozialen Lernprozesses nach dem Settingsansatz erworben bzw. erweitert werden und ist zugleich eine „zentrale Dimension gesunder Settings“ [61, S. 45]

Die WHO hat mit dem Programm „Health 2020“ zwei **Notfallbezogene Europäische Gesundheitsziele** formuliert, die unmittelbar in das Feld des Bevölkerungsschutzes hineinreichen und Bildungsmaßnahmen zur Erhöhung der Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeiten der Bevölkerung explizit ins Zentrum der Bildung im Kontext von Prävention und Gesundheitsförderung rücken:

1. **Emergency Preparedness** (Stärkung von Vorsorge, Surveillance und Gegenmaßnahmen für gesundheitliche Notlagen) und
2. **Community Resilience** (Schaffung widerstandsfähiger Gemeinschaften und stützender Umfeld) [60]. Damit werden **Themen der Notfallvorsorge in den „Schutz der Gesundheit“ eingebettet**.

Um diese Ziele auf der Ebene der Bevölkerung zu konkretisieren, wurde auch das Konstrukt **Notfallkompetenz (Disaster Literacy)** im gesundheitswissenschaftlichen Diskurs konkretisiert. Auch diese reichen nun weit über das Befolgen von behördlichen Handlungsempfehlungen hinaus und mahnen die Einbindung der Maßnahmen zur Stärkung der Notfallkompetenz in alltägliche Gemeinschaftsentscheidungen im beruflichen und sozialen Umfeld an [41]. „Die Beziehungen, die vor einer Katastrophe geknüpft sind, werden in der Katastrophe und der Phase der Erholung bedeutsam sein [...]. Resilienz liegt in individueller und gemeinschaftlicher Verantwortung [35, S. 407f, (Übersetzung IB)].

Didaktisch-methodische Impulse aus Gesundheitsförderung und Prävention

Die zentrale Strategie zur Implementierung einer nachhaltigen Gesundheitsbildung und gesundheitsbezogenen Gesamtkultur in den Lebensalltag ist auf der Basis dieser konzeptionellen Entwicklungen der **Settingansatz** der Gesundheitsförderung [58]. Er setzt den Anspruch der **Teilhabe, Gestaltungsmacht und dialogischen Kommunikation** zwischen des Experten des Alltags und den multidisziplinären Fach-Experten auf Augenhöhe in der Gesundheitsbildung konsequent um. Die Bildungsstrategien sind **kompetenzorientiert, interaktiv, langfristig angelegt und in den Alltag von Institutionen integriert**. Er ist als „Kriterium guter Praxis“ etabliert (www.gesundheitliche-chancegleichheit.de).

Als **Setting** bezeichnet man ein sozialräumliches, soziokulturelles System, in dem Menschen spielen, lernen, arbeiten und lieben [58] und einen großen Teil ihrer Lebenszeit verbringen [28]. Ein Setting muss nicht zwingend eine formale Institution sein, aber es ist ein abgegrenztes, geregeltes soziales System (z. B. auch ein Sportverein, ein Orchester). Ein Setting prägt nicht nur seine Mitglieder, sondern wird auch durch diese gestaltet und weiterentwickelt wird [2, 27, 58].

In der Kooperationen mit Institutionen bedeutet „Settingansatz“ nicht, dass man einfach mit (noch mehr) Institutionen und Organisationen zusammenarbeitet und dort Wissen „einspeist“, sondern dass eine wechselseitig gestaltete tragfähige Kooperation etabliert wird („capacity building“, [4]). Bildungsansätze, die Institutionen „nutzen“ oder „einbinden“ sowie Bildungsinhalte fertig vorbereiten, können eher als **Maßnahmen im Setting** bezeichnet werden, realisieren jedoch nicht den Settingansatz [28].

Der **Settingansatz** geht darüber hinaus, denn er setzt gerade auf die Stärken und Ideen in formellen und informellen Strukturen innerhalb der Institutionen und nimmt (gesundheitsrelevante) Veränderungen im Hinblick auf persönliche Entwicklungen sowie das gesamte soziale und institutionelle System vor [28]. Der Settingansatz verbindet Strategien der **Verhaltensprävention** (individuelle Verhaltensänderungen zum Schutz der Gesundheit) und der **Verhältnisprävention** (Gestaltung gesundheitsförderlicher Rahmenbedingungen und Organisationsentwicklung). Diese Verknüpfung hat nachweislich nachhaltigere Effekten, sowohl hinsichtlich der Verankerung der Gesundheitsthemen im Alltag als auch der Gesundheit der Mitglieder [1].

Um allen Mitgliedern einer Gemeinschaft zu ermöglichen sich persönliche Kompetenzen anzueignen und zugleich ihre Kompetenzen einzubringen, werden alle Mitglieder des Settings von Anfang an der Planung und Ausgestaltung der Bildungsprozesse beteiligt. **Partizipation, Gemeinschaftsaktion, Partnerschaft, Befähigung und Chancengleichheit** sind Kernprinzipien [61]. Der gemeinschaftliche Prozess stärkt den sozialen Zusammenhalt und Gemeinschaftssinn (Sense of Community) [7]. Erst die Tatsache, dass die **Mitglieder** aktiv und gemeinschaftlich den Prozess der

(Um-)Gestaltung steuern, um ihre Institution zu einer gesundheitsförderlichen Schule, einem gesundheitsförderlichen Betrieb oder Krankenhaus zu entwickeln, macht aus einer Maßnahme in einem Setting ein Vorgehen nach dem Settingansatz der Gesundheitsförderung [58, 61].

Partizipation ist ohne **Empowerment** nicht denkbar: Empowermentstrategien gehen zunächst einmal „davon aus, dass viele Fähigkeiten beim Menschen bereits vorhanden sind, vorausgesetzt, man schafft Handlungsmöglichkeiten, die dabei helfen, Ressourcen, die das Leben betreffen, zu erhalten und zu kontrollieren“ ([48, S. 16]. Empowerment-Strategien bestärken Menschen darin, eigene Lösungen zu entwickeln, um den Veränderungsprozesses von unten zu gestalten. Jedoch verfügt nicht jeder über gleich gute Voraussetzungen, nicht jeder erhält gleiche soziale Chancen, sich „in die eigenen Angelegenheiten einzumischen“ (Roth, 2010). Empowerment umfasst daher Elemente von Befähigung der Beteiligungsschwächeren (aufgrund unterschiedlichster Barrieren (Sprache, Bildung, materielle Ressourcen, Persönlichkeitsmerkmale etc.), aber auch der Bestärkung des Engagements sowie der Ermutigung dazu, mehr Beteiligungsmacht einzufordern und wahrzunehmen [52].

Setting- und **Empowerment-**Ansätze haben auch in Konzepten zur **Erhöhung der Notfallkompetenz** des Gesundheitswissenschaftlers Estacio Eingang gefunden: „Die Mobilisierung der Gemeinschaft kann erfolgreich soziale Veränderungen erreichen, indem die Mitglieder ihre eigene „Stimme“ entwickeln. [...] Erhöhen Sie die Partizipation der Bürger in allen Notfallplanungsprozessen“ [19, S. 408 f. (Übersetzung IB)]. Kritisch sei jedoch angemerkt, dass trotz der zunehmenden Berücksichtigung der gemeinschaftlichen Aktion die Psychosoziale Notfallkompetenz („Psychosocial disaster Literacy“) als Voraussetzung für die emotionale soziale Unterstützung im Notfall kaum explizit behandelt wird [6].

Wie arbeiten man konkret nach der Settingansatz ?

Gefahren / Risiken und Schutz- und Bewältigungsressourcen werden gemeinsam im Alltag erkundet und identifiziert und in verbindlich geschaffenen, informellen Strukturen bearbeitet. Sie werden bearbeitet, weil ihre unmittelbare Relevanz erfahren wird. Der **Impuls** kann eine **Frage** eines Mitglieds von **innen** sein („Wo würden wir uns eigentlich sammeln?“) und / oder auch ein auslösendes Ereignis („Wären wir als Schule eigentlich auf ein Ereignis wie den Germanwings-Absturz vorbereitet?“) oder auch **von außen** (Die Frage von Eltern oder Behörden „Wüssten die Erzieherinnen alle, was im Fall eines Brandes zu tun wäre?“) oder die Frage einer vergleichbaren Institution („Haben Sie schon ein Bedrohungsmanagement?“). Die **Antworten** werden aber **in den Settings erarbeitet**. Ziel ist die Bearbeitung aller gesundheitlich relevanten Gefahren und Schutzfaktoren.

Zentral ist die Erarbeitung von ausreichenden Informationsgrundlagen und darauf aufbauenden Lösungen **für alle und mit allen** Mitglieder(n) des Settings. Hier zeigen sich auch all die bereits vorhandenen Stärken (z. B. in der

Informationssuche) und Ressourcen (z. B. Experte in der Familie, persönliche Erfahrungen, Erfahrungen im sozialen Umfeld). Damit findet auch die Vielfalt aller Mitglieder („**Diversität**“) des je spezifischen Settings Niederschlag in den Fragestellungen und entwickelten Antworten: der gehörlose Kollege, das Kind mit eingeschränkter Mobilität, die Vorgesetzte, der Austauschschüler mit eingeschränkten Deutschkenntnissen, der hochbetagte Heimbewohner, die Mitarbeiterin der Fremdfirma...

Fachliche Experten von außen können **einbezogen** werden; sie werden jedoch aktiv aufgesucht, genutzt, befragt und ggf. von den Experten des Alltags kontinuierlich „eingebunden“ – ausgehend von den wahrgenommenen Klärungsbedarfen. Der Auftrag an die Professionellen ist die aktive, wertschätzende und vertrauensvolle Begleitung und Förderung der Selbstorganisation [38].

Auch in komplexen lokalen **Lebenswelten** lässt sich der Settingansatz der Gesundheitsbildung durch gestaltende Bürgerbeteiligung von Anfang realisieren [18]. Z. B. könnte ein von den Bewohnern als soziale Einheit wahrgenommener „Kiez“ – nicht der administrativ durch Straßenzüge definierte Stadtteil – mit allen subjektiv bedeutsamen Ritualen, Angeboten und Orten so eine Lebenswelt sein (s. a. <http://www.gesunde-staedte-netzwerk.de>).

Settingspezifische **landesweite und / oder bundesweite Kompetenznetzwerke gesundheitsfördernder Settings** unterstützen die Arbeit in den jeweiligen lokalen Settings, fördern die wissenschaftliche Entwicklung, bündeln Erfahrungswerte und nehmen bürgerschaftlich Einfluss auf politische Rahmenbedingungen. Sie kooperieren mit themenrelevanten weiteren Netzwerken, Experten und Fachverbänden und innerhalb der föderalen Strukturen mit Behörden. Landesvereinigungen für Gesundheitsförderung unterstützen die Vernetzung auf Landesebene. Manche Netzwerke **zertifizieren** die ihnen angeschlossenen Institutionen, wenn sie den Settingansatz und gesundheitsfördernde Ziele konsequent verfolgen. So können z. B. Schulen, die umfassende Gesundheitsförderung für alle Mitglieder – Schüler, Lehrer, Verwaltungs- und technisches Personal – betreiben, als „Gesundheitsfördernde Schule“ zertifiziert werden [32]. Analoges wäre auch für Institutionen denkbar, die umfassend Notfallkompetenzen aufbauen und umfassende Sicherheits- und Schutzmaßnahmen etablieren.

Ein umfassender Bildungsansatz in der Bevölkerungsschutzbildung

Ein umfassender Ansatz der Bevölkerungsschutzbildung mit dem Ziel der Förderung der Notfallkompetenz, der den Anspruch einlöst Bürger in all ihren Stärken einzubeziehen, sollte daher umfassender sein, als ein individuumszentrierter, unidirektionaler Erziehungsansatz mit dem Ziel individueller Verhaltensänderung. Empowermentstrategien sollten zentral sein, um im Alltag eine soziale und institutionelle **Schutzkultur im Setting** zu **etablieren** und zu **verstetigen**; universelle, massenmedial eingesetzte Informationen / Materialien oder Strategien (z. B. Einspeisen von

Themen in TV-Formate) können die Maßnahmen im Setting flankieren, aber nicht ersetzen.



Abb. 2: Umfassender Ansatz der Bevölkerungsschutzbildung (© Beerlage, 2018).

Für die beteiligende Umsetzung der Bevölkerungsschutzbildung nach einem kompetenzorientierten, sozial-interaktiven Setting-Ansatz braucht es jedoch die enge Kooperation mit Akteuren, die Erfahrungen und Kompetenzen in beteiligenden Bildungsprozessen haben. Es braucht aktuelle wissenschaftliche Grundlagen aus Pädagogik und Bevölkerungsschutz und fundierte Evaluationstrategien für alle Methoden, Maßnahmen und Programme.

(Fehlende) Brücken zwischen Gesundheitsförderung und Bevölkerungsschutz

Der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung **in allen Lebenslagen** ist Aufgabe aller Ressorts, wie es das WHO-Programm „Health in All Policies“ [60] ausführt. Auch der Bevölkerungsschutz ist ressortübergreifend angelegt, um den umfassenden Schutz des Lebens und der Lebensgrundlagen zu ermöglichen [12]. Eine ressortübergreifende gemeinsame, arbeitsteilig bearbeitete Aufgabe wie der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung sollte nicht allein in seltenen Krisenmanagement-(LÜKEX-)Übungen behandelt werden, sondern bedarf auch des regelmäßigen Austausches von Forschungsstand und Best-Practice bezogen auf das Zeitfenster der Vorsorge als eine Phase des Krisenmanagement-Zyklus [43].

Der „Schutz der Gesundheit“ wurde noch nicht als mögliches gemeinsames Handlungsfeld von Vorsorgemaßnahmen zur Förderung sowohl der **Gesundheits- als auch der Notfallkompetenz** geprüft. Der Settingansatz als grundsätzliche Strategie gemeinschaftlicher Vorsorge ist in Maßnahmen der Bevölkerungsschutzbildung nicht verankert und vielleicht sogar „befremdlich“, was möglicherweise mit dem „Laien“-Bild der Bevölkerung zusammenhängt „die ohne Steuerung nicht zielorientiert agiert“ (Zitat der Füh-

rungskraft einer Feuerwehr, zit. n. [54, S. 68]; s.a. [50]). Die bundesweit etablierten, auch auf Länderebene arbeitenden Netzwerke gesundheitsfördernder Settings wurden noch nicht als mögliche und gut organisierte und vernetzte Partner in der Bevölkerungsschutzbildung „entdeckt“.

Es muss jedoch zugleich angemerkt werden, dass Themen aus dem Spektrum der Bevölkerungsschutzes aber auch bislang nicht in der Gesundheitsbildung aufgegriffen wurden. In den gesundheitsfördernden Settings sind bislang Notfallthemen nicht in das bearbeitete Themenspektrum integriert, um den Schutz der Gesundheit aller Mitglieder im Setting auch auf Notfallsituationen auszudehnen. Die neueren Überlegungen zur Notfallkompetenz haben noch keinen Eingang gefunden in den Lebenskompetenz- und Gesundheitskompetenz-Diskurs an der Basis. Die Europäischen Gesundheitsziele Emergency Preparedness und Community Resilience wurden nicht als nationale Gesundheitsziele übernommen. Bemühungen um einen ressortübergreifenden gesundheitlicher Bevölkerungsschutz beschränkt sich noch weitgehend auf Notfallmedizin und Pharmazie [11]. In der Forschungsagenda des Robert-Koch-Instituts taucht nicht einmal der Begriff des Bevölkerungsschutzes auf.

Damit wird von beiden Seiten der Anschluss an den internationalen Fachdiskurs zur **Community Resilience** verpasst, in dem immer enger die Bezüge zwischen Bildungsstrategien der Gesundheitsförderung und Bevölkerungsschutzbildung hergestellt werden. Darin werden in komplexen Resilienz-Modellen Gesundheitsförderung und Gesundheitsbildung sowie Empowerment-Strategien als zentrale Beiträge zur (lokalen) Resilienz der Bevölkerung hervorgehoben [46, 16]. [44] diskutiert die Verknüpfung von Strategien der Gesundheitsbildung und Stärkung der lokalen Resilienz als gemeinsamen Beitrag zur nachhaltigen Stärkung des Gemeinwesens.

Fazit

Im Kontext Gesundheitsförderung und Prävention werden dialogische und kompetenzorientierte Bildungsstrategien umgesetzt, die den Anspruch, die Stärken der Bürger einzubeziehen, pädagogisch einlösen. Netzwerk-Ressourcen sowie umfangreiche Erfahrungen in der Umsetzung des Settingansatzes in der Gesundheitsbildung tragen dazu bei, den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung auf unterschiedlichen Ebenen zu fördern. Eine Kooperation mit den bereits für „Schutz-Themen“ sensibilisierten Akteuren Netzwerken gesundheitsförderlicher Settings könnte die Basis für eine gemeinsame Bevölkerungsschutzbildung im Alltag der Bürger nach dem Settingansatz sein. Voraussetzung ist jedoch die beiderseitige Bereitschaft, Bevölkerungsschutzthemen auch im Kontext der Gesundheitsförderung in bestehenden gesundheitsfördernden Settings zu behandeln und sich wechselseitig als bereichernde Partner wahrzunehmen.

Prof. Dr. Dipl.-Psych., Irmtraud Beerlage ist Professorin an der Hochschule Magdeburg-Stendal am Fachbereich Soziale Arbeit, Gesundheit und Medien.

Digitale Transformation in der beruflichen Bildung

Werner Sauter

„Wie bereiten wir die Mitarbeiter auf Jobs vor, die gegenwärtig noch gar nicht existieren, auf die Nutzung von Technologien, die noch gar nicht entwickelt sind, um Probleme zu lösen, von denen wir heute noch nicht wissen, dass sie entstehen werden?“ nach Youtube „Shift happens“ (2018)

Die digitale Transformation im Zuge der vierten industriellen Revolution ist das Ergebnis verschiedener technologischer Entwicklungen, die direkte Auswirkungen auf die betrieblichen und beruflichen Bildungssysteme haben:

Agilität ist die Fähigkeit, sich kontinuierlich an seine komplexe, turbulente und unsichere Zukunft anzupassen.

Agile Werte- und Kompetenzentwicklung ist die Weiterbildung der Zukunft!

Lernen findet zunehmend agil in den Arbeitsprozessen, am Arbeitsplatz, statt und ist deshalb durch folgende Grundsätze gekennzeichnet (Hoehne 2017):

- **A** lternierende Phasen von Lernen, Anwenden und Anpassen

- **G** emeinsame Kompetenzziele und selbstorganisierte Kooperation im Team
- **I** terative Sprints mit Reflektion und Adjustierung der Lernziele
- **L** ernprojekte aus realen Arbeitsprozessen mit direkter Anwendungsorientierung

Das Verständnis von Lernen verändert sich damit radikal. Diese hat zur Folge, dass gepauktes Wissen auf Vorrat und begrenzte Kompetenzen zunehmend weniger gefragt sind. Gesucht sind vielmehr Fähigkeiten, sich schnell verändernden, heute oftmals unbekannt, Rahmenbedingungen, wechselnden Anforderungsprofilen sowie Herausforderungen anzupassen. (Arnold & Erpenbeck 2014)

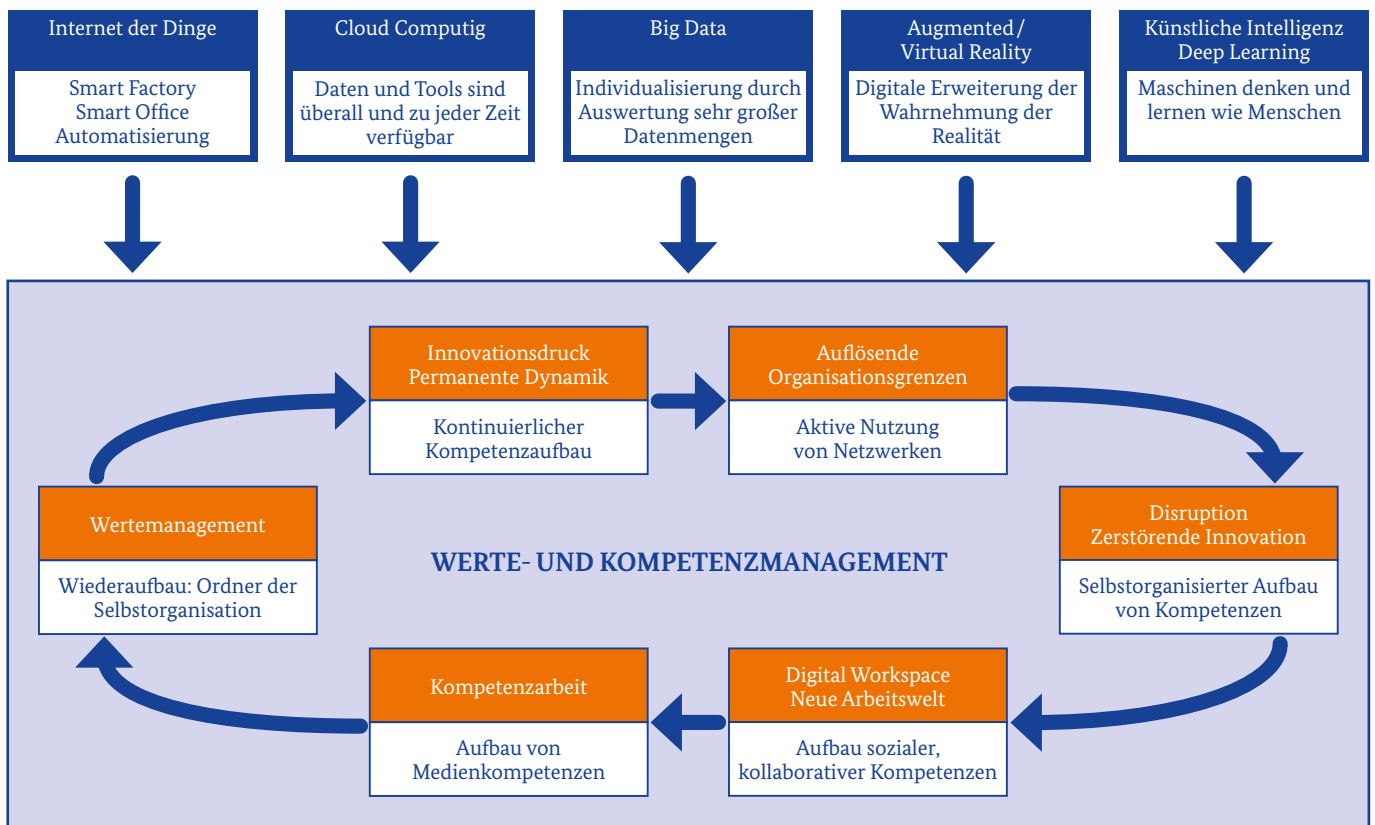


Abbildung 1: Agiles Werte- und Kompetenzmanagement als Konsequenz der digitalen Transformation (nach Seufert et al. 2017, S. 439)

„Erwachsene sind lernfähig, aber unbelehrbar“
Horst Siebert 2011

„Eine Pädagogik der Anleitung zur Selbstentwicklung ist paradox“ (vgl. Arnold 2017). Deshalb benötigen wir einen Wandel von der bisherigen „Belehrenden Didaktik“ zur Ermöglichungsdidaktik.

Ermöglichungsdidaktik hat zum Ziel, den Lernenden alles an die Hand zu geben, damit sie ihre Lernprozesse problemorientiert und selbstorganisiert gestalten können.

Die Ermöglichungsdidaktik ist damit die pragmatische Antwort auf die wirtschafts- und bildungspolitisch propagierte Forderung nach „Lebenslangem Lernen“.

Mitarbeiter in einer digitalisierten Arbeitswelt benötigen deshalb eine Lernarchitektur mit einem Ermöglichungscharakter, in der nicht versucht wird, Erfahrungen, Werte und Kompetenzen wissensförmig weiterzugeben. Werte- und Kompetenzentwicklung erfordert vielmehr echte Herausforderungen, die den Lerner nicht nur wissensbezogen, sondern auch emotional fordern. Voraussetzung dafür sind selbst organisierte Lernprozesse, die durch die Einbindung in ein entsprechendes Lernsystem mit einem Netzwerk aus Lernpartnern und -begleitern geprägt ist. Grundsätzlich können drei Lernrahmen für die selbstorganisierte Entwicklung der Werte- und Kompetenzen genutzt werden, die sich gegenseitig ergänzen:

- Werte- und Kompetenzentwicklung auf der Praxisstufe ist immer Handlungs- und Erlebnislernen in Praxiseinsätzen oder im Netz.
- Werte- und Kompetenzentwicklung auf der Coachingstufe findet in realen betrieblichen Prozessen oder Projekten statt und ergänzt damit die Praxisstufe. Der Lernprozessbegleiter und die Führungskraft werden mehr und mehr zum Kompetenzcoach und Entwicklungspartner und wachsen aus der Rolle des traditionellen Vorgesetzten, Lehrers oder Ausbilders heraus.
- Werte- und Kompetenzentwicklung auf der Trainingsstufe erfolgt in einem didaktisch-methodisch durchdachten Lernkonzept, das die Realität nutzt, um diese Lernprozesse gezielt zu ermöglichen. Der Begriff des Kompetenztrainings weicht dabei deutlich von tradierten Trainingsmaßnahmen ab, die ausschließlich der Qualifizierung oder dem Wissensaufbau dienen. Kompetenztraining setzt vielmehr die Lösung von realen Problemstellungen, z. B. in realitätsgleichen Simulationen voraus.

Kompetenzentwicklung setzt voraus, dass die Lerner selbst ihre persönlichen Werte- und Kompetenzziele defi-

nieren und überprüfen. Deshalb ist es notwendig, Werte und Kompetenzen in akzeptierter Form zu messen, im Beratungsgespräch mit dem Lernbegleiter individuelle Ziele zu definieren und die Entwicklung der Mitarbeiter mit der Führungskraft zu ermöglichen.

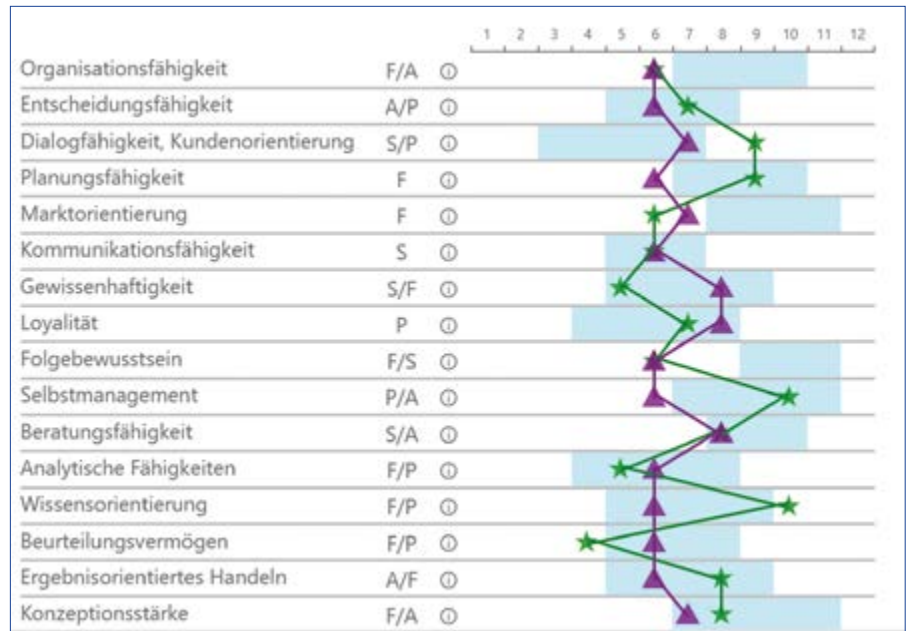


Abbildung 2: Beispiel einer Auswertung von KODE®X
(Quelle KODE GmbH)

Kompetenzen lassen sich messen und zertifizieren. Damit können sie gezielt entwickelt und gemanagt werden.

Werte und Kompetenzen sind eng miteinander verknüpft, da Werte als Ordner selbstorganisierten Handelns fungieren. Erst Werte ermöglichen ein Handeln unter Unsicherheit, indem sie fehlendes Wissen überbrücken oder ersetzen. Damit schließen sie die Lücke zwischen Wissen und dem Handeln. Kompetenzen als Fähigkeiten zu selbstorganisiertem Handeln benötigen zwingend Werte als Ordner dieser handlungsbezogenen Selbstorganisation. Da die Menschen im Zuge der digitalen Transformation immer mehr selbstorganisiert entscheiden und handeln müssen, ist es notwendig, dass die Lernsysteme als Spiegelbild der Arbeitswelt es den Lernern ermöglichen, die erforderlichen Werte selbstorganisiert aufzubauen.

Erst durch verinnerlichte (interiorisierte) Werte ist kompetentes Handeln möglich. Deshalb ist es für die Einschätzung eines Mitarbeiters und seines Entwicklungsbedarfes wichtig, auch die Werte zu ermitteln, die als Antrieb für den Erhalt und die Entwicklung der jeweiligen Kompetenzen dienen. Auch hierfür gibt es in der Praxis zwischenzeitlich software-basierte Messsysteme, die eine gezielte Werteentwicklung möglich machen.

Dies bedeutet einen Paradigmenwechsel in der beruflichen und betrieblichen Bildung.

Curricula, die für alle Lerner dieselben Lernziele und Inhalte formulieren, obwohl jeder Lerner einzigartig ist, verlieren ihre Berechtigung. Auf Basis von Werte- und Kompetenzmessungen können die Lerner nunmehr ihre individuellen Werte- und Kompetenzziele definieren und darauf



Abbildung 3: Beispiel eines Werte- und Kompetenzentwicklungsprozesses

aufbauend ihre personalisierte Werte- und Kompetenzentwicklung planen. Damit können jeder Mitarbeiter und jede Führungskraft nach ihren spezifischen Bedürfnissen lernen.

Die Herausforderung in der Konzipierung werte- und kompetenzorientierter Lernrangementen besteht darin, den Lernern einen Ermöglichungsrahmen zu bieten, um ihre Kompetenzen selbstorganisiert, bei der Bewältigung realer Herausforderungen, in einem kommunikativen Prozess mit Lernpartnern (Netzwerk), aufzubauen. Mit dieser Lernarchitektur werden Lernprozesse möglich, die durch Werte- und Kompetenzorientierung sowie Selbstorganisation geprägt sind und deren „Roter Faden“ Praxisprojekte oder Herausforderungen im Arbeitsprozess bilden.

In den selbst organisierten Lernphasen verknüpfen die Teilnehmer dabei formelle und informelle Lernprozesse zu einem systematischen Kompetenzentwicklungsprozess.

Es ist davon auszugehen, dass Mitarbeiter, die sich in dieser Weise in dem Lernsystem bewegen, nach und nach den Ermöglichungsrahmen immer häufiger nutzen, um auch am Arbeitsplatz ihre offenen Fragen zu klären und Lösungen zu entwickeln. Es entwickelt sich ein Social Workplace Learning, das selbstorganisiert immer dann stattfindet, wenn herausfordernde Problemstellungen im Prozess der Arbeit zu bearbeiten sind. Damit wachsen Lernen und Arbeiten immer mehr zusammen. Die Weiterbildungsanbieter entwickeln sich zum strategischen Entwicklungspartner der Unternehmen.

Das berufliche und betriebliche Lernen hat heute noch überwiegend mit Laufbahnkonzepten und Seminarplanung zu tun. Ein kritischer Blick auf die Effizienz dieser formalen Lernprozesse zeigt, dass diese nicht geeignet sind, den erforderlichen Werte- und Kompetenzaufbau im Unternehmen sicherzustellen. Die Aufgaben der betrieblichen und beruflichen Bildung werden sich deshalb grundlegend verändern müssen, um den zukünftigen Anforderungen gerecht zu werden:

- Strategischer Partner der Geschäftsleitung für das notwendige Werte- und Kompetenzmanagement
- Laufende Optimierung der Lernkonzeption zur Ermöglichung des selbstorganisierten Lernens in der gesamten Organisation
- Laufende Optimierung des Ermöglichungsrahmens auf Basis der Lernerfahrungen
- Werte- und Kompetenzentwicklung der Lernbegleiter und Führungskräfte
- Coaching von Führungskräften, Teams und Mitarbeitern
- Initiierung und Moderation der notwendigen Veränderungsprozesse.

Literatur

Sauter, W.; Sauter, R.; Wolfig, R. (2018): Agile Werte- und Kompetenzentwicklung. Wege in eine neue Arbeitswelt. Springer Gabler Heidelberg, Berlin

Erpenbeck, J. Sauter; W. (Hrsg., 2017): Handbuch Kompetenzentwicklung im Netz. Bausteine einer neuen Bildungswelt, Schäffer Poeschel Stuttgart

Prof. Dr. Werner Sauter berät heute Unternehmen und Bildungsanbieter bei der Konzipierung, Umsetzung und Implementierung Kompetenz- und Werteorientierter Lernsysteme, vom E-Learning über Social Blended Learning bis zum Workplace Learning. Er publizierte u. a. eine Vielzahl an Büchern und Fachartikeln zu innovativen Lernsystemen

Erfolgreiche Digitalisierung im Bildungsbereich

Rolf Meier und Andreas Hermens

Digitalisierung ist derzeit der Trend in der Aus- und Weiterbildung. Allerdings ist zu befürchten, dass es ein Modewort bleibt und dem Schicksal anheimfällt, das schon viele vermeintliche Innovationen im Bereich Aus- und Weiterbildung erleiden mussten. Schon beim Thema E-Learning wurde hier von der Revolution des Lernens gesprochen, geblieben ist vielfach eine Evolution in ganz kleinen Schritten und mit vielen Stolpersteinen.

Von zentraler Bedeutung für den Erfolg der Digitalisierung ist ein maßgeschneidertes Konzept. Und die Frage kann und darf nicht sein, ob Erklärvideos produziert oder doch Lernprogramme entwickelt werden sollen. Es muss vielmehr überlegt werden, wo eine Digitalisierung lohnt, wann Selbstlernen, wann Präsenzlernen der richtige Weg ist. Das hängt von einer ganzen Reihe von Faktoren ab: vom Thema der Schulung, vom Umfang des Wissens, von der Motivation und den Erfahrungen der Zielgruppe, von der vorhandenen Zeit. Die Digitalisierung sollte dabei eine Rolle spielen, nicht mehr und nicht weniger. Es geht nie um Technik, sondern immer um intelligente Qualifizierungskonzepte, genau gepasst auf die Bedarfssituation, das ist genau das, was notwendig ist. Die folgenden Fragen sollen dabei helfen, die passende Digitalisierungsstrategie für Schulungen zu finden:

Was soll über eine Digitalisierung erreicht werden?

Digitalisierung kann drei mögliche Ziele verfolgen:

- Kosteneinsparungen
- Zeitgewinn
- Verbesserung der Qualität

Die ersten beiden Ziele sind kritisch zu sehen. Denn natürlich können Reisezeiten und Reisekosten eingespart werden, wenn Teilnehmer nicht mehr zu einer Schulung anreisen müssen. Auch Kosten für Trainer fallen nicht mehr an. Auf der anderen Seite stellen sich schnell Akzeptanzprobleme ein, wenn ein Mitarbeiter ein mehrstündiges Lernprogramm als Alternative zu einer Schulung angeboten bekommt, an dessen Ende dann ein Abschlusstest steht.

Eine Lernplattform muss eingerichtet und gepflegt werden, Lernprogramme erworben oder erstellt werden. Hier entstehen Kosten, die ebenfalls einbezogen werden

müssen. Lernende sollten betreut werden, um deren Akzeptanz und deren Lernerfolg abzusichern. In der Summe kann ein betreutes E-Learning oder eine Blended Learning-Maßnahme deshalb aufwändiger und damit kostenintensiver sein als eine „normale“ Schulung.

Es gibt allerdings einen tatsächlichen Zeitgewinn, der durch Untersuchungen gut belegt ist: Erlaubt das Lernprogramm eine Einschätzung der Vorkenntnisse und wählt das Programm dann für den einzelnen Lernenden die Inhalte aus, die für ihn wichtig sind, kann der Lernprozess effizienter sein.

Bleibt noch die Qualitätsverbesserung, hier bieten sich gute Chancen. Denn die Frage lautet: *Macht es wirklich Sinn, den Schwerpunkt von Schulungsmaßnahmen auch heute noch auf einen einzigen Lernweg, nämlich Seminare, zu beschränken? Die Antwort lautet schlicht Nein!*

Dies ist allerdings kein neuer Gedanke. Die Nachteile des Lernwegs-Seminars sind seit langem bekannt:

- Leichte Über- und Unterforderung
- Redundanzen
- Mangelnder Austausch
- Geringe Lernzieltiefe
- Keine oder kaum Nachhaltigkeit im Lernen

Daraus folgt nicht selten eine so geringe Lernausbeute, dass man ernsthaft fragen muss, ob der Aufwand lohnt. Genauso bescheiden ist nach Untersuchungen der Erfolg der Umsetzung des Gelernten. Getreu dem Motto: *Irgendwas nehmen die Teilnehmer immer mit. Und sei es nur das Skript oder die Erkenntnis, dass sie das 4-Seiten-Modell von Schulz von Thun auch beim dritten Mal nicht verstanden haben.*

Es geht auch anders. Und damit ist eine zweite, genauso naheliegende wie interessante Frage verbunden:

Wie schaffen wir es, Seminare von der Wissensvermittlung zu entlasten und dafür gemeinsam an relevanten Handlungsfeldern zu arbeiten, neuen Wegen zu erproben, uns auszutauschen, voneinander zu lernen und Umsetzungsstrategien zu erarbeiten?

Hier geht es also nicht um das Ersetzen von Seminaren, sondern nur um Ergänzung, um Differenzierung und Individualisierung, um Effizienz und Effektivität von Lernprozessen. Aber auch um unser Bild, was „gute“ Schulungen ausmacht und um das Selbstverständnis und die Rolle desjenigen, der als „Lehrkraft Unterricht macht“.

Wo soll mit der Strategie angesetzt werden?

Es gibt zwei Ansatzpunkte für eine Digitalisierungsstrategie: vorhandene Schulungen verbessern oder Alternativen dazu entwickeln.

Ein erster, sinnvoller Gedanke ist, Schulungen anzureichern, um sie anschaulicher, praxisorientierter und lernerwirksamer zu machen. Möglich sind beispielsweise Systeme, die im Unterricht Abstimmungen über Handys erlauben. Hiermit sind spielerischer Lernkontrollen möglich. Es gibt weitere, interessante Apps, die sich in Schulungen einsetzen lassen. Eine gute Möglichkeit ist der Einsatz von Video-Fallbeispielen. Von hohem Nutzen sind computergestützte Planspiele und Simulationen.

Schulungen können ergänzt werden, durch Selbstlernbausteine. Die Betonung liegt auf „ergänzt“, Erfahrungen zeigen, dass dies meist besser ist, als Präsenzphasen ersetzen zu wollen. Kritisch zu sehen sind dabei Videolektionen, denn sie sind letztlich eine „flache“ Variante einer wenig erfolgreichen Vermittlungsform, des Vortrags.

Welche Ziele werden mit den Schulungen verfolgt?

Lernprozessen liegt ein Ziel zugrunde. Dieses Ziel bietet Anhaltspunkte, ob das Seminar allein der richtige Lernweg ist.

Sprach man bisher von Lernzielen und dem Unterschied zwischen *kennen* und *können*, wird dies zunehmend auf den Erwerb von Handlungskompetenz erweitert. Bei den Zielen ging es um die Frage, ob die Teilnehmer Begriffe, Zusammenhänge und Abläufe kennen oder das Wissen auch anwenden können.



Grafik 1

Handlungskompetenz bezieht sich darauf, dass die Teilnehmer der Schulungen danach nicht nur das notwendige Wissen anwenden können (Fachkompetenz), sondern dies dann unter Berücksichtigung durchdachter Wertvorstellungen, mit Verantwortungs- und Pflichtbewusstsein selbstständig zuverlässig und mit Selbstvertrauen (→ Humankompetenz) auch tun. Dazu gehört auch die notwendige Sozialkompetenz: Zuwendungen und Spannungen erfassen und verstehen sowie sich mit anderen rational und verantwortungsbewusst auseinandersetzen und zu verständigen.

Bestandteil der Sozialkompetenz ist auch die Entwicklung sozialer Verantwortung und Solidarität.

Steht lediglich das Basisziel *Kennen* im Mittelpunkt, sollte über eine Verknüpfung von Selbstlernen und Präsenzlernen nachgedacht werden. Dafür gibt es zwei Gründe: Erstens läuft solch eine Wissensvermittlung oft vortragsorientiert ab und für diese Art der Vermittlung gibt es mit Recht das Bonmot: *Ich hätte viel verstanden, hätte man es mir nicht erklärt*. Evaluationsstudien zum Lernerfolg solcher Schulungen bestätigen das. Es gibt anscheinend kaum eine ineffizientere Form der Vermittlung. Zweitens müsste jede Schulung einen Praxisnutzen haben. Sonst wäre sie ja nutzlos und damit überflüssig.

Stehen im Zentrum der Schulung Ziele wie *anwenden, analysieren, beurteilen, entscheiden, erproben*, dies ist für die notwendige Handlungssicherheit erforderlich, brauchen die Teilnehmer Zeit, sich aktiv und intensiv mit dem Thema auseinanderzusetzen. Leider kommt diese Auseinandersetzung schnell zu kurz, weil oft erst (zu) viel Wissen vermittelt wird. Wollen Sie solche anspruchsvolleren und wertvolleren Ziele erreichen, müssen Sie über Möglichkeiten nachdenken, den Wissenserwerb auszulagern.

Was kann an Wissenserwerb ausgelagert werden?

Hier gibt es zwei Möglichkeiten: Das Wissen, von dem anzunehmen ist, dass einige es besitzen und andere nicht, wird in eine Selbstlernphase ausgelagert. Das wären etwa gängige Konzepte wie Kommunikationsmodelle oder Planungsschritte. Erläutern Trainer solches Wissen in ihren Schulungen, langweilt sich ein Teil der Teilnehmer, die das vielleicht schon fünf, sechs Mal gehört haben, andere kommen so schnell vielleicht gar nicht mit, weil das Wissen für sie völlig neu ist.

Daher könnten folglich den Teilnehmern vor der Schulung kleine Lerneinheiten zum Selbststudium angeboten werden, kurze Sequenzen, thematisch begrenzt.

Es könnten aber auch größere Wissensbausteine ausgelagert werden, etwa *Grundlagen der Kommunikation* oder *Grundlagen des Projektmanagements*. Damit wird die Schulung natürlich in noch stärkerem Maße entlastet, die Trainer können an das Vorwissen anknüpfen und sich intensiv um die Anwendung des Gelernten kümmern.



Grafik 2

Dabei gibt es folgende Möglichkeiten:

- **Interaktive Lernmodule**
Dies sind die klassischen Lernprogramme oder Teile davon.
- **Schriftliche Lernbausteine**
Es muss nicht immer der Computer sein. Auch gut didaktisierte Schulungsunterlagen sind eine Möglichkeit.
- **Videolektionen**
Sie können Unterrichtssequenzen aufzeichnen und den Teilnehmern zur Verfügung stellen.
- **Fallbeispiele**
Fallbeispiele schaffen einen hohen Praxisbezug. Sie können mit Musterlösungen und Vertiefungstexten angereichert werden.
- **Video-Fallbeispiele**

Noch attraktiver und aussagekräftiger sind Videos mit typischen Fällen.

Woher wissen die Teilnehmer, was sie nicht wissen?

Wenn Teilnehmer für sich die Frage beantworten sollen, ob sie sich vorab mit einem bestimmten Thema beschäftigen sollten oder nicht, kann die Entscheidung schwierig sein, denn sie wissen ja nicht, was sie im Detail nicht wissen.

Deshalb macht es Sinn, den Teilnehmern vorab die Möglichkeit zu eröffnen, ihren Wissenstand und damit ihren Schulungsbedarf einzuschätzen.

Bedarf ermitteln	Wissen erwerben	
	Selbstlernen	Präsenzlernen
Einschätzung Vorkenntnisse	Interaktive Lernmodule	Vermittlung Wissen
Einschätzung Verhalten	Schriftliche Lernbausteine	Auffrischung Wissen
Fallbeispiele	Video-lektionen	Bearbeitung Fälle
Video-Fallbeispiele	Fallbeispiele mit Auswertung	Austausch Erfahrungen
Chatbot	Video-Fallbeispiele	Durchführung Simulationen

Grafik 3

Hierbei gibt es folgende Möglichkeiten:

- **Einschätzung Vorkenntnisse**
Einen Wissenstest voranstellen, möglichst online, möglichst mit automatischer Auswertung.
- **Einschätzung Verhalten**
Geht es um verhaltensorientierte Schulungen, sollte stattdessen das Verhalten in Alltagssituationen ermittelt werden.
- **Fallbeispiele und Video-Fallbeispiele**
Fallbeispiele schaffen auch hier einen guten Praxisbezug.
- **Chatbot**

Hinter dem Begriff verbirgt sich ein Pseudodialog, der vom Computer gesteuert wird. (z.B. Siri von Apple)

Wie sieht es mit der Lernkontrolle aus?

Wir schulen, wissen aber nur in seltenen Fällen, was die Teilnehmer wirklich gelernt haben. Denn unsere Evaluationsstrategie fokussiert sich auf Zufriedenheitswerte. Wer macht schon am Ende eines Seminars einen Test? Und selbst das wäre problematisch.

Wissen erwerben		
	Selbstlernen	Präsenzlernen
Bedarf ermitteln	Interaktive Lernmodule	Vermittlung Wissen
	Schriftliche Lernbausteine	Auffrischung Wissen
	Video-lektionen	Bearbeitung Fälle
	Fallbeispiele mit Auswertung	Austausch Erfahrungen
	Video-Fallbeispiele	Durchführung Simulationen
Lernerfolg ermitteln		

Grafik 4

Denn wenn ein Teilnehmer im Test gut abschneidet, kann das an der Schulung liegen, aber vielleicht hat sich der Teilnehmer schon vorher mit dem Thema beschäftigt. Deshalb müsste vor und nach der Schulung der Wissenstand ermittelt werden. Das ist gut möglich, wenn die Fragen bei der Einschätzung zu Beginn gleich denen nach dem Lernprozess sind.

Warum sollten dieser Aufwand getrieben werden?

Der Grund: Nur so wird klar, was Teilnehmer verstanden haben und was nicht, wo Wiederholungen notwendig sind und wo nicht. Wobei natürlich die Wiederholungen auch im Selbststudium erfolgen könnten.

Und was ist, wenn ein Teilnehmer speziellen Bedarf an Wissen hat?

Wissen erwerben		Wissen vertiefen
Selbstlernen	Präsenzlernen	
Interaktive Lernmodule	Vermittlung Wissen	Interaktive Lernmodule
Schriftliche Lernbausteine	Auffrischung Wissen	Schriftliche Lernbausteine
Video-lektionen	Bearbeitung Fälle	Video-lektionen
Fallbeispiele mit Auswertung	Austausch Erfahrungen	Fallbeispiele mit Auswertung
Video-Fallbeispiele	Durchführung Simulationen	Video-Fallbeispiele

Grafik 5

In einer Schulung wird immer nur ein bestimmtes Wissen vermittelt, Wissen, das für einzelne Teilnehmer eine unterschiedliche Relevanz besitzt.

Wenn nun Teilnehmer ein weitergehendes Informationsbedürfnis haben, wäre es natürlich wichtig, dass ihm zusätzliche Lernbausteine zur Verfügung gestellt werden könnten. Das ist einfach zu bewerkstelligen: Man nimmt die Lernmodule die ohnehin zum Selbstlernen genutzt werden und erweitert diese. Dann kann der Trainer am Ende der Schulung mit den Teilnehmern überprüfen, ob dies noch weiteren Lernbedarf haben.

Überlegt werden muss, ob der Teilnehmer bei dieser nachgelagerten Selbstlernphase betreut werden soll.

Müssen die Teilnehmer bei der Umsetzung unterstützt werden?

Wissen erwerben		Wissen umsetzen
Selbstlernen	Präsenzlernen	
Interaktive Lernmodule	Vermittlung Wissen	Checklisten
Schriftliche Lernbausteine	Auffrischung Wissen	Ablaufpläne
Video-ktionen	Bearbeitung Fälle	Umsetzungs-pläne
Fallbeispiele mit Auswertung	Austausch Erfahrungen	Umsetzungs-aufgaben
Video-Fallbeispiele	Durchführung Simulationen	Umsetzungs-kon-

Grafik 6

Diese Frage muss mit einem klaren Ja beantwortet werden. Mit der Umsetzung beginnt eine zweite Lernphase, in

der der Teilnehmer nicht allein gelassen werden sollte. Sonst geht zu schnell zu viel des Gelernten verloren. Auch hier gibt es Möglichkeiten. So könnte ein Austausch zwischen den Teilnehmern angeregt werden, etwa über ein Gruppen-E-Mail oder Chat-Programme wie Slack. Es können aber auch Hilfen geschaffen werden, den Transfer zu erleichtern.

Gute Möglichkeiten sind:

- **Checkliste**
Die Teilnehmer haken ab, ob sie an alles gedacht haben.
- **Ablaufpläne**
Hier sind bewährte Schrittfolgen festgehalten.
- **Umsetzungspläne**
Der Teilnehmer schreibt sich auf, was er konkret umsetzen will.
- **Umsetzungsaufgaben**
Die Teilnehmer erhalten Aufgaben, die sie in der Praxis umsetzen sollen.
- **Umsetzungskontrolle**

Am Ende kann dann eine Umsetzungskontrolle stehen, um zu überprüfen, wie praxistauglich die Schulung tatsächlich war und wie gut die Umsetzungshilfen gegriffen haben.

Solche Umsetzungshilfen sollten gemeinsam mit den Teilnehmern in der Schulung erstellt und online gestellt werden.

Es gibt also eine ganze Reihe von Alternativen, über die es sich lohnt nachzudenken. Es muss von Fall zu Fall entschieden werden, welche für die spezielle Lernsituation die beste Möglichkeit darstellt.

Bedarf ermitteln	Wissen erwerben		Wissen vertiefen	Wissen umsetzen	
	Selbstlernen	Präsenzlernen			
Einschätzung Vorkenntnisse	Interaktive Lernmodule	Vermittlung Wissen	Lernerfolg ermitteln	Interaktive Lernmodule	Checklisten
Einschätzung Verhalten	Schriftliche Lernbausteine	Auffrischung Wissen		Schriftliche Lernbausteine	Ablaufpläne
Fallbeispiele	Video-ktionen	Bearbeitung Fälle		Video-ktionen	Umsetzungs-pläne
Video-Fallbeispiele	Fallbeispiele mit Auswertung	Austausch Erfahrungen		Fallbeispiele mit Auswertung	Umsetzungs-aufgaben
Chatbot	Video-Fallbeispiele	Durchführung Simulationen		Video-Fallbeispiele	Umsetzungs-kon-

Grafik 7

Dr. Rolf Meier ist Geschäftsführer der TRANSFER GmbH und seit vielen Jahren in der Aus- und Fortbildung von Dozierenden in der öffentlichen Verwaltung tätig, u.a. auch an der AKNZ des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Seine Schwerpunkte sind Didaktik, Bildungsmanagement und Personalentwicklung.

Andreas Hermens ist Referent im Referat IV.1 des BBK und Qualitätsmanagementbeauftragter der AKNZ. In diesem Zusammenhang beschäftigt er sich mit der Konzeption und Evaluation von Veranstaltungen sowie der Aus- und Fortbildung von Dozierenden.

Der Weg zu einem Wandel der Lernkultur in den Feuerwehren

Verändertes Lernen bei den Feuerwehren unter Berücksichtigung einer konstruktivistisch-kompetenzorientierten Didaktik

Michael Bräuer

„Paradigmenwechsel in der Ausbildung von Einsatzkräften“, so titelte der Verfasser zusammen mit zwei Mitautoren im Bevölkerungsschutzmagazin 3/2013 [8]*. Vorausgegangen waren zwei Artikel in der Zeitschrift Brandschutz, in denen die Autoren den Paradigmenwechsel bei der Ausbildung von Feuerwehreinsatzkräften forderten [6, 7]. Verbunden waren diese Artikel mit einem Selbsttest, der den Leser zur Beschäftigung mit konstruktivistischen Ansichten anregen sollte (zum tieferen Verständnis konstruktivistischer Didaktik empfiehlt sich die Lektüre von [1]). In einem seit 2014 laufenden Prozess wird die FwDV 2 Ausbildung der Freiwilligen Feuerwehren kompetenzorientiert überarbeitet. Viele Berufsfeuerwehren in Deutschland befassen sich, u.a. wegen den Herausforderungen bei der Ausbildung von Notfallsanitätern, mit kompetenzorientiertem Ausbilden.

Ziel all dieser Bemühungen ist es die aktuell kognitivistisch-wissensorientiert geprägte Ausbildung zu einer konstruktivistisch-kompetenzorientierten Ausbildung weiterzuentwickeln. Paradigmenwechsel in der Feuerwehrausbildung bedeutet demnach nichts Anderes als eine veränderte Lernkultur in den Feuerwehren. Im Artikel sollen Denkanstöße gegeben werden, wie diese Veränderung gelingen kann und welche Bausteine für diesen Veränderungsprozess notwendig sind.

Der Paradigmenwechsel ruht auf drei Säulen, die wiederum auf einem Fundament stehen (siehe Abbildung 1).

Im Folgenden sollen diese Bausteine näher erläutert werden.

1. Säule: veränderte Ausbildung der Ausbilder

Aus der Lehr- / Lernforschung ist heute bekannt, dass Lernen einer Aneignungslogik, keiner Vermittlungslogik folgt. „Die Überschätzung des *Vermittelns* ist eher eine lernkulturelle Gewohnheit mit einer oft skandalös geringen Nachhaltigkeit“ [4]. Kompetenzen können nur erworben, nicht vermittelt werden. Daraus folgend muss die Ausbildung der Ausbilder auf diese veränderte Zielrichtung ausgerichtet werden. Dabei müssen künftig teilnehmeraktivierende Methoden im Fokus stehen, die in problemorientierten Handlungssituationen einen Kompetenzerwerb ermöglichen (Ermöglichungsdidaktik siehe [1, 2, 3]). Dazu müssen diese Handlungssituationen geeignet sein den Teilnehmer auch emotional zu erreichen, die Teilnehmer müssen etwas erleben (siehe Abbildung 2). Die Ausbildung der Ausbilder muss dabei genauso handlungsorientiert erfolgen, wie die Ausbildung, die sie später durchführen sollen.

Ausbilder müssen künftig mehr die Rolle des Lernbegleiters als die eines Lehrenden einnehmen [5]. Für diesen Rollenwechsel ist es z. B. notwendig sich eigene Lernerfahrungen bewusst zu machen (Wann wurde was und wie eigentlich gelernt?) und diese auf die eigene Rolle als Ausbilder zu übertragen.

Dazu kann es sinnvoll sein auch ein Mentorensystem zu etablieren, dass eine Begleitung der angehenden Ausbilder in der Praxis ermöglicht. Die Feuerweherschulen müssen sich noch stärker auf die Begleitung dieser Mentoren und

der Ausbilder vor Ort fokussieren. Dies kann durch geeignete Weiterbildungsangebote, Angebote zum Erfahrungsaustausch bis hin zum zur Verfügung stellen von geeignetem Material und Unterrichtsideen reichen.

Mit entsprechenden Handreichungen und etwas Anleitung ist der Autor fest überzeugt, dass die Ausbilder den Paradigmenwechsel umsetzen können – gute und schlechte gab es bisher auch schon!

2. Säule: veränderte Ausbildungsunterlagen

Ausbildungsunterlagen bestehen heute zum Großteil aus Foliensätzen / Präsentationen. Diese Art Ausbildungsunterlagen / -hilfen sind weit verbreitet, werden von vielen Ausbildungseinrichtungen angeboten und auch kommerziell vertrieben. Oft wird diesen Präsentationen keine weitere Unterlage beigelegt, sie stehen für sich selbst. Es gibt sogar Anbieter die diese (didaktisch zweifelhafte) Machart offensiv bewerben, d.h. die Folien bilden den „roten Faden“ und es seien keine weiteren Unterlagen notwendig. Liegen den Präsentationen weitergehende Unterlagen bei, so bestehen diese meist aus einem Sprechzettel, der dem Ausbilder vorgibt, welche Inhalte er (verbal) übermitteln soll und an welcher Stelle welche Folie aufzulegen ist.

* Literaturliste unter <https://www.bbk.bund.de/DE/Service/Publikationen/BS-Magazin/Ergaenzungen/einsehbar>

Diese klassischen Formen von Unterlagen haben den (vermeintlichen) Vorteil, dass auch weniger versierte Ausbilder die Folien auflegen und die notwendigen Erläuterungen vom Sprechzettel (oder schlimmer von der Folie) ablesen können. Hinter dieser Denkweise steckt jedoch einer der häufigsten Irrtümer klassischer Ausbildung: Die Vermittlungsidee. „Vermitteln kann man eine Mietwohnung oder vielleicht sogar eine Heirat. Stoff jedenfalls kann man nicht vermitteln“, so der Hirnforscher Manfred Spitzer [10].

Es müssen deshalb Ausbildungsunterlagen zur Verfügung gestellt werden, die dem Ausbilder Anleitung und Hinweise geben, wie Unterricht so gestaltet werden kann, dass sich Teilnehmer notwendiges Wissen aneignen können, Fertigkeiten und Fähigkeiten trainieren und Kompetenzerwerb möglich wird (Unterricht ist übrigens nach Auffassung des Autors jede geplante Ausbildungseinheit, die dazu dient dem Teilnehmer einen Kompetenzerwerb zu ermöglichen; auch z. B. eine Einsatzübung).

Dabei sollten insbesondere Wissensbausteine stets in einem problem- bzw. situationsorientierten Kontext (z. B. in einer Einsatzsituation) eingebettet werden und nicht alleine für sich stehen.

Diese Notwendigkeit führt dazu, dass die Institutionen (i. d. R. die Feuerwehrschohlen), die diese Ausbildungsunterlagen erarbeiten und zur Verfügung stellen neben der notwendigen Fachkompetenz über eine hohe didaktische Kompetenz verfügen müssen.

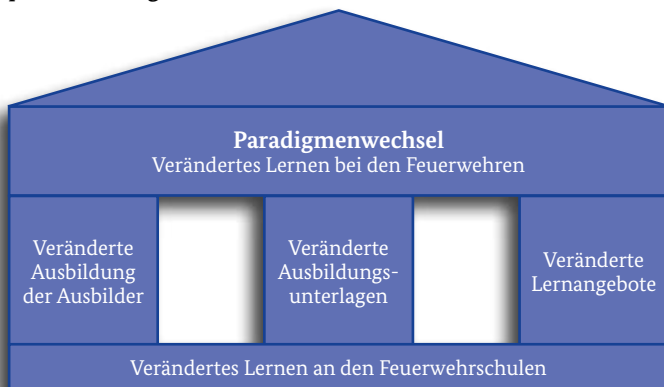


Abbildung 1: Bausteine des Paradigmenwechsels. (Verfasser)

3. Säule: veränderte Lernangebote

Lernangebote sind bei der Feuerwehr heute in der Regel als Seminare angelegt und gehen davon aus, dass Kompetenzen in einer didaktisch geplanten Veranstaltung (Schulung, Lehrgang, Seminar o. ä.) „vermittelt“ werden müssen. Darüber hinaus stehen als Lernangebote häufig schriftliche Unterlagen und vereinzelt E-Learning Angebote für das Selbststudium zur Verfügung, die in einem mehr oder weniger verpflichtenden Kontext (z. B. Durchlauf eines E-Learning Angebotes vor einem Präsenzlehrgang) zu den Präsenzveranstaltungen stehen.

Spätestens mit dem Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) kam es jedoch in der Bildungslandschaft zu einer „Abkehr vom traditionellen Ansatz, bei dem Lerninputs wie

Dauer einer Lernerfahrung oder Art der Einrichtung im Mittelpunkt stehen.“

Untersuchungen haben übrigens eine erschreckend niedrige Wirksamkeit von Weiterbildungsseminaren gezeigt. So weiß man schon seit den 1980er Jahren „dass nur 6 – 7 % des in Weiterbildungsseminaren Dargebotenen in das Handeln des so Weitergebildeten Eingang finden“ ([9] zitiert nach [4]).

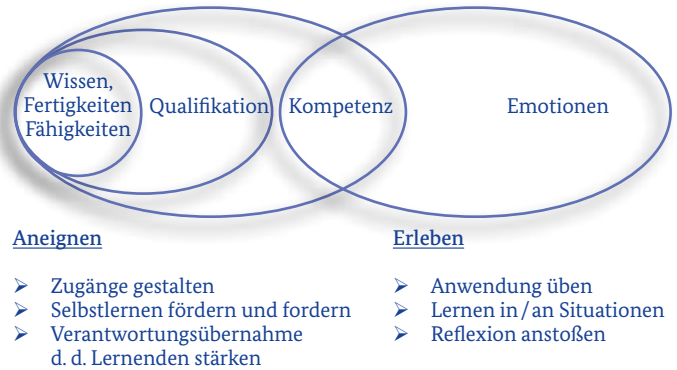


Abbildung 2: Erleben als Königsweg zur Kompetenzentwicklung. (leicht verändert nach R. Arnold in [4])

Das bedeutet, dass wir Lernangebote sehr viel breiter denken müssen als heute. Insbesondere die Chancen der Digitalisierung sollten dabei berücksichtigt werden. Über digitale Medien können im Sinne der Aneignungslogik verschiedene Möglichkeiten zu Verfügung gestellt werden. Der Lernende kann sich den Zugang auswählen, der für ihn selbst am geeignetsten erscheint. Deshalb sind redundante Wissensbausteine notwendig, die unterschiedliche Zugänge bei gleichem Inhalt zulassen.

Die (notwendige) Wissensaneignung kann somit in die Verantwortung des Lernenden übergeben werden und die Ausbildungseinrichtungen können sich mehr denn je auf den Kompetenzerwerb in problemorientierten Situationen konzentrieren. Nicht verschwiegen werden soll dabei jedoch, dass dadurch an den Feuerwehrschohlen keine Personalressourcen eingespart werden können, denn diese Inhalte müssen schließlich erarbeitet, implementiert und aktualisiert werden. Darüber hinaus müssen Lernende in Selbstlernphasen ständig begleitet werden damit sich ein Lernerfolg einstellt. Es wird sich also lediglich der Fokus wie die Personalressourcen eingesetzt werden verändern, nicht die Notwendigkeit der Ressource selbst.

Das Fundament: verändertes Lernen an den Feuerwehrschohlen

Die Grundlage für die o. g. Punkte bildet für den Autor jedoch verändertes Lernen an den Feuerwehrschohlen selbst.

Viele Dinge machen Feuerwehrleute in der Ausbildung intuitiv richtig. Allerdings wissen wir heute, dass Ausbilder in der Regel ihre eigenen Ausbildungserfahrungen kopieren. D. h. sie verhalten sich im Unterricht so wie sich ihre eigenen Ausbilder verhalten haben. Studien an Lehrkräften bestätigen dies (siehe z. B. [11]).

Wenn die Teilnehmer an den Feuerwehrschoolen kompetenzorientiertes Ausbilden erleben (und zwar nicht nur in den Lehrgängen „Ausbilder in der Feuerwehr“, sondern in allen Lehrgängen, die sie an einer Feuerwehroschule absolvieren!), dann besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass sie diese Art Ausbildung nachahmen und in die Fläche tragen. Fest steht jeden Falls: halten die Feuerwehroschulen an einer kognitivistisch-wissensorientiert geprägten Ausbildung fest, wird ein Paradigmenwechsel nicht möglich sein!

Darüber hinaus ist vieles, was wir in der Feuerwehrausbildung traditionell tun, bereits sehr kompetenzorientiert! Übungen an konkreten Einsatzsituationen sind perfekte Handlungssituationen in denen Kompetenzen erworben werden können. Entscheidend dabei ist jedoch, dass auch eine Übung didaktisch geplant werden muss! Deshalb müssen Lernziele formuliert werden und nach der Übung ein auf diese Lernziele fokussiertes Feedback durchgeführt werden.

Feedback bedeutet an dieser Stelle aber nicht „Manöverkritik“ in der klassischen Form, d.h. der Ausbilder erläutert in einem Monolog dem Übenden / den Übenden was aus seiner Sicht nicht funktioniert hat, sondern:

1. Der Übende / die Übenden kommen zu Wort.
 - Wie wurde gehandelt?
 - Was waren die Gründe?
 - Wie war das Ergebnis?
 - Was kann geändert werden?
2. Vorher benannte Beobachter geben ihr Feedback.
 - Was wurde beobachtet?
 - Was war gut?
 - Was kann verbessert werden?
 - Wie kann das verbessert werden?
3. An der Übung Beteiligte (z. B. Darsteller, andere Einsatzkräfte) werden einbezogen.
 - Wie ging es mir während der Übung?
 - Was fand ich gut?
 - Was könnte verbessert werden?
4. Der Ausbilder ergänzt, wenn notwendig.
 - Bereits Gesagtes nicht wiederholen.
 - Zusammenfassend 1-2, max. 3 Verbesserungsziele für den / die Übenden.

Dabei gilt: Erlebnisse werden erst zu Erfahrungen, wenn Sie bewusst reflektiert und bewertet wurden, sonst bleiben sie Erlebnisse (das gilt im Übrigen auch für Einsätze).

Wichtig: der Lernende muss im Verlauf der Ausbildung mehrfach Gelegenheit bekommen sich in Handlungssituationen mit einem zu lösenden Problem zu beschäftigen, nur so ist eine Verbesserung und damit Kompetenzerwerb möglich.

Hauptkritikpunkt an dieser Vorgehensweise ist meist: „Dafür fehlt uns die Zeit!“

Dass (Aus)Bildung Zeit benötigt ist eine Binsenweisheit. Natürlich kann jemand, wenn er mehr Zeit zur Verfügung hat auch mehr lernen. Leider ist auch die Ressource Zeit begrenzt, sei es durch vorgegebene (oft monetäre) Rahmenbedingungen oder auch auf die Tatsache begründet, dass

ehrenamtliche Feuerwehrodienstleistende sich in der Regel in ihrer kostbaren Freizeit aus-, fort- und weiterbilden.

Aus Sicht des Autors stehen jedoch für diese Aussage einige weitverbreitete Missverständnisse bzgl. des menschlichen Lernens Pate: die Wissensmissverständnisse [5].

- „Erst einmal muss man den Lernenden erklären, wie es richtig geht, und die Theorie dazu vermitteln.“
- „Möchte man, dass jemand sein Handeln verändert oder zu neuem Handeln in der Lage ist, muss man ihm das entsprechende Wissen, die entsprechenden Einsichten, Gedanken und Theorien *vermitteln*.“
- „Besseres Wissen befähigt angeblich zu besserem Handeln.“

„Schon einige Alltagserfahrungen weisen uns nachdrücklich darauf hin, dass an dieser grundlegenden Vorstellung vom Lernen als einer Wissensaufnahme, die *besseres* Handeln ermöglicht, irgendetwas nicht stimmt. [...] Gelerntes Wissen führt also keineswegs immer und selbstverständlich zu entsprechendem Handeln.“

Und gerade weil die Zeit knapp ist müssen wir die vorhandene Zeit optimal nutzen und nicht mit nutzloser „Wissensvermittlung“ vergeuden!

FAZIT

Paradigmenwechsel ist nicht einfach ein Methodenwechsel in der Ausbildungspraxis, sondern ein Wechsel der Haltung des Ausbilders. Dieser Haltungswechsel muss aber vom Ausbilder selbst ausgehen und kann diesem im Übrigen auch nicht einfach so „vermittelt“ werden.

Wichtig erscheint dem Autor an dieser Stelle aber noch der Hinweis, dass es beim Paradigmenwechsel nie darum ging die bisherige Ausbildung schlecht zu reden oder zu behaupten, dass das was wir bisher getan haben nicht funktionieren würde. Es geht also in erster Linie darum die richtigen Dinge öfter und vor allem bewusster zu tun! Nach dem Motto: „Tue was du willst, aber wisse warum!“

Der Paradigmenwechsel ist ein Veränderungsprozess, der sich noch über viele Jahre entwickeln wird und so soll dieser Artikel mit einem Zitat von Max Planck (dt. Physiker, 1858-1947) schließen:

„Eine neue wissenschaftliche Wahrheit pflegt sich nicht in der Weise durchzusetzen, daß ihre Gegner überzeugt werden und sich als belehrt erklären, sondern vielmehr dadurch, daß die Gegner allmählich aussterben und die heranwachsende Generation von vornherein mit der Wahrheit vertraut gemacht ist“

(Hermann, Armin: Max Planck. Vorträge und Erinnerungen. In: DIE ZEIT Nr. 08/1984).

Soziale Kompetenzen hoch im Kurs – Novellierung der Leitungskräfteausbildung im DRK

Christoph Müller

Die Quote bürgerschaftlichen Engagements ist seit 1999 in Deutschland kontinuierlich angestiegen. Gemäß dem Deutschen Freiwilligen Survey engagieren sich rund 43 % der Wohnbevölkerung in Deutschland freiwillig und sozial. Davon sind im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes nur 2 - 4 % aktiv. Von einer „Krise des Ehrenamtes“ kann keine Rede sein, stattdessen von einem Strukturwandel des „freiwilligen Engagements“.

Rund 400.000 ehrenamtliche Helfende sind bundesweit im DRK aktiv. Davon sind 170.000 langfristig im Katastrophenschutz tätig und rund 30.000 von ihnen haben ehrenamtliche Leitungs- und Führungsaufgaben übernommen.

Das DRK unterscheidet zwischen gewählten Leitungskräften der fünf Gemeinschaften: Bereitschaften, Wasserwacht, Jugendrotkreuz, Bergwacht sowie Wohlfahrts- und Sozialarbeit und operativen Führungskräften mit Einsatzaufgaben, die ernannt werden. Die Gewinnung, Förderung und Bindung ehrenamtlicher aktiver Mitglieder und die Sicherstellung ihrer fachlichen Aus- und Weiterbildung ist eine ihrer Kernaufgaben.

2016 hat das DRK-Präsidium 23 Mindeststandards zur Förderung ehrenamtlicher Arbeit im DRK verabschiedet. Dazu gehört die Einrichtung hauptamtlicher Personalstellen für Ehrenamtskoordinatoren mit entsprechender Ausbildung in allen DRK-Kreisverbänden, die Erstellung von Personalentwicklungskonzepten und die Durchführung regelmäßiger Zufriedenheitsanalysen unter den ehrenamtlichen Kräften.

Im Jahr 2016 hat das DRK-Generalsekretariat –Team Krisenmanagement und Ehrenamt in Kooperation mit Prof. Christian Ernst, Technische Hochschule Köln, eine Online-Studie durchgeführt an der 3.770 aktive Helfende teilgenommen haben, davon 1.480 Führungs- und Leitungskräfte.

Zentrale Fragestellungen waren die Zufriedenheit der Ehrenamtlichen und Anforderungsprofile ehrenamtlicher

Leitungs- und Führungskräfte. Während 75 % der Befragten mit ihrem Engagement im DRK zufrieden sind, würden 25 % die Mitarbeit im Verband nicht in ihrem Freundeskreis weiterempfehlen. Die Ergebnisse dieser Studie von Müller/Ernst weisen deutlich auf Veränderungsbedarf in der Personal- und Organisationsentwicklung des Ehrenamtes im DRK hin: Die Stärkung der persönlichen Wertschätzung des Engagements, intensiveres individuelles Feedback zu Leistungsfortschritten, kollektives Debriefing nach den Einsätzen, die Verbesserung der Kommunikation und der Transparenz in Planungs- und Leitungsprozessen, proaktive Konfliktlösung und die Förderung von Inklusion und Vielfalt sind häufig genannte Forderungen an der Verbandsbasis.



Quelle: Prof. Dr. Christian Ernst, PPP DRK-Studie 2016

Die Ergebnisse der Studie von Müller/Ernst von 2016 wurden 2018 in einer Evaluation „Lessons Learned“ in der Flüchtlingshilfe von Christoph Tiebel, Reinhold-Würth-Hochschule, Campus Künzelsau, bestätigt. Zusätzliche Erkenntnisse wurden in Fokus-Gruppen zu Defiziten im Stressmanagement der Helferbegleitung und der Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) deutlich. Nach den tra-

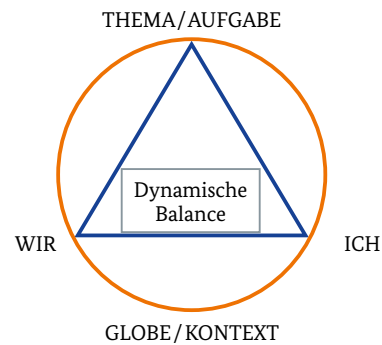
ditionellen anspruchsvollen Grund- und Fachausbildungen in den DRK-Einsatzgemeinschaften ist eine höhere Qualifizierung der Leitungs- und Führungskräfte im Bereich der „Soft-Skills“ von großer Bedeutung.

Dazu gehören intensiveres Training von Selbstkompetenzen, Sozialkompetenzen, Methodenkompetenzen sowie Leitungs- und Führungskompetenzen neben den organisatorischen, technischen oder medizinischen Kompetenzen des zivilen Bevölkerungsschutzes. Traditionell ist die Leitungs- und Führungskräfteausbildung in den Einsatzgemeinschaften des DRK seit den 70er Jahren auf lernzielorientierten Unterricht und die Vermittlung von Vorratswissen zur Bewältigung möglichst vieler denkbarer Einsatzlagen ausgerichtet. Dabei stand die Vermittlung standardisierter Verfahrensweisen durch stark regulierte kleinteilige Ausbildungskonzepte im Vordergrund.

Persönliche Lernbiografien der Teilnehmenden, berufliche Kompetenzen z. B. im Bereich des Managements oder der Krisenbewältigung wurden in der Planung von Bildungsmaßnahmen wenig berücksichtigt. Die Kultur von Hilfsorganisationen tendiert dazu ehrenamtliche Zielgruppen ihren Ausbildungsanforderungen und Vorschriften anzupassen und weniger dynamisch die eigenen Strukturen dem sich rapide verändernden Lernverhalten ihrer ehrenamtlichen Leitungs- und Führungskräfte anzupassen. Sie erleben als Arbeitnehmer und Auszubildende am Arbeitsplatz und in der Freizeit Innovationen im Bildungssektor erheblich schneller.

Themenzentrierten Interaktion von Ruth Cohn, das bereits erfolgreich in der Leitungs-, Ausbildungs- und Führungskräfteausbildung des DRK eingesetzt wird.

Die Berliner Psychotherapeutin Ruth Cohn wurde 1912 als Tochter einer jüdischen Familie geboren, emigrierte am 31.3.1933 in die USA, ließ sich 1974 in der Schweiz nieder und starb 2010 in Düsseldorf. Ruth Cohn begründete die Themenzentrierte Interaktion als Konzept des emanzipatorischen Lernens in Gruppen, das in der Sozialpädagogik, angewandten Theologie, der Psychotherapie und Beratung sowie auch der Führungspädagogik und im Management starke Resonanz gefunden hat.



Die Methodik der Themenzentrierten Interaktion liefert auf der Basis einer humanistischen Psychologie Lehr- und Führungskräften einen Kompass zur Prozessentwicklung und Steuerung von Gruppen. Vier Grundelemente aus ICH – der eigenen Person, dem WIR – der gemeinsamen Gruppe, dem ES – als verbindendem Thema oder der gemeinsamen Aufgabe in einem gleichseitigen Dreieck und dem umgebenden GLOBE als Kreis, der den sozialen, organisatorischen und politisch-kulturellen Kontext repräsentieren Einflusskräfte auf Team- und Leitungsprozesse.

Das TZI-Modell beruht auf der Idee eines fließenden Gleichgewichts der vier Grundelemente, einer dynamischen Balance in einem Teamprozess z. B. innerhalb einer Projektgruppe, einem Einsatzteam oder einer Bildungsveranstaltung. Das gemeinsame Thema ist der zentrale Mittelpunkt des Handelns der Gruppe und der beteiligten Individuen.

Zwei Postulate dienen den Gruppenmitgliedern und der Leitung zum Ausbalancieren der Kräfte im Teamprozess: Sei dein eigener Chairman und Störungen haben Vorrang. Weitere Hilfsregeln fördern Klarheit und Offenheit im gegenseitigem Umgang und der Kommunikation.

Das Chairman-Postulat appelliert an Selbst- und Mitverantwortung von Gruppenteilnehmern und Teammitgliedern in Lern- und Arbeitsprozessen sich einzubringen und für die eigenen Interessen, sowie die gemeinsamen Ergebnisse einzutreten. Das Störungspostulat weist auf sich

Novellierung der Qualifizierung ehrenamtlicher Führungskräfte in DRK Gemeinschaften Deutscher Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen 2013			
Fachkompetenz		Personale Kompetenz	
Umfasst Wissen und Fertigkeiten. Sie ist die Fähigkeit und Bereitschaft, Aufgaben- und Problemstellung selbstständig, fachlich angemessen, Methoden-geleitet zu bearbeiten und das Ergebnis zu beurteilen.		Umfasst Sozial- und Selbstkompetenz. Sie bezeichnet die Fähigkeit und Bereitschaft, sich weiterzuentwickeln und das eigene Leben selbstständig und verantwortlich im jeweiligen sozialen, kulturellen bzw. beruflichen Kontext zu gestalten.	
Wissen	Fertigkeiten	Sozialkompetenz	Selbstkompetenz
Fakten, Grundsätze, Theorien + Praxis als Ergebnis von Lernen + Verstehen. Begriff Wissen wird synonym zu Kenntnissen benutzt.	Fähigkeiten, Wissen anzuwenden und Probleme zu lösen: kognitive Fertigkeit (Logik, Intuition, Kreativität) + prakt. Methoden-/Instrumenteneinsatz.	Fähigkeit + Bereitschaft zu zielorientierter Koop., Interessen + soziale Situationen erfassen, Arbeits- + Lebenswelt mitzugestalten.	Fähigkeit u. Bereitschaft selbstständig zu handeln, eigenes Verhalten und das Anderer zu reflektieren, sowie eigene Handlungsfähigkeit weiterzuentwickeln.

Quelle: Trainingsmanual „ Rettung, Hilfe und Kultur“, BBK, 2016

Im Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) für lebenslanges Lernen wurden im Jahr 2013 neue bildungspolitische Akzente zu Kompetenzorientierung für berufliches und schulisches Lernen gesetzt. Durch diesen Orientierungsrahmen werden Deutsche Berufsabschlüsse und Ausbildungsgänge auf Europäischer Ebene kompatibel. Im DQR gewinnt die Bildung persönlicher und sozialer Kompetenzen von Lernenden die gleiche Bedeutung wie die Vermittlung von fachlichen Wissen und technischen Fertigkeiten.

Die novellierte Führungskräfteausbildung in DRK orientiert sich pädagogisch und psychologisch am Konzept der

verändernde Bedürfnisse, Wahrnehmungen, Verhaltensweisen, Lagen in Leitungs- und Gruppenprozessen hin.

Störungen, Widerstände und Konflikte bilden hilfreiche Wegweiser in Veränderungsprozessen. Wertvolle psychologische Signale in Gruppen und Organisationen treten häufig unter der Wasseroberfläche im Eisberg-Modell auf, dessen sichtbare Spitze die sachlogische Ebene ist. Sie macht bekanntlich als sichtbare Struktur nur 10-20% des gesamten Eisberges aus. Die Organisations- oder Gruppenkultur verändert sich unter der Wasseroberfläche durch Einflüsse aus der Innen- und Außenwelt deren Abläufe im Gegensatz zu den Wirkungen nicht immer rechtzeitig und deutlich zu erkennen sind.

Gemäß der Pädagogik des Schweizer J. M. Pestalozzi aus dem 17. Jahrhundert findet menschliches Lernen gleichzeitig mit Kopf, Hand und Herz statt. Modern ausgedrückt umfassen Lern- und Arbeitsprozesse kognitiv-intellektuelle, sozial-emotionale und psychomotorische Dimensionen, die in der TZI praktische pädagogische Bedeutung für Führungskräfte gewinnen. Im TZI-Modell steht das

- **ICH** für die eigene Person des Lernenden, Lehrenden oder Leitenden, die eigene Lebens- und Lerngeschichte, die individuelle Persönlichkeit, ihre Wahrnehmung, Verhalten, Ängste und Kompetenzen, insgesamt ihre Identität
- **WIR** als Kollektiv der teilnehmenden Personen ihrer gemeinsamen Geschichte, Werten, Normen, Gruppendynamik, Diversität und Vielfalt während des Prozesses.
- **ES** steht für gemeinsames Thema, die Aufgabe als verbindendes, motivierendes und integrierendes Element. Die Nähe der beteiligten Personen zum Thema, seine Klarheit und der Grad der Ansprache sachlicher und psychologischer Bedürfnisse bestimmt den Realitäts- und Verwendungsbezug des Themas. Es bildet die Brücke zum WIR-Erlebnis durch gemeinsamen Erfolg in der Aufgabenbewältigung.
- Der **GLOBE** umschließt das gleichseitige Dreieck wie der Ring eines Kugellagers und spiegelt die sich verändernde soziale, institutionelle und ökologische Umwelt wieder. Er wird auch in der Literatur in mehreren Schalen einer Zwiebel dargestellt: Der unmittelbare Arbeitskontext der Gruppe in der Aufgabenbewältigung, die aktuelle Lage eines Einsatzes, die zu Verfügung stehende Infrastruktur, die Regeln und Normen der Organisation, ihre Standard-Operating-Procedures (SOPs).

Zum Kontext gehören auch Leitgedanken und Führungsgrundsätze als Ausdruck der Organisationsphilosophie und der gesetzliche Rahmen in ihren Arbeitsfeldern. Der Globus kann durch Über-Reglementierung und Traditionsbindungen, die Energie in der Interaktion zur Aufgabenbewältigung blockieren und die Dynamik bremsen. Überlieferte Normen und historischer Ballast kann das Gewicht des Globes überstrapazieren. Durchlässigkeit der Oberfläche des Globes und funktionierende Sensoren für Umwelt- und Innenwelt – Veränderungen sichern die Anpassung an neue Kontext-Einflüsse.

Die Grundelemente und die pädagogische Philosophie der Themenzentrierten Interaktion haben die Novellierung der modularen Führungskräfteausbildung im DRK und ihre Praxis stark beeinflusst.

In einem modularen Lernsystem werden folgende Elemente durch Blended-Learning verbunden:

- Vier Präsenztrainings von zwei Tagen
- Vier E-Learning-Kurse von je 90 Minuten
- Vier Arbeitshilfen als Lernunterlagen
- Internes Mentoring und externes Coaching

Die Module dieses neuen Trainingsangebotes für gewählte Führungskräfte werden ab Mitte 2019 über die Bildungswerke und Landesschulen der 19 DRK-Landesverbände angeboten. Es baut auf der Grund- und Fachausbildung der DRK-Gemeinschaften auf. Es ist vorgesehen nach einer Erprobungsphase das Modul Teamentwicklung und Konfliktmanagement sowie Selbst- und Stressmanagement in die Schulung der operativen Führungskräfte zu übernehmen und den klassischen Lehrgang „Leiten und Führen von Gruppen“ abzulösen. Im neuen Trainingsprogramm werden die beiden bisherigen Lehrgänge Personal- und Organisationsentwicklung nur noch optional von Landesverbänden angeboten, da Grundkenntnisse und Instrumente zu diesen Themen zukünftig in den neuen Modulen vermittelt werden. Insgesamt wird der Zeitaufwand zur Ausbildung ehrenamtlicher Führungskräfte reduziert, selbstbestimmter gestaltet und das gemeinschaftsübergreifende Angebot fördert die Vernetzung im komplexen Hilfeleistungssystem des DRK.



Inhaltlich umfassen die vier Lernmodule folgende Themen:

- Stress- und Selbstmanagement
 - Persönliche Werte und Leitbilder
 - Leitbild und Führungsgrundsätze des DRK
 - Persönliche Motivation und Wertschätzung
 - Themenzentrierte Interaktion als Leitungskompass
 - Konzept der Salutogenese und Gesundheitsvorsorge am Arbeitsplatz
 - Risikoanalyse seelischer Gesundheit und Stressmanagement
 - Bezüge zur psychosozialen Notfallversorgung (PSNV)

- Teamentwicklung und Konfliktmanagement
 - Kommunikative Kompetenzen von Führungskräften
 - Regelkreis der Führung und Leitung
 - Emotionale Intelligenz in der Führung und Leitung
 - Gruppenphasen und Teamrollen
 - Themenzentrierte Interaktion und Teamleitung
 - Konfliktmanagement und Diagnose
 - Interkulturelle Kommunikation im DRK

- Sozialmanagement und Freiwilligenkoordination im DRK
 - Das DRK im dritten Sektor
 - Corporate Identity in der Organisationsentwicklung des DRK
 - Grundlagen des Projektmanagements
 - Soziologie freiwilligen Engagements
 - Aufgaben und Methoden der Ehrenamtskoordination
 - Mindeststandards zur Förderung ehrenamtlicher Arbeit im DRK
 - Rechts- und Versicherungsfragen

- Moderne Vorstands- und Präsidiumsarbeit im DRK
 - Gesellschaftliche und Verbandsspezifische Anforderungen qualifizierter Vorstandsarbeit
 - Kooperation Haupt- und Ehrenamtlich Vorstände
 - Organisationskultur und Veränderungsprozesse in Verbänden des DRK
 - Analyse und Organisation effizienter Vorstandsarbeit
 - Interessenvertretung der Gemeinschaften und strategische Gesamtverantwortung
 - Bezüge zum Krisenmanagement im Verband
 - Bezüge zur Ehrenamtskoordination und DRK-Mindeststandards

Die Novellierung der Führungskräfte Ausbildung im DRK stellt die ehren-, neben- und hauptamtlichen Lehrkräfte vor professionelle pädagogische Herausforderungen. Neuere erziehungswissenschaftliche Erkenntnisse wie die von Charles Jennings (2013) stellen traditionelle Lernsettings in Frage: 70% wird durch Erfahrung, in Aktion gelernt, 20% gemeinsam mit anderen Menschen, 10% in strukturiertem Unterricht und Kursen. Laut Kirkpatrick & Kirkpatrick (2014) werden nur 7-8% des in Seminaren Gelernten in der Praxis am Arbeitsplatz wirksam.

Literatur:

- Antonovsky, Aaron: Salutogenese – Zur Entmystifizierung der Gesundheit, Tübingen, 1997
 Tiebel, Christoph: Interkulturelle Öffnung und Flüchtlingshilfe: Lessons Learned, Künzelsau, 2018,
 Willke, Betty: Wegweiser zur Ehrenamtskoordination, DRK-Verlag Berlin, 2015
 Langnickel, Horst: Professionelle und effiziente Vorstandsarbeit, DRK-Verlag Berlin, 2017
 Schöffmann, Dieter: Moderne Vorstandsarbeit im DRK, DRK-Verlag Berlin, 2017
 Arnold, Rolf: Entlehrt Euch, KEP Verlag, 2017
 Ritter-Mamczek, Bettina: Didaktische Reduktion, UTB, 2015
 Langmaak Barbara: Themenzentrierte Interaktion; Psychologie Verlags Union, 1991
 Sauter, Werner: So werden wir lernen, Springer Verlag, 2016

Kompetenzorientierte Lehrkräfte müssen ein neues Rollenverständnis vom Ausbilder zum Lernbegleiter entwickeln: Die sukzessive Übertragung der Verantwortung für den Lernprozess an die Teilnehmenden, die Orientierung zu selbstorganisierter Planung und Mitverantwortung für den Lernerfolg delegieren, innovative Lern- und Sozialformen einsetzen, Erfahrungsaustausch und kollegiale Beratung fördern, Mentoring und Erfahrungswissen unter Kollegen anbieten, Lernpartnerschaften in Projekten vermitteln und den Einsatz digitaler Lernmedien managen, beschreiben Anforderungen an Lehrkräfte, die nicht mehr nur auf Wissensvermittlung spezialisiert sind. Die Entwicklung einer „Ermöglichungsdidaktik“ im DRK hat in der Novellierung der Ersten Hilfe Ausbildung bereits Früchte getragen: die Verkürzung der Ausbildungszeit, die didaktische Reduktion des Lernstoff-Volumens und ein erlebnispädagogisches Lernkonzept stößt bundesweit auf sehr positive Resonanz.

Im Rahmen der Personalentwicklung ehrenamtlicher Leitungs- und Führungskräfte wird das DRK in den nächsten Jahren auf Landesebene die Kompetenzentwicklung und pädagogische Qualifizierung seiner Lehrkräfte intensivieren sowie die erfolgreiche Kooperation mit Hochschulen fortsetzen.

Mit der International Coaching Federation (ICF) in Deutschland hat das DRK ein Pro Bono Projekt gestartet, über das ehrenamtliche Leitungs- und Führungskräfte fachliche und psychologische Beratung in persönlichen und verbandlichen Veränderungsprozessen sowie zu akuten Problemlösungen erhalten können.

Dipl.Päd. Christoph Müller ist im DRK-Generalsekretariat Sachgebietsleiter Personalentwicklung für Führungskräfte im Ehrenamt – Team 24 Ehrenamt und Krisenmanagement.

Niemand ist zu jung, um zu helfen

Stärkung der Selbsthilfefähigkeit von Kindern und Jugendlichen

Angela Clemens-Mitschke, Klaus Preis und Bianca Straube

Was tun wir eigentlich, wenn es brennt? Was tun wir, wenn bei einem Autounfall jemand schwer verletzt wird oder was tun wir, wenn der Strom für mehrere Tage ausfällt?

In vielen Fällen wählen wir den Notruf – und dann kommt Hilfe. Das scheint uns selbstverständlich. Aber auch die beste Hilfe ist nicht immer sofort zur Stelle und kann an mehreren Orten gleichzeitig sein. Bis zum Eintreffen dieser Hilfe ist es elementar zu wissen, wie man sich und anderen hilft, wo mögliche Risiken bestehen und wie eine gezielte Vorsorge funktioniert. Durch eine hohe Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung könnten viele Unfallrisiken vermieden oder verringert werden. So einleuchtend es klingt, so schwierig scheint es, diese Fähigkeiten zum Selbstschutz und zur Selbsthilfe flächendeckend zu verankern. Nur selten wissen Erwachsene genau, wie sie sich in einem akuten Notfall verhalten sollen. Gerade darum erscheint es heute besonders sinnvoll, vor allem Kindern und Jugendlichen diese Themen so früh wie möglich altersgerecht zu vermitteln. Auf diese Weise können sie nicht nur besser mit Notsituationen umgehen, sondern sie tragen auch Themen der Notfallvorsorge in ihre Familien und dienen somit als Multiplikatoren für eine nachhaltige Verbesserung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung.

Bei der Vermittlung von Selbsthilfe-Themen müssen Kinder und Jugendliche besonders zielgruppengerecht angesprochen werden. Es geht vor allem darum, ihnen durch die spielerische Vermittlung von Wissen die Angst vor Unfällen und Katastrophen zu nehmen, sie für Risiken zu sensibilisieren und für soziales Engagement zu begeistern. Kinder können und möchten sich einbringen und besitzen somit auch das Potenzial, wichtige Beiträge für die Gesellschaft zu leisten. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hat hierzu unterschiedliche Angebote entwickelt, die Kinder und Jugendliche im Alter von vier bis 18 Jahren ansprechen.



Projekt „Rettet die Retter“

Jungen Menschen eine Kultur des Helfens nahezubringen, ist der Beginn für eine Kultur des gelebten Miteinanders und des für uns alle unverzichtbaren ehrenamtlichen Engagements im Bevölkerungsschutz. Um Kinder schon

früh für dieses Thema zu sensibilisieren und zu interessieren, bedarf es insbesondere eines Konzeptes, das auf diese Zielgruppe „Kinder im Vorschulalter“ eingeht. Zur Umsetzung des Konzeptes wiederum bedarf es der Kooperation mit Kindertageseinrichtungen und Schulen.

Das BBK hat gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern, (BMI), der Arbeitsgemeinschaft der Augsburger Hilfsorganisationen, der Augsburger Puppenkiste und der Fachhochschule für Sozialpädagogik in Augsburg sowie einer Reihe anderer Unterstützer 2013 ein Projekt gestartet, das sich an Kinder im Vorschulalter richtet: „Rettet die Retter“.

Für dieses Projekt wurde in der ersten Phase zusammen mit der Augsburger Puppenkiste der Film „Rettet die Retter – Abenteuer im Land der Helfer“ produziert und veröffentlicht. Die Helden des Films „Rettet die Retter“ sind Tini und seine Freunde. Sie erleben eine Reihe von Abenteuern, in denen immer wieder Situationen entstehen, die wichtige Botschaften vermitteln:

- Hilfe kommt nicht automatisch,
- sie kommt von Menschen, die freiwillig für andere da sind.
- Es ist wichtig, für andere da zu sein.
- Und: Helfen macht Spaß.

In der zweiten Phase, am 19.01.2017, startete im bayerischen Schwaben in Kooperation mit Kindertageseinrichtungen das Pilotprojekt „Rettet die Retter“ unter der Schirmherrschaft von Johannes Hintersberger, MdL, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration. Hier erfolgte durch den Vizepräsidenten des BBK, Dr. Thomas Herzog die Übergabe des im BBK erstellten Medien- und Methodenkoffers sowie eines von der Fachhochschule für Sozialpädagogik in Augsburg entwickelten pädagogischen Begleitkonzeptes. Der Medienkoffer enthält ein Malbuch, ein Erzählbuch, Spielfiguren zum Nachspielen und die Handpuppe mit dem Namen „Tini“.

Das pädagogische Konzept mit insgesamt acht Modulen und der Praxisleitfaden stellen eine Arbeitshilfe für Erzieherinnen und Erzieher in den pädagogischen Einrichtungen mit Kleinkindern dar, um das Thema Helfen, soziales Engagement sowie Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme in den pädagogischen Einrichtungen den Kindern praxisnah und lebendig zu vermitteln. Die Sensibilisierung und Stärkung des kompetenten Umgangs mit dem Thema Helfen und sozialem Engagement sowie Ehrenamt stehen hierbei im Fokus.

Alle Unterlagen aus dem Methoden- und Medienkoffer sind unter folgendem Link abrufbar:
www.bbk.bund.de/rettetdieretter.



Max und Flocke

Um Sieben- bis Zwölfjährige mit Gefahren im Alltag angstfrei vertraut zu machen hat das BBK die beiden Protagonisten Max, ein Junge um die 10 Jahre, und seinen Hund Flocke, einen Bordercollie, entwickelt. Das Angebot „Max und Flocke Helferland“ bietet seit 2011 mit der Internetseite www.max-und-flocke-helferland.de elf verschiedene Arbeitsblätter, Geschichtenhefte, Malbücher, zwei Onlinespiele und einen Comic. Anhand des anschaulichen Online-Auftrittes und der bestellbaren Materialien sollen Kinder über diverse Gefahren im Alltag spielerisch aufgeklärt werden. Sie können sich selbstständig mit den wichtigen Verhaltensregeln zu den Themen Brandschutz, Erste Hilfe und Selbsthilfe, z. B. bei einem längeren Stromausfall, beschäftigen. Sie erhalten Informationen über das deutsche Hilfeleistungssystem (wie z. B. Rettungsdienst und Feuerwehr) und die ehrenamtliche Tätigkeit. In der Rubrik „Für Eltern und Lehrende“ können ergänzend zu den Arbeitsmaterialien methodisch-didaktische Kommentare heruntergeladen werden.

2016 folgten weitere Materialien im Rahmen des EU-Projektes „YAPS – Raising young people’s awareness on preparedness and self protection“ [Stärkung der Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeit junger Menschen]. Die Projektidee und die Projektinhalte basieren auf dem bestehenden Informationsangebot rund um Max und Flocke und wurden auf Basis einer Risikoanalyse der beteiligten Länder Deutschland, Österreich und Rumänien angefertigt.

Hauptziel des Projektes YAPS ist die nachhaltige Stärkung der Selbsthilfefähigkeit junger Menschen zwischen sieben und zwölf Jahren. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden verschiedene Methoden eingesetzt. Ein Teil der Methoden zielt darauf ab, dass Lehr- und Ausbildungskräfte den Kindern und Jugendlichen Kompetenzen im Selbstschutz vermitteln. Ein weiterer Teil wendet sich an die Sieben- bis Zwölfjährigen selbst, um entweder im schulischen Umfeld vermittelte Kompetenzen zu vertiefen oder diese in Eigenarbeit zu erwerben.

Alle im Rahmen des Projektes entwickelten Produkte – Onlinespiel, Geschichtenhefte, Arbeitsblätter mit methodisch/didaktischen Hinweisen sowie ein Leitfaden für Rettungskräfte – werden jeweils in deutscher, englischer und

rumänischer Sprache angeboten. Alle Unterlagen stehen sowohl als Hardcopy als auch zum Download auf www.max-und-flocke-helferland.de mehrsprachig und kostenlos zur Verfügung.

Ausbildung in Selbstschutzmaßnahmen der Bevölkerung – Medizinische Erstversorgung mit Selbsthilfeeinheiten

Neben diesem breit gefächertem Angebot des BBK und dem damit vermitteltem theoretischem Wissen bedarf es darüber hinaus auch einer praktischen Ausbildung zum Erwerb entsprechender Kompetenzen.

Dazu finanziert das BBK Ausbildungsmaßnahmen, die eine Sensibilisierung für die Notfallvorsorge und Selbsthilfe, sowie einen handlungsorientierten Kompetenzerwerb ermöglichen. Das Programm „Medizinische Erstversorgung mit Selbsthilfeeinheiten“ richtet sich an Jugendliche im Alter von etwa 10 bis 18 Jahren, vornehmlich an allgemeinbildenden Schulen (Sekundarstufe 1). Seit dem Jahr 2005 nehmen so jährlich rund 80.000 Jugendliche überall in der Bundesrepublik Deutschland teil.

Durchgeführt werden diese Kurse u. a. durch die nach §26 ZSKG im Katastrophenschutz der Länder mitwirkenden privaten Organisationen, insbesondere durch die Hilfsorganisationen Deutsches-Rotes Kreuz (DRK), Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), Deutsche-Lebensrettungsgesellschaft (DLRG), Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und Malteser (MHD). Aktuell wird auch ein Privatanbieter durch den Bund gefördert. In der Regel werden die Kurse direkt in allgemeinbildenden Schulen von den jeweiligen Anbietern durchgeführt. Die Ausbildungsdauer beträgt 12 Unterrichtsstunden. Neun Unterrichtsstunden widmen sich der Erste-Hilfe-Ausbildung und drei Unterrichtsstunden werden zum Thema Selbsthilfe durchgeführt. Der den Selbsthilfethemen zugrundeliegende Bildungsplan für die Medizinische Erstversorgung mit Selbsthilfeeinheiten basiert auf einer handlungs- und kompetenzorientierten Didaktik-Methodik. Er setzt auf entdeckendes, lösungsorientiertes und selbstständiges Lernen. Zur Vertiefung und Nachbereitung wurde darüber hinaus für die Jugendlichen der neue Comic „Max & Flocke – Einsatz in Katastrophenhausen“ entwickelt, der auf www.bbk.bund.de unter der Rubrik „Publikationen – Bildungsunterlagen“ abrufbar ist.

Diese vom Bund finanzierten Ausbildungsmaßnahmen sind ein sehr guter Ausgangspunkt. Zukünftig müssen jedoch auch vielen weitere Zielgruppen, wie Kinder im Kindergarten- bzw. Vorschulalter, Menschen mit Behinderung, Seniorinnen und Senioren, in den Blick genommen und zielgruppengerechte Ausbildungsmaßnahmen entwickelt werden.

Angela Clemens-Mitschke ist Leiterin des Referates *Grundsatzangelegenheiten des Bevölkerungsschutzes, Ehrenamt, Risikoanalyse* im BBK.
 Klaus Preis ist Referent im Referat *Ergänzende Zivilschulungsbildung, Veranstaltungsmanagement, Dienstleistungsbereich* im BBK.
 Bianca Straube ist Volontärin im Referat *Information der Bevölkerung, Selbsthilfe und -schutz* im BBK.

Ferienspiele

Barbara Kowalzik

In der Albertus-Magnus-Grundschule Eschweiler über Feld wurde 2017 von engagierten Eltern aus medizinischen Fachberufen erstmals ein Erste-Hilfe-Kurs im Rahmen der Fahrradausbildung der 4. Klassen durchgeführt. Das Ziel dabei war, die Selbsthilfefähigkeit von Grundschulern zu stärken und deren Notfallbewusstsein zu schulen.

Der St. Heribert Eschweiler über Feld Förderverein führt in den Sommerferien seit einigen Jahren Ferienspiele durch. Als das Thema der diesjährigen Ferienspiele „112-Du bist dabei?“ bekannt gegeben wurde, lag der Entschluss nahe, auch für die 6 – 10-jährigen Mädchen und Jungen einen Erste-Hilfe-Kurs anzubieten. Alle Hilfsorganisationen aus Düren und Umgebung und auch die Bundeswehr wurden eingeladen, dabei mitzumachen. Obwohl die Anna-Kirmes viele insbesondere ehrenamtliche Kräfte band, unterstützten das DRK und die Johanniter Unfallhilfe aus Düren die Ferienveranstaltung. Darüber hinaus kamen zahlreiche Helfer vom Arbeitersamariterbund (ASB) aus dem Rhein-Erft-Kreis. Besondere Highlights für die Kinder waren die Vertreter der Rettungshundestaffeln des ASB Rhein-

Erft/Düren und der Johanniter aus dem Regionalverband Aachen/Düren/Heinsberg mit ihren Hunden und des SAR Rettungshubschraubers der Bundeswehr aus Nörvenich. Auch die Löscheinheit des Dorfes war mit ihrem Löschfahrzeug und einigen Feuerwehrleuten vertreten.

An jedem Fahrzeug wurde ein Erste-Hilfe-Thema ausgebildet. Die Kinder lernten dabei Grundlagen der Ersten Hilfe (Verhalten im Notfall, Alarmierung etc.), Lagerungen, Verbände und Verletzungsarten. Auch die Herzdruckmassage wurde vorge-macht und von den Kindern an Übungspuppen geübt. Alle Fragen der Kinder wurden von den Besatzungen der Rettungs-fahrzeuge unermüdlich beantwortet.

Den Abschluss bildete ein gemeinsames Mittagessen der Kinder und aller Helfer.

Die folgenden Erlebnisberichte aus Sicht einer Betreuerin und teilnehmender Kinder soll unterstreichen, dass dieser Vormittag nicht nur für die Kleinen ein ganz besonderes Erlebnis war.

Seit einigen Jahren finden in unserem kleinen Örtchen Eschweiler über Feld in den Sommerferien die Ferienspiele statt. Eine Woche lange stellen ehrenamtliche Betreuer unter einem bestimmten Motto ein buntes Programm auf die Beine. Die Planung beginnt schon weit vor den Sommerferien. Man trifft sich in der Scheune auf dem Bauernhof und überlegt sich ein Thema.

Die letzten Jahre hatten wir Wasser, Wald oder Safari; und dieses Jahr eben „112 – du bist dabei?!“. Danach beginnen die Überlegungen: Wohin können unsere Ausflüge gehen? Was können wir basteln? Was wollen wir den Kindern mitgeben? Üblicherweise treffen wir Betreuer uns um viertel vor acht Uhr im Jugendheim und beginnen mit der Vorbereitung des gemeinsamen Frühstücks.

Ab acht Uhr trudeln die ersten Kinder ein. Man beginnt mit Gruppenspielen, kleinen Wachmachern und dem Einüben unseres Liedes, das ebenfalls jedes Jahr neu, auf das aktuelle Motto erdichtet wird. Nach einem ausgiebigen Frühstück mit Brötchen, Kakao und Kaffee für die Betreuer, beginnt die Einteilung auf die verschiedenen Stationen.

In der Turnhalle der Grundschule sind bereits verschiedene Stationen aufgebaut, es gibt Tische mit Window Colour, Gips-Masken, in der Garage eines Zimmermanns können Feuerwehraxte aus Holz gebaut werden und natürlich gibt es eine Station an der unsere Kappen bemalt werden. Passend zum Thema, und mit dem Namen des jeweiligen Kindes versehen, damit man bei knapp 60 Kindern nicht durcheinander kommt. Mittags findet dann immer eine kleine Prozession durch unser schönes Dorf statt. Vom Ju-

gendheim wandern wir zum Bauernhof Püllen, wo Marie schon seit morgens in der Küche steht und in riesigen Töpfen Mittagessen zubereitet. Die Essensausgabe gleicht immer einer Raubtierfütterung, aber wenn alle Münder gestopft sind, heißt es für die Betreuer erst einmal durchatmen, bevor das Nachmittagsprogramm startet. Mittwoch stand dann der erste „Ausflug“ auf dem Programm. Es ging auf den Sportplatz im Dorf, und die Kinder wussten nicht was sie erwartete. Dementsprechend waren die Augen groß, als sie sahen was für sie auf die Beine gestellt worden war.

Feuerwehrautos, Krankenwagen, eine Rettungshundestaffel ... und noch größer wurden die Augen als ein Rettungshubschrauber der Bundeswehr in der Mitte des Sportplatz landete. Die Kinder wurden in kleine Gruppen aufgeteilt und durchliefen verschiedene Stationen, an denen sie unterschiedliche Bereiche der Ersten Hilfe kennenlernten. Es ging um Grundlagen wie Eigenschutz, das richtige Absetzen eines Notrufes, die Aufgaben eines Ersthelfers und um verschiedene Verbands- und Lagerungstechniken, Wiederbelebung und Herzdruckmassagen aber auch um Fragen, z.B. „wie gehe ich mit Nasenbluten um?“ oder „wie erkenne ich einen Sonnenstich?“ Natürlich hatten die Kinder auch ausreichend Zeit um die Fahrzeuge und den Hubschrauber zu erkunden, die Hunde zu streicheln und die Mitarbeiter der Organisationen, die alle ehrenamtlich und freiwillig gekommen waren, mit Fragen über ihren Beruf zu löchern. Das Mittagessen gab es dann direkt vor Ort, gemeinsam mit allen Helfern. Zu Beginn war ich ehrlich gesagt kritisch, ob die Kinder nicht noch zu jung sind um mit solchen Themen



Gruppenbild aller Beteiligten der Ferienspiele „112-Du bist dabei?“
(Foto: Martina de Ram)

konfrontiert zu werden. Nach diesem Tag war ich absolut begeistert. Die Kinder wurden genau auf die richtige Art und Weise an diese Themen heran geführt.

Im Endeffekt ist es egal ob sie jetzt noch wissen in welchem Rhythmus eine Herzdruckmassage ablaufen muss. Es ist wichtig, dass sie für das Thema Erste Hilfe sensibilisiert werden, dass sie wissen, dass sie schon helfen, wenn sie den Notruf wählen. Hoffentlich sehen die Kinder wenn sie älter sind, den Erste Hilfe Kurs nicht nur als notwendige Pflicht für den Führerschein, sondern als Möglichkeit das, was sie damals vor vielen Jahren bei den Ferienspielen gelernt haben, zu festigen und zu vertiefen. Donnerstags besuchten wir mit den Kindern noch das Floriansdorf der Feuerwehr Aachen. Am letzten Tag wurden alle Bastelprojekte beendet und die Woche mit einem gemeinsamen Grillen mit allen Familien und Helfern auf Püllens Hof beendet. Wie jedes Jahr, hoffen wir, dass wir den Kinder in dieser einen Woche Werte wie Gemeinschaft und Freundschaft übermitteln konnten, und natürlich Wissen über unser jeweiliges Thema.

Lina Ludwig (20), Studentin der Humanmedizin

Rettungswagen – Was tun, wenn ein Unfall geschieht?

Wenn wir einen Unfall sehen, müssen wir auf jeden Fall anhalten. Wenn man das nicht macht, ist das strafbar. Als erstes ziehen wir eine Warnweste an, damit wir gut gesehen werden. Nun stellen wir 100m vor der Unfallstelle ein Warndreieck auf. Jetzt schauen wir, was beim Unfall passiert ist. Dann rufen wir mit der Nummer 112 die Feuerwehr oder den Rettungsdienst an. Falls wir kein Handy haben fragen wir jemand anderen. Am Telefon müssen wir alle fünf W-Fragen beantworten:

- Wo ist es passiert?
- Was ist passiert?
- Wie viele Verletzte?
- Welche Verletzungen?
- Warten auf Rückfragen!

Das Warten auf Rückfragen ist dabei das Wichtigste! Die Person am Telefon kann uns schon sagen, wie wir den Verletzten helfen können. Am Ende durften wir noch Fragen zu den Geräten im Rettungswagen stellen und durften das Stethoskop und das Pulsmessgerät ausprobieren.

Rettungswagen – Verbände richtig anlegen

Zuerst lernten wir ein Pflaster aufzukleben, ohne dass Schmutz in das Pflaster gelangt. Als Nächstes wurde uns beigebracht, wie wir einen Verband mit einer sterilen Kompresse anlegen. Wenn der Verband durchgeblutet ist, machen wir darüber einen Druckverband. Dazu benutzen wir z. B. ein Verbandpäckchen und einen Verband, mit dem wir das Päckchen auf der Wunde auf dem Hinweg stramm und auf dem Rückweg lockerer umwickeln. Damit verhindern wir eine Blutstauung. Besonders interessant fanden wir das Dreieckstuch. Mit diesem kann man viele Wunden schützen. Zum Beispiel Wunden am Kopf, am Ohr, am Auge, aber auch eine Schlinge für einen gebrochenen Arm machen.

Amelie de Ram (9) und Hanna Czech (9)

Das Feuerwehrauto – Lagerungen

Bei den Ferienspielen 2018 in Eschweiler über Feld konnten wir bei insgesamt sechs Stationen viele Dinge sehen und lernen. Unter anderem gab es die Station mit dem Feuerwehrauto der freiwilligen Feuerwehr Eschweiler über Feld. Bei dieser Station wurden wir über den zahlreichen Inhalt des Feuerwehrautos informiert, z. B. über das Ausrollen der Schläuche, die Verwendung der Atemschutzmasken, wo man was vorfinden kann, wann man es benötigt und vieles mehr. Außerdem durften wir mit einer Kübelspritze Teile des Sportplatzes bewässern. Was vielen Freude bereitet hat, war die schwere Schere und den großen Spreizer gemeinsam zu heben. Doch dies war noch nicht alles; wir lernten auch viele wichtige Reaktionsmöglichkeiten der Ersten-Hilfe-Leistung, z. B. die stabile Seitenlage. Als nächstes wurden wir über die Jugendfeuerwehr aufgeklärt und motiviert einzutreten. Im Allgemeinen sind wir stolz, wie viel wir innerhalb einer halben Stunde an dieser Station gelernt haben.

Herzdruckmassage

Bei dieser Station haben wir viel über die Vorgehensweise zur Wiederbelebung und Rettung von Menschen gelernt, wenn diese keine Atmung und keinen Puls mehr haben.

Als Erstes muss geprüft werden, ob die Person ansprechbar ist oder eine Atmung/Puls hat. Dies kontrolliert man,

indem man das Ohr über Mund und Nase hält und die Hand auf den Bauch legt.

Dann ruft man die 112 an und bittet einen Erwachsenen um Hilfe. Wenn die Person keine Atmung hat, muss der Oberkörper der verletzten Person freigemacht werden. Anschließend sucht man die Stelle mittig der Brustwarzen (Kreuzung mit Bauchnabellinie), um dort die Druckmassage zu beginnen.

Gedrückt wird mit dem Handballen und verschränkten Händen und ungefähr fünf bis sieben Zentimeter tief, ca. 100 Mal pro Minute. Das ist ungefähr der Takt von Helene Fischers Hit „Atemlos“. Die Herzdruckmassage macht man so lange, bis der Rettungswagen kommt. Vermutlich rettet man dadurch einem Menschen das Leben. Diesen Vorgang durften wir an Übungspuppen erlernen.

Manuel de Ram (12), Jana Stupp (11), Juliana Czech (12)

Der Rettungshubschrauber

Auch ein Rettungshubschrauber war beim Erste-Hilfe-Kurs dabei. Am Morgen flog der SAR 41 der Bundeswehr vom Fliegerhorst Nörvenich auf unseren Sportplatz. SAR bedeutet nicht „Sanitäter auf Reisen“, sondern „Search and Rescue“. Der Hubschrauber führt also Such- und Rettungsdienste bei Notfällen in der Luft und auf See durch.

Dafür ist er ausgestattet mit zwei Seilwinden, einem Rettungsrucksack, einer Trage und medizinischen Geräten. Außerdem kann er zu besonderen Not- und Katastrophenfällen zu Hilfe gerufen werden. Der Pilot muss ein sehr guter Flieger sein, weil er auch bei Sturm oder bei Nacht fliegen muss. Der Bordtechniker ist der Copilot. Hinten sitzt ein Rettungsassistent. Er muss bei Start und Landung die Tür aufmachen und rausschauen, ob alles frei ist. Mein Bruder sagt, er wäre so etwas wie der Rückspiegel des Hubschraubers. Er muss sich im Notfall auch mit der Seilwinde aus dem Hubschrauber zu dem Verletzten runterlassen.

Der SAR 41 ist immer einsatzbereit. Er hätte jederzeit zu einem Notfall abgerufen werden können. Das ist zum Glück nicht passiert und so hatten wir viel Zeit, den Hubschrauber anzuschauen und unsere vielen Fragen zu stellen. Alle waren etwas traurig, als der Hubschrauber nach dem Mittagessen wieder abhob und zum Fliegerhorst zurückflog.

Hauke Kowalzik (9)

Die Rettungshundestaffel

Bei den Hilfsorganisationen waren auch zwei Rettungshundestaffeln dabei. Eine Rettungsstaffel besteht aus mehreren Teams. Ein Rettungshund und ein Rettungshundeführer sind ein Team. Wenn Personen gesucht werden müssen ruft die Polizei die Rettungshunde Teams.

Rettungshunde sind dafür da Verletzte oder Vermisste zu finden. Sie haben einen sehr guten Gehör- und Geruchssinn. Jeder Hund kann eine Rettungshundeausbildung machen. Das Training zum Rettungshund dauert bis zu zwei Jahren und es muss eine Prüfung gemacht werden. Um die

Hunde nicht zu verlieren haben die Rettungshunde eine Weste an, an der eine Glocke angebracht ist. Wenn die Hunde sich bewegen, klingelt diese. An der Weste ist aber auch ein Licht dran wenn man im Dunkeln sucht. So kann der Rettungshundeführer den Rettungshund jeder Zeit hören und sehen. Wenn der Hund den Verletzten gefunden hat, bellt er laut.

Mir gefällt die Arbeit mit den Rettungshunden sehr gut. Ich würde meinen Hund auch gerne zum Rettungshund ausbilden, aber ich darf die Prüfung erst machen, wenn ich 18 Jahre alt bin. Bis dahin übe ich schon mal mit Milow.

Paul Kowalzik (9)



Konzentrierte Aufmerksamkeit beim Anlegen eines Verbandes.
(Foto: Claudia Botz)

Die Kinder haben an diesem Vormittag nicht nur Inhalte der Ersten Hilfe gelernt, sondern auch viel über das Ehrenamt in den verschiedenen Hilfsorganisationen erfahren. In Folge der Ausbildung in der Schule und in den Ferienspielen wurde nun in Zusammenarbeit mit der Schulleiterin unserer Grundschule nach den Sommerferien erstmals ein Schulsanitätsdienst aufgestellt. Dieser soll jährlich neu ausgebildet und trainiert werden. Helfen wird so für die Kinder zu einer Selbstverständlichkeit. Jetzt lautet die Antwort auf die Frage, wie es in der Schule war, in den letzten Wochen immer öfter: „Heute hatte ich zwei Patienten ...“

Dr. Barbara Kowalzik ist Leiterin des Referates *Schutz der Gesundheit* im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Definition von Schutzziele

Herausforderung des Bevölkerungsschutzes am Beispiel der Kritischen Infrastruktur Ernährung

Agnetha Schuchardt, Jennifer Hartmann, Lars Gerhold und Roman Peperhove

Seit ungefähr 15 Jahren wird der Schutz Kritischer Infrastrukturen mit dem Begriff der Schutzziele in Verbindung gebracht. Schutzziele legen fest, welcher Zustand bzw. welches Versorgungsniveau während einer Krise aufrechterhalten oder danach wiederhergestellt werden soll [20]*. Sie beziehen sich auf materielle oder immaterielle Schutzgüter (z. B. die Gesundheit der Menschen) und beschreiben deren – teilweise abstrakten – Idealzustand [14].

Durch Schutzziele und daraus abgeleitete Maßnahmen soll die Minimalversorgung der Bevölkerung in Krisen sichergestellt werden. Befürworter versprechen sich von ihnen eine Orientierung, da für die Entwicklung von Notfallplänen und Maßnahmen ein übergeordnetes Ziel notwendig ist. Durch gemeinsam vereinbarte Schutzziele soll sichergestellt werden, dass auch auf der untersten Ebene der Katastrophenschutzbehörden aufeinander abgestimmte Maßnahmen umgesetzt werden und die zahlreichen involvierten Akteure trotz unterschiedlicher Interessen und Zuständigkeiten an einem Strang ziehen.

schutz der Bevölkerung gerecht zu werden [19, 7, 12, 8]. Jedoch ist die Festlegung von Schutzziele ein undurchsichtiger Prozess, dem kein strukturiertes Verfahren zugrunde liegt. Das Forschungsprojekt „Definition von Schutzziele und -niveaus Kritischer Infrastrukturen in Deutschland: Forschungsstand, Rechtlicher Rahmen und Politische Entscheidungsfindung (DESKRIS)“ hat es sich daher zum Ziel gesetzt, den Aushandlungsprozess von Schutzziele nachzuvollziehen und transparenter zu machen. Dazu gehört vor allem nachzuzeichnen, worin die bisherigen Herausforderungen bestehen und wie diese überwunden werden können.

Die Kritische Infrastruktur Ernährung

Die Herausforderungen der Schutzzielebestimmung lassen sich am besten an einem Referenzfall verdeutlichen: Der Ernährungssektor beispielsweise erfüllt die bedeutsame Funktion der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln [10]. Für eine flächendeckende Versorgung ist es essenziell, dass Lebensmittel unterbrechungsfrei hergestellt werden und über die Strukturen des Einzelhandels kontinuierlich zur Verfügung stehen. Das dahinterliegende Netz aus Betrieben, Verarbeitungsschritten und Lieferketten wird von der Mehrheit der Bevölkerung wie auch seitens zahlreicher Entscheider als selbstverständlich hingenommen. Dies fällt auch deshalb leicht, weil Deutschland bisher noch nicht von großflächigen Versorgungsstörungen betroffen war. Referenzfälle für kurzfristige Störungen der Lebensmittelversorgung sind allerdings keine Seltenheit: Beispielsweise schloss ein Felssturz im Dezember 2017 130 Einwohner der österreichischen Gemeinde Vals in ihrem Dorf ein. Die Zufahrtsstraße war unpassierbar, sodass eine Notversorgung mit Lebensmitteln über Hubschraubertransporte eingerichtet werden musste [13]. Ein weiteres Beispiel für einen temporären Versorgungsausfall stellt ein mehrtägiger Stromausfall in Münster dar, der sich in Folge eines Schneesturms im Winter 2005 ereignete. Viele Haushalte mussten mindestens einen Tag ohne Strom auskommen. In einer Befragung gab ca. ein Viertel der Befragten an, dass ihre vorhandenen Lebensmittel bei Eintritt des Stromaus-



Foto: fancycrave1/CC0 Public Domain/pixabay.com

In Anbetracht dieser Vorzüge stellt sich die Frage, warum im Bereich des Bevölkerungsschutzes sowie des Schutzes Kritischer Infrastrukturen bisher nur vereinzelt Schutzziele vorliegen. Experten aus Wissenschaft und Praxis fordern seit Beginn des Jahrtausends vermehrt eine zielgerichtete Debatte über Schutzziele sowie deren systematische Festlegung, um dem Anspruch an einen flächendeckenden Grund-

* Literaturliste unter <https://www.bbk.bund.de/DE/Service/Publikationen/BS-Magazin/Ergaenzungen/einsehbar>

falls für zwei Tage gereicht hätten [16]. Jedoch mussten die meisten (ca. 80 %) Haushalte diese Annahme nicht auf die Probe stellen, da sie die Möglichkeit hatten, anderweitig Lebensmittel zu beziehen (z. B. über Hilfsorganisationen, die Sammelverpflegungseinrichtungen einrichteten).

Diese kleinflächigen Ereignisse wurden von den Akteuren des Katastrophenschutzes bewältigt, das zugrunde liegende Problem besteht jedoch weiterhin darin, dass die Folgen eines Versorgungsausfalls von Lebensmitteln massiv wären. In so einem Fall kann die durchgängige Versorgung der Bevölkerung weder durch staatliche Strukturen noch durch wirtschaftliche Akteure garantiert werden. Die ersten Stunden bzw. Tage eines Ausfalls stellen hierbei die größte Herausforderung dar [2], weshalb sich die Bürger auf solche Fälle vorbereiten müssen. Daher stellt die Stärkung des Selbstschutzes der Bevölkerung in Bezug auf einen Ausfall der Lebensmittelversorgung ein wichtiges Schutzziel der Ernährungsnotfallvorsorge dar [3, 6]. Allerdings besteht Unklarheit über die konkrete Ausgestaltung, die sogenannte Operationalisierung, dieses Schutzzieles, denn es existieren unterschiedliche Schwellenwerte für die Anzahl an Tagen, für die die Vorräte reichen sollen.

Das BBK empfiehlt einen Vorrat für zwei Wochen [1]. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft sieht 14 Tage ebenfalls als angemessenen Bevorratungszeitraum an [4]*. In der Konzeption Zivile Verteidigung wird ein Zeitraum von zehn Tagen empfohlen. Dies stellt aus Sicht der Bundesregierung sowohl die realistische Dauer eines Versorgungsausfalls als auch einen Kompromiss zwischen dem, was in einer Krise benötigt wird, und dem, was für die Bürger umsetzbar ist, dar. Die Frage nach der Umsetzbarkeit wurde in der Forschung ebenfalls gestellt und anhand einer repräsentativen Befragung untersucht [15]. Empirisch zeichnete sich dort ein anderer Schwellenwert ab: Der aktuelle Selbstschutz der Bevölkerung beläuft sich auf einen Vorrat für drei Tage. Dieses Schutzziel erreichen fast 90 % der deutschen Haushalte. Dies deckt sich mit internationalen Empfehlungen z. B. aus Kanada, Neuseeland und den USA, wo eine Eigenvorsorge für drei Tage empfohlen wird [19]. Eine zeitgemäße Überarbeitung der Operationalisierung erscheint vor diesem Hintergrund sinnvoll. Allerdings sind die Rolle der Bevölkerung in diesem Prozess und die Frage, wie sie einbezogen werden kann, noch nicht abschließend geklärt. Die Bevölkerung lediglich als eine homogene Gruppe zu betrachten, der es grundsätzlich an Risikobewusstsein mangelt und die daher ohnehin nicht an der Schutzziel festlegung beteiligt werden muss, stellt in jedem Fall eine zu starke Vereinfachung dar.

In der Konzeption Zivile Verteidigung wird ein weiteres Schutzziel für die KRITIS Ernährung formuliert. Dort wird gefordert, dass die Versorgung der Bevölkerung in einer Krise „so lange wie möglich durch die privatwirtschaftlich organisierte Lebensmittelwirtschaft über den freien Markt“ [3, S. 47] erfolgen soll. Die alltägliche Lebensmittelversor-

gung wird ohnehin vollständig durch privatwirtschaftliche Akteure umgesetzt, die diese Arbeit effizient und auf hohem Niveau ausführen. Jedoch bezieht das staatliche Notfallsystem [18] die Expertise der Wirtschaft kaum ein, während die Ernährungsunternehmen ihre eigenen Sicherheitsvorkehrungen auf den Schutz der betrieblichen Kernprozesse (Business Continuity Management) beschränken. Auch der Lebensmitteleinzelhandel betrachtet präventive Schutzmaßnahmen als reinen Kostenfaktor, sodass ein Eigeninteresse an der Einbeziehung in die Schutzziel festlegung auf wirtschaftlicher Seite häufig nicht besteht. Da Ernährungsunternehmen aber diejenigen sind, die die Bevölkerung jeden Tag mit Lebensmitteln versorgen, müssen sowohl ihre Anforderungen (z. B. Verteilung der Kosten) als auch Kenntnisse (z. B. über Lagerbestände) in die Konkretisierung des o. g. Schutzzieles aufgenommen werden. Zielführend wäre es, wenn die relevanten Akteure aus Ernährungswirtschaft und Verwaltung gemeinsam überlegten, was ein sinnvolles Schutzziel für den Ernährungssektor wäre. Eine solche Diskussion gestaltet sich jedoch aus mehreren Gründen schwierig.



Foto: analogicus / CC0 Public Domain / pixabay.com

Klammert man die Zivilbevölkerung einmal aus, sind die relevanten Akteure u. a. das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, politische Akteure wie bspw. Mitglieder des Ausschusses Ernährung und Landwirtschaft, Unternehmen des Lebensmittelhandels, der Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e. V., der Handelsverband Deutschland sowie zahlreiche Forscher aus diesem Bereich. Allein der Handelsverband Deutschland besteht aus über 100.000 Mitgliedsunternehmen [11], die in der Regel einem der fünf Großkonzerne angehören, die den Lebensmittelmarkt dominieren. Um Schutzziele für den Lebensmittelsektor festzulegen, wäre es zielführend, Unternehmen mit unterschiedlichen Konzernzugehörigkeiten einzubeziehen. Der hohe Konkurrenzdruck des stark umkämpften Lebensmittelmarktes stellt hierbei allerdings eine weitere Herausforderung dar. Außerdem müssten auch Akteure aus anderen Kritischen Infrastrukturen, die mit

* Anm. d. Red.: Die gerade aktualisierten Empfehlungen von BBK und BMEL sehen 10 Tage vor.

dem Ernährungssektor vernetzt sind, in die Festlegung einbezogen werden [17]. Schnittstellen bestehen insbesondere zu den Bereichen Transport und Verkehr [5], da Logistikunternehmen in die Herstellung, Lagerung und Auslieferung von Lebensmitteln stark involviert sind, wenngleich einige Lebensmittelkonzerne einen eigenen Fuhrpark betreiben. Des Weiteren hängen die meisten Prozesse der Ernährungsindustrie von einer funktionierenden Stromversorgung ab. Andersherum tragen landwirtschaftliche Betriebe auch selbst zur Stromerzeugung bei. Diese Vielfalt innerhalb und außerhalb der KRITIS Ernährung erschwert die Einbeziehung aller betroffenen Akteure und verdeutlicht die Notwendigkeit eines strukturierten Festlegungsverfahrens.



Foto: blickpixel / CC0 Public Domain / pixabay.com

Expertenworkshop im September 2018

Um die maßgeblichen Prinzipien zu identifizieren, die der Festlegung von Schutzzielen zugrunde liegen, führten die Freie Universität Berlin, das Deutsche Komitee Katastrophenvorsorge e. V. und die Universität Bielefeld im September 2018 einen Workshop mit Experten aus den Referenzgebieten Gesundheit und Ernährung durch. Darunter waren Vertreter aus Behörden, Wissenschaft, Recht, Politik, Hilfsorganisationen und Wirtschaft. Sie diskutierten die Frage, wie ein hypothetisches Schutzziel, das von den Teilnehmenden festgelegt wurde, in der Realität verankert werden könnte. Die im Workshop festgelegten Schutzziele bezogen sich auf die Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln und Impfstoffen bzw. mit Lebensmitteln für einen bestimmten Zeitraum. Ihre Aushandlung wurde durch zahlreiche unterschiedliche Anforderungen und Bedürfnisse der Teilnehmenden gestaltet.

Erste Ergebnisse des Workshops zeigen, dass die Aushandlung von Schutzzielen ein komplexer Prozess ist, der viele Akteure mit unterschiedlichen Vorstellungen und Rollen zu unterschiedlichen Zeitpunkten involviert. Um aus so einer vielschichtigen Debatte mit einem klaren Schutzziel hervorzugehen, werden nachvollziehbare, zu erfüllende Festlegungsprinzipien benötigt. Das Forschungsprojekt

DESKRIS wird die im Workshop ausgehandelten Schutzziele daher als Referenzfälle nutzen und die verschiedenen Argumente der Teilnehmenden auf ihre grundsätzlichen Eigenschaften reduzieren, die – im Idealfall – auf Aushandlungsprozesse von Schutzzielen in anderen Kritischen Infrastrukturen übertragen werden können.

Der Wirtschaft kommt bei der Festlegung von Schutzzielen eine wichtige Rolle zu, da nur sie als Betreiber Kritischer Infrastrukturen über das benötigte Wissen sowie einen direkten Zugang zu den Anlagen verfügen. Die Vereinbarung eines Schutzziels – bestenfalls mit der Hinterlegung eines Schwellenwertes – wurde von den wirtschaftlichen Akteuren eher kritisch gesehen, da mögliche Beschränkungen der unternehmerischen Freiheit sowie Umsetzungskosten befürchtet wurden. Daher sollten diese Aspekte zu Beginn des Aushandlungsprozesses thematisiert werden, um die Chance auf eine aktive Beteiligung der betroffenen Unternehmen zu erhöhen. Gesetzlichen Verpflichtungen wurde in diesem Zusammenhang ein hoher Stellenwert beigemessen, da eine freiwillige Teilnahme wirtschaftlicher Akteure als unwahrscheinlich eingeschätzt wurde. Für eine effektive Einbeziehung sollten neben Verpflichtungen jedoch auch Anreize für Unternehmen etabliert werden. Eine Möglichkeit wäre die Herausstellung des Mehrwertes von Schutzzielen, die beispielsweise in Marketingkampagnen zur Imagesteigerung genutzt werden könnten.

Des Weiteren wurden Hürden in der Etablierung eines Schutzziels teilweise mit den Hürden in der Umsetzung von Maßnahmen gleichgesetzt. Eine klare Trennung dieser Punkte war nicht immer möglich. Eine Gleichsetzung dieser Aspekte kann jedoch dazu führen, dass erwartete sachbezogene Probleme (z. B. rechtliche Schwierigkeiten beim Aufbau einer Datenbank, die aktuelle Lagerbestände des Lebensmitteleinzelhandels beinhaltet), die erst nach der Festlegung eines Schutzziels konkretisiert und in Angriff genommen werden sollten, die Schutzzielbestimmung von vornherein beeinträchtigen.

Abschließend wurde deutlich, dass der Schutz des Gemeinwohls eine staatliche Aufgabe ist, weshalb der Bund aus Sicht der Teilnehmenden die Festlegung von Schutzzielen initiieren sollte. Es wurden jedoch Zweifel am dazu benötigten politischen Willen geäußert. Das Forschungsprojekt DESKRIS wird den Diskurs des Workshops daher mit politischen Vertretern weiterführen, um Herausforderungen und mögliche Lösungsansätze in der politischen Implementierung zu diskutieren.

Lars Gerhold ist Universitätsprofessor und Leiter der Arbeitsgruppe (AG) Interdisziplinäre Sicherheitsforschung an der Freien Universität Berlin.

Roman Peperhove ist Leiter des Forschungsforum Öffentliche Sicherheit am Lehrstuhl von Prof. Gerhold.

Agnetha Schuchardt und Jennifer Hartmann sind wissenschaftliche Mitarbeiterinnen in der AG Interdisziplinäre Sicherheitsforschung. Sie bearbeiten dort für das BBK den Forschungsauftrag DESKRIS.

RE(H)STRAIN

Resilience of the Franco-German High Speed Train Network

Stefan Pickl

Als vor mehr als drei Jahren bereits während des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projektes „RIKOV“ die Idee reifte, ein ganzheitliches Risk / Security - Management System für das deutsch-französische Hochgeschwindigkeitsnetz zu entwickeln, war noch nicht abzusehen, wie bedeutsam der Schwerpunkt des Projektes zukünftig werden könnte. Und so war es bei einem Projektvortreffen in Paris am 13. November 2015, als in einem Vortrag „Multipolar-Threats“ für das geplante RE(H)STRAIN Projekt vorgestellt wurden, dass abends während des Fußballspiels zwischen Frankreich und Deutschland in Paris Anschläge verübt wurden.

Solche realen Szenarien stehen für die Aktualität und Bedeutung von RE(H)STRAIN, an dem mehrere internationale interdisziplinäre Teams beteiligt sind. Dabei zeichnet das Projekt aus, dass kein rein spieltheoretischer, technischer oder sozialwissenschaftlicher Zugang gewählt, sondern ein innovativer ganzheitlicher Ansatz entwickelt wurde. Im Folgenden sollen die Projektidee, die -inhalte, das -konsortium sowie das Alleinstellungsmerkmal kurz vorgestellt werden.

Leitidee von RE(H)STRAIN

Teil des Projektnamens RE(H)STRAIN ist das Wort „Train“. Angedeutet wird dieser praktische Bahn-Bezug auch in dem „H“ als symbolisiertes Schienenbild. Das Hochgeschwindigkeitsnetz zwischen Deutschland und Frankreich zu erfassen ist Kern des Projektes. Dieses spezielle Netz ist aus mehreren Gründen interessant:

- Einerseits zählt es zu den technisch anspruchsvollsten Netzanteilen innerhalb des DB- und SNCF-Netzes.
- Andererseits geht es um die Anbindung und Erschließung von speziellen Hochgeschwindigkeitsbahnhöfen an dieses Netz. Frankreich plant in der Zukunft hier weitere bedeutsame Investitionen.
- Den Grenzübergängen („Bottlenecks“) kommt eine weitere besondere Bedeutung zu. Sie werden ebenfalls spezifisch in den Simulationen berücksichtigt.

Das „Re“ steht abkürzend für Resilienz – also Widerstandsfähigkeit. Aber inwiefern ist der Resilienzbezug auf das komplexe System „Bahn“ überhaupt anwendbar bzw. übertragbar? Dieser besondere Aspekt wird durch die spezifische Projektidee abgebildet. Resilienzuntersuchungen

stehen immer wieder im Zusammenhang mit Störeinflüssen. Innerhalb des Projektes wurden insbesondere terroristische Störeinflüsse thematisiert; allerdings können die verwendeten Modelle auch auf allgemeine Szenarien übertragen werden. Ziel ist es, das System „Bahn“ als eine komplexe Kritische Infrastruktur zu schützen und integrativ in ihrem Verhalten „resilienter“ zu machen.

Hochgeschwindigkeitssysteme und Flughäfen als Kritische Infrastruktur

Inwieweit können Bahnhöfe und Flughäfen vor terroristischen Anschlägen überhaupt besser geschützt werden? Die Herausforderung im Rahmen der oben beschriebenen Systeme liegt darin, bei dem gewünschten Zuwachs an Sicherheit gleichzeitig zu gewährleisten, dass der „offene Charakter“ dieser komplexen Systeme nicht zu sehr beeinträchtigt wird.



Die komplexe Kritische Infrastruktur „Bahn“ gilt es zu schützen und integrativ in ihrem Verhalten „resilienter“ zu machen.
(Foto: MichaelGaida / CC0 Public Domain / pixabay.com)

Terroristische Anschläge verursachten in den vergangenen Jahren immer größere Verunsicherung in der Gesellschaft. Zu Beginn des Projektes wurden die vergangenen Anschläge zusammengefasst, charakterisiert und kategorisiert: Besonders wenn es um Angriffe auf zentrale Knotenpunkte kritischer Transportinfrastrukturen wie etwa auf Bahnhöfen oder Flughäfen geht, werden die entsprechenden

Sicherheitsvorkehrungen unmittelbar diskutiert und hinterfragt. Mehrere benachbarte Forschungsprojekte untersuchen derzeit das Spannungsverhältnis zwischen persönlicher Freiheit einerseits und allgemeiner technischer Systemsicherheit andererseits. Das Projekt RE(H)STRAIN zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass beide Aspekte gleichberechtigt in Beziehung gesetzt werden. Die zentrale Fragestellung wird daher sein, wie die Realisierung von „mehr Sicherheit“ ohne gleichzeitige Einschränkung der „persönlichen Freiheit“ hierbei gewährleistet werden kann.

Bahnhöfe bewegen sich in der Zukunft zwischen komfortablen Einkaufszentren und puristischen funktionalen Anschlussknoten von Flughäfen. Von solchen Anschlussknoten erwartet man einerseits die gleichen Sicherheitsstandards, wie sie an Flughäfen entwickelt werden; andererseits geht dadurch natürlich der Charakter eines allgemeinen Einkaufszentrums „spürbar“ verloren. Diese Diskussion begleitet derzeit auch die Etablierung der neuen Verbindung von Frankfurt nach London, um nur ein plakatives Beispiel zu nennen.



Versuchsanordnung der Schleuse.
(Foto: M. Schlacke)

Im Zuge des Projektes lieferten die universitären Partner neue Bewertungsmodelle, Risikomaße und auch Vulnerabilitätsmatrizen. Zudem wurden diese allgemeinen IT-basierten Monitoring-Aspekte mit innovativen technologischen Konzepten, wie der Prototypentwicklung zur distanzbasierten Detektion, verbunden.

Intelligente Mobilität - House of Logistics and Mobility HOLM

Im Rahmen des Projektes wurde ein enger Kontakt zu dem HOLM (House of Logistics and Mobility) am Frankfurter Flughafen gesucht, das genau für diese besondere Beziehung steht. Im Rhein Main Gebiet verkörpert der Frankfurter Flughafen einerseits und der ICE-Fernbahnhof andererseits genau diese besondere Anschlussfähigkeit, die durch das SQUAIRE als Einkaufs- und Bürozentrum abgebildet wird.

Und so war es auch während der Podiumsdiskussion im Rahmen des Deutschen Mobilitätskongresses am HOLM am 6.10.2017 als sich Hans-Hilmar Rischke, Chief Security Officer der DB, in einer Podiumsdiskussion mit dem Autor als Vertreter des RE(H)STRAIN-Projektes wie folgt äußerte:

„Wir tragen eine große Verantwortung für viele Menschen im Verkehrssystem Eisenbahn. Wir benötigen intelligente Technologien, die unsere offenen Systeme aufrechterhalten und zu einem virtuell geschlossenen Verkehrssystem führen.“

Daher ist es auch möglich und sinnvoll, anstatt von einem funktionalen Risikomanagement eher von einem umfassenden Securitymanagement zu sprechen.

Vom Risikomanagement zum Securitymanagement: Starker Anwendungsbezug und eindrucksvolles Gesamtkonsortium

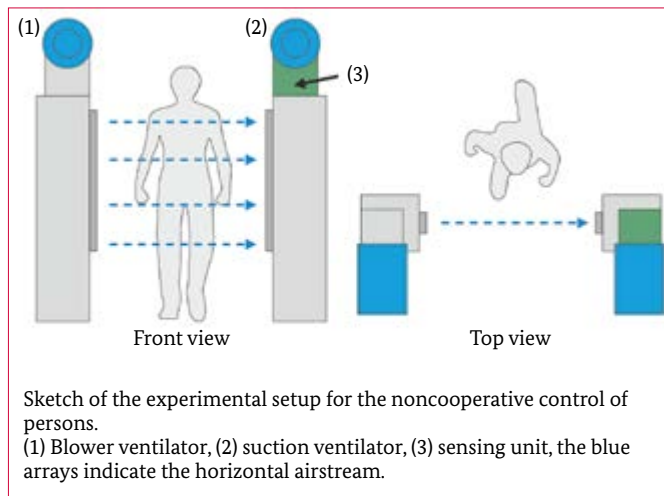
Da Herr Rischke die technologischen Innovationen stark betonte, kam den Anwendern im Rahmen des Gesamtkonsortiums eine besondere Bedeutung zu. Daher wurde auch vor dem allgemeinen Abschlussworkshop (im Januar 2018 in München) Ende 2017 spezielle Anwenderworkshops in Köln, Wachtberg und Paris durchgeführt.

Anfang 2018 fand dann der Abschlussworkshop in München statt. An ihm nahmen alle Verbundpartner des RE(H)STRAIN-Gesamtkonsortiums aus Deutschland und Frankreich wie die Universität der Bundeswehr München, die Hochschule Bonn-Rhein-Sieg, die Technische Hochschule Köln, die HBI Haerter GmbH in Heidenheim, die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM), das Fraunhofer-Institut für Kommunikation, Informationsverarbeitung und Ergonomie (FKIE) in Wachtberg, das ARMINES-LGI2P4 in Nîmes, das Laboratoire Central Des Ponts Et Chaussées (IFSTTAR) in Bouguenais und die Technische Universität Troyes (UTT) teil.

Internationales Konsortium

Unter Einbindung praktischer Endnutzer wie der Deutschen Bahn, der deutschen Bundespolizei, der französischen Gendarmerie Nationale, der Offiziersschule der französischen Gendarmerie Nationale, dem französischen Umweltministerium, der französischen Eisenbahngesellschaft SNCF und der Université de Technologie de Troyes (UTT) wurden dabei noch einmal die innovativen Lösungsmöglichkeiten präsentiert, sowie die technischen und sozialen Aspekte berücksichtigt. Hierbei wurde zunächst noch einmal die holistische Herangehensweise betont, bevor die einzelnen Partner ihre jeweiligen Anteile vorstellten. Eindrucksvoll fasst Jacques Colliard den Workshop zusammen: *„The project RE(H)STRAIN addressed very interesting and useful ideas to match the request of railway companies and the research perspectives. It's progress was an element for increasing the resilience of the railway sector against terrorism.“* (Jacques Colliard, Head of UIC Security Division)

Es wurde bereits betont, dass im Zentrum der abstandsfähige Sensor steht, die Anordnung der Sensoren und die Unterstützung durch simulationsbasierte Untersuchungen.



Die Sensoren ermöglichen es, verschiedene Bereiche zu erfassen. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von verschiedenen „Schichten“ oder „Layer“. Da die einzelnen Sensoren über einen graphenbasierten Ansatz miteinander verbunden werden konnten, repräsentieren dann die verschiedenen entstehenden zusammenhängenden Graphen die verschiedenen Schichten.

Zu Beginn des Beitrages wurde bereits betont, dass die Kritischen Infrastrukturen in Hinblick auf multipolare Anschläge hin untersucht werden sollten. Hierbei wurde innerhalb des Projektes unterschieden, ob solche multipolaren „Threats“ eher in einer Schicht oder in verschiedenen Schichten stattfinden. Um diese zu klassifizieren, fügt man den „Sektoren-Begriff“ ein. Verschiedene Sektoren wurden von den einzelnen Betreibern charakterisiert. Insbesondere sollte die spezielle Sicht der Betreiber immer wieder als Hauptkriterium und „technischer Benchmark“ herangezogen werden. Für das Netz wurden nun komplexe Anschlagsszenarien entwickelt, um eine messbare Auswirkung auf einzelne Sicherheitskonzepte für verschiedene Sektoren liefern zu können.

Hierbei wurden verschieden Graphmaße benutzt, um die Wirkungsweise von Sensoren und Detektoren zu „messen“. Diese Graphmaße wurden für einzelne Benchmark-Validierungen als anschließende Grundlage genommen.

Besonderer Sensor

Im Zentrum dieser Benchmark-Validierungen wurde ein spezieller Demonstrator entwickelt, der mittels entsprechender Sensorik distanzbasierte Detektionen vornehmen kann:

Dieses Kernstück des Projektes wurde primär von der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg und Fraunhofer FKIE entwickelt und in den Gesamtzusammenhang eingebettet. Zentraler Bestandteil dieser Arbeiten war die Kopplung verschiedener Technologien und Sensoren mit intelligenten Videosystemen, um nicht nur Gefahrstoffe zu detektieren, sondern zeitgleich auch entsprechende Informationen zum Träger des Gefahrgutes zu bekommen.

Datafarming - Information zum Träger des Gefahrgutes

Im Bereich der Simulationsbasierten Analyse wurden u. a. auch Methoden des Datafarming verwandt. Der Autor nimmt seit 10 Jahren an speziellen Datafarming-Workshops der Partneruniversität NPS des SEED Centers der, an der auch der Experimentverbund CENETIX angesiedelt ist. CENETIX (Center for Network Innovation and Experimentation) steht für einen komplexen Experimentverbund, der ähnliche Sensorbasierten Experimente u. a. in der Bay Area von San Francisco durchführt. Bestimmte Aspekte, insbesondere die Implementierung von Reachbackkonzepten, wurden innerhalb von RE(H)STRAIN übertragen.

Begleitet wurden und werden solche Szenarien durch umfangreiche Simulationen wie Sie auch für RE(H)STRAIN exemplarisch entwickelt wurden.

Eingebettet wurden dabei die gewonnenen Datafarming-Ergebnisse in die Entwicklung und das Design von sogenannten „resilienten Supply Chains“. Da im Rahmen des Projektes die Laufwege der Träger von Gefahrgütern im Fokus standen, wird nun daran gearbeitet, wie solche Laufwege auch im Bereich von komplexen Supply Chains abgebildet und nachvollzogen werden konnten. Neben dem klassischen Tracking bemüht sich derzeit die Forschungsgruppe um eine besondere Form der Visualisierung von komplexen Laufwegen mithilfe von sogenannten VR-Brillen.

REHSTRAIN 2030 – Visualisierung von Resilienz

Bereits bei dem technischen Workshop in Paris im Dezember 2017 wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, sogenannte VR-Brillen einenzusehen, „um durch eine kritische Infrastruktur zu gehen“. Eine solche Möglichkeit wird derzeit weiterentwickelt.

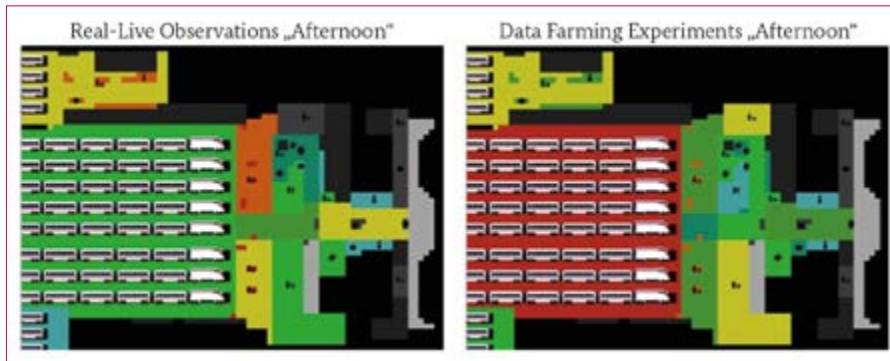
In der knapp zweieinhalbjährigen RE(H)STRAIN-Projektlaufzeit konnten nicht alle Aspekte erfasst werden. Allerdings ist davon auszugehen, dass das Themenfeld auch über das Projektende Anfang 2018 hinaus noch Bedeutung hat bzw. noch an Bedeutung zunehmen wird.

Zudem ist ein Konsortium entstanden, das sich über das Projektende hinaus regelmäßig trifft, austauscht und an einer Weiterentwicklung der beschriebenen Methoden interessiert ist. Eine weiterführende internationale Zusammenarbeit, u. a. auch mit anderen internationalen Bahnbetreibern, wird angestrebt.

Think Tank „Strenghten“ – Summit 2018 in Singapur

Einzelne Projektergebnisse wurden Anfang 2018 auf dem Summit des „The Logistics Institute“ (TLI) in Singapur vorgestellt.

Ziel ist es, den Grad der abstandsfähigen Detektion auszubauen, den Sensorverbund umfassender zu designen und die KI-basierte Analyse anhand von Bewegungsmustern zu vertiefen. Verschiedene Publikationen und Publikationsprojekte weisen auf diesen Fokus hin.



Datafarming Simulationen des Münchner Hauptbahnhofes.

Einerseits werden die Sensoren zunehmen, andererseits auch die dabei generierte Datenmenge und vor allem die Verarbeitungsgeschwindigkeit.

Insbesondere besteht derzeit ein großes Interesse daran, die Laufwege von Gefahrstoffen noch genauer zu verfolgen, zu analysieren und vor allem vorherzusagen. Bereits 2012 fand die gemeinsame Konzeption von Control Tower mit dem TLI statt. Vision ist es, die Erkenntnisse von RE(H)STRAIN als Teil eines allgemeinen Management Cockpits zur Krisenfrüherkennung in einer Kritischen Infrastruktur einzusetzen. Es geht darum zu erkennen, in welchem Sektor eine Kritikalität auftritt und welcher Einfluss auf einen anderen Sektor zu erwarten ist. Ergänzt werden können die Analysen mithilfe speziell entwickelter neuronaler Netze, die die Wirkungsweise der Sensorverbände noch erhöhen können.

Integratives Sektor Modell

Ziel ist es dabei zukünftig, die verschiedenen Komponenten, die im Rahmen eines derartigen komplexen Verkehrsverbundes bestehen, als sogenanntes Integratives Modell abzubilden. Hierbei erweitern wir derartige Modelle, die man eher aus den kybernetisch geprägten Umweltwissenschaften kennt, um einen besonderen sektoralen Zugang. Diese Sektoren wurden zu Beginn des Artikels eingeführt. Wie können diese Sektoren im Rahmen des Sensorinsatzes charakterisiert werden? In welchem kausalen Zusammenhang stehen sie zueinander? Wie können Störungen zwischen ihnen abgebildet werden, und vor allem, wie können „in ihnen“ Sicherheitsmaßnahmen entwickelt werden, ohne den offenen Charakter zu beeinträchtigen? Dies kann nur geschehen, wenn die gewonnenen Erkenntnisse und insbesondere die Sensoruntersuchungen erweitert und auf ein solches Gesamtsystem „integrativ“ als sogenanntes „multikriterielles Sektormodell“ übertragen werden können. Integrativ meint in diesem Zusammenhang, dass man in jedem Sektor je spezifisch die Sensoranalytik einsetzt und sie dann multikriteriell kombiniert. Dieses multikriterielle Optimierungsproblem hat das Ziel, die persönliche Freiheit minimal zu tangieren. Dieser spezielle Ansatz, der auf RE(H)STRAIN aufbaut, wird dazu führen, dass man das System nicht nur resilienter macht, sondern vor allem „stärkt“ (das englische Wort heisst „strengthen“,

was in der Lautsprache wie „-STRAIN“ klingt.

Genau dieser zentrale „Stärkung“-Aspekt wurde im Rahmen von RE(H)STRAIN einer interdisziplinären Herangehensweise in dem zukunftsweisenden Projekt adressiert, das vom deutschen Bundesforschungsministerium und der französischen Agence nationale de la recherche (ANR) unterstützt wurde. Geleitet wurde das Verbundprojekt vom Lehrstuhlinhaber für Operations Research an der

Universität der Bundeswehr München, der sich seit Jahren mit dem Forschungskomplex „Resilienz komplexer Systeme“ beschäftigt und das Projekt wie folgt zusammenfasst: *„Resilienz ist die Kunst, relative Sicherheit zu bieten ohne absolute Kontrolle zu etablieren, und gleichzeitig alle technischen Innovationen optimal zu integrieren“.*

Der Autor möchte sich bei allen Projektbeteiligten und insbesondere bei seinem Co-Projektleiter Dr. Martin Zsifkovits sowie seiner Arbeitsgruppe COMTESSA ganz herzlich bedanken. In seinen Dank schließt er auch besonders das BMBF und das französische ANR ein.

Alle Projekt-Beteiligten bedanken sich insbesondere beim BMBF für die gute Zusammenarbeit und exzellente Projektbegleitung.

Weitere Informationen

Projektseite: <http://rehstrain.w3.rz.unibw-muenchen.de>

Projektseite des BMBF: <http://rehstrain.sifo.de>

Zu einer weiteren Darstellung verweisen wir auch auf die beiden Publikationen

- „Resilienz in Transportinfrastrukturen - Die Krise frühzeitig erkennen“. Stefan Pickl, Martin Zsifkovits, Protector 5/2018, 68-69 - www.sicherheit.info
- Nistor, M., S.; Zsifkovits, M.; Pickl, S. (2015). Visual Analytics of Complex Networks: A Review from the Computational Perspective. In: Proceedings of the 2015 International Conference on Modeling, Simulation & Visualization Methods, CSREA Press, 10-15

Univ.-Prof. Dr. Stefan Pickl ist Professor für Operations Research am Institut für Theoretische Informatik, Mathematik und Operations Research an der Universität der Bundeswehr in München.

Ausnahmezustand

Teil III: Ist das deutsche Notstandsrecht noch zeitgemäß?

Harald Erkens

Recht und Wirklichkeit

Jede Rechtsnorm ist beeinflusst von den Umständen, unter denen sie zustande gekommen ist. Was die Zukunft bringt, kann auch ein weiser Gesetzgeber nicht vorhersehen. Recht und Wirklichkeit können sich im Laufe der Zeit voneinander entfernen. Die deutsche Notstandsverfassung (s. Teil I, [Bevölkerungsschutz 2/2018](#)) und zum großen Teil auch die einfachrechtlichen Notstandsgesetze (Teil II, [Bevölkerungsschutz 3/2018](#)) sind in der Zeit des Ost-West-Konfliktes entstanden und auf diesen zugeschnitten.

Seitdem hat sich die Welt jedoch gründlich geändert: Der Kalte Krieg endete 1991 mit dem Untergang der Sowjetunion. Neue Staaten entstanden, die Landkarte wurde neu gezeichnet, geopolitische Interessen wurden neu bestimmt, auf der Welt flammten andere Krisenherde auf. Sind die deutschen Notstandsregeln also überholt angesichts heutiger Bedrohungsszenarien?

Blaupause des Kalten Krieges

Über vier Jahrzehnte war das alles beherrschende Szenario der Waffengang der Supermächte USA und UdSSR und der von ihnen geführten Bündnisse NATO und Warschauer Pakt unter Einsatz des beiderseitigen Nuklearpotenzials. In beiden Teilen Deutschlands – „Soll-Bruchstelle“ des Dritten Weltkrieges – wurde mit schwersten Folgen gerechnet. Auch unterhalb der nuklearen Schwelle hätten massive Bodenkampfhandlungen und Luftkriegführung verheerende Folgen gehabt. Der Zuschnitt der Notstandsverfassung auf dieses Szenario wird bereits im mehrstufigen Aufbau des äußeren Notstandes deutlich: Zivile und militärische Planungen gingen davon aus, dass dem Angriff des Warschauer Paktes eine Phase außenpolitischer Spannungen vorausgehen würde, in der die Bundesrepublik in steigendem Maße die Mobilmachung betreiben müsse, um nicht der Wucht des Vormarsches von mindestens 100 Divisionen, also mehr als einer Million Soldaten, unvorbereitet ausgesetzt zu sein. In dieser Spannungslage wären auch die einfachrechtlichen Notstandsgesetze als Instrumente des politischen Krisenmanagements aktiviert worden.

Heutige Bedrohungsszenarien

Dieses symmetrische Bedrohungsszenario militärischer Gewalt in einer bipolaren Welt mit staatlichen Akteuren in

festen Bündnissen ist abgelöst worden durch asymmetrische Gefahrenlagen militärischer wie nichtmilitärischer Art in einer multipolaren Welt mit staatlichen wie nichtstaatlichen Akteuren und wechselnden Allianzen. Außen- und sicherheitspolitische Analysen kommen zu dem Schluss, dass die gegenwärtige Lage zwar nicht so gefährlich ist wie im Kalten Krieg, dass sie aber seit seinem Ende auch noch nie so brisant und vor allem unberechenbar war wie heute. Die verschiedenen Aspekte heutiger Bedrohung können hier nur kurz dargestellt werden.

1) Transnationaler Terrorismus

Terrorismus ist kein neues Phänomen, doch erreicht er heute neue Dimensionen. Exemplarisch hierfür stehen die Anschläge vom 11. September 2001 sowie etliche weitere Terrorakte: Madrid, London, Paris, Brüssel, Nizza, Berlin. Auch der Einsatz von CBRN-Kampfmitteln durch Terroristen liegt heute im Bereich des Möglichen. Der Kampf gegen den Terrorismus ist asymmetrisch: Der Staat wird nicht auf voller Breite von einem anderen Staat, sondern nadelstichartig von Personen oder Gruppen angegriffen. Seine militärische Übermacht gegenüber den Terroristen läuft ins Leere, da es weder Vorwarnzeit noch Frontverlauf gibt. Hieraus folgt auch rechtliche Asymmetrie: Der zum Schutz seiner Bürger verpflichtete, zugleich an Recht und Gesetz gebundene Staat wird von denen angegriffen, die alle Regeln ignorieren und allein ihrem Ziel folgen. So sprengt transnationaler Terrorismus die hergebrachten Kategorien von innerem und äußerem Notstand, Gefahrenabwehr und Verteidigung, Polizei und Militär, Störer und Kombattant. Der freiheitliche Rechtsstaat kommt an die Grenzen seiner rechtlichen Möglichkeiten.

2) Cyber-Attacken

Der virtuelle Raum, in dem Informationen entstehen, gespeichert und verarbeitet werden, ist praktisch grenzenlos. Schätzungen gehen davon aus, dass bis 2020 im „Internet der Dinge“ 50 Milliarden Endgeräte miteinander verbunden sein werden. Wegen Sicherheitslücken in den Systemen steigt mit der Vernetzung der Gesellschaft zugleich deren Vulnerabilität. Daten können ausgespäht, manipuliert oder gelöscht werden. Angreifer sind staatliche wie nichtstaatliche Akteure. Handelt es sich bei den Angegriffenen um Staatsorgane (so bei dem massiven IT-Angriff auf den Deutschen Bundestag 2015), um Streitkräfte oder um die Betreiber Kritischer Infrastrukturen wie etwa Flughäfen, Kraftwerke und Krankenhäuser, ist das Schadenspotenzial enorm.

3) Fake-News-Kampagnen

Gezielte Desinformation kann gravierende Folgen haben. Dies gilt bereits für Falschmeldungen, mit denen beispielsweise vor einer Wahl ein Kandidat verleumdet und so wöglich das Wahlergebnis beeinflusst wird. Noch gefährlicher sind subtile Kampagnen, die nicht falsche Behauptungen in die Welt setzen, sondern Tatsachen umdeuten, etwa wenn Diskussionen zu politisch relevanten Themen in sozialen Netzwerken planmäßig in eine bestimmte Richtung gelenkt werden, um die politische Stimmung zu manipulieren. Diese Propaganda geht heute nicht mehr nur von den sprichwörtlichen „Troll-Fabriken“ aus, sondern zunehmend von „Social Bots“, also von Robotern gesteuerten Social Media-Profilen, die unter Nutzung von künstlicher Intelligenz die Verbreitung von Fake News verstärken.



Terroranschläge sind als Szenario nicht neu. Neu sind die Mittel und die Dimensionen. Die Anschläge von 9/11 (im Bild die Trümmer des World Trade Center) waren in ihrer Wirkung vergleichbar mit einem militärischen Angriff. Auch Angriffe mit CBRN-Kampfmitteln liegen heute im Bereich des Möglichen. Solche Terrorakte hatte der Notstandsgesetzgeber jedoch nicht vor Augen.
(Foto: U. S. Navy / CC0 Public Domain / wikipedia.org)

4) Ökonomische Repressalien

Das Übungsszenario der LÜKEX 2018, eine Gasmangel-lage in Süddeutschland, hat, ohne dass es in der Übung auf außenpolitische Ursachen ankam, die weitreichenden Folgen eines Engpasses in der Energieversorgung deutlich gemacht. Ist ein Staat auf den Import fossiler Energieträger wie Erdgas oder Erdöl angewiesen, kann der Exporteur zur Durchsetzung eigener politischer Ziele durch Reduzierung oder Einstellung der Lieferung enormen wirtschaftlichen Druck ausüben, in dem betroffenen Staat Bereiche des öffentlichen Lebens lahmlegen und sogar eine Rezession auslösen. Beispiele hierfür sind die beiden Öl-Krisen 1973 und 1979.

5) Mobilisierung ethnischer Minderheiten

Destabilisierende Wirkung auf Staat und Gesellschaft kann auch die Mobilisierung ethnischer Minderheiten haben. Ein in den Ausmaßen noch harmloses, in der Wirkweise aber sehr ernstzunehmendes Beispiel ist der „Fall Lisa“ aus dem Jahr 2016. Nachdem in diversen Medien die falsche Darstellung kursiert war, ein 13jähriges Mädchen russischer Abstammung sei in Berlin von Flüchtlingen verschleppt und vergewaltigt worden, wogegen Polizei und Staatsanwaltschaft aus Gründen politischer Opportunität nicht einge-

schritten seien, demonstrierten ca. 700 Deuschrussen vor dem Kanzleramt gegen die Politik der Bundesregierung. In größerem Maßstab kann solche Aufstachelung zur Radikalisierung ganzer Bevölkerungsteile und damit zu gesellschaftlichen Verwerfungen führen.

6) Militärische Gewalt

Die NATO, nach Ende des Kalten Krieges auf internationales Krisenmanagement abonniert, ist zur Landes- und Bündnisverteidigung zurückgekehrt und setzt wieder vermehrt auf Abschreckung. Sie verstärkt ihre Ostflanke, weil sie mit wachsender Sorge die Aktivitäten Russlands registriert. Nach der Annexion der Krim 2014 und dem Einsatz in der Ost-Ukraine sieht das transatlantische Bündnis insbesondere die baltischen Staaten und Polen von der militärischen Übermacht Russlands bedroht. Das im Herbst 2018 in Norwegen abgehaltene Manöver „Trident Juncture“, das größte NATO-Manöver seit Ende des Kalten Krieges, ist auch vor diesem Hintergrund zu sehen. Zwar ist es unwahrscheinlich, dass sich militärische Aggression primär gegen Deutschland richtet. Mit Blick auf seine zentrale Lage in Europa ist Deutschland jedoch die logistische Drehscheibe der NATO. Werden alliierte Truppen bewegt, führen deren Wege durch die Bundesrepublik. Sollte es an der Ostflanke des Bündnisgebietes zu einer militärischen Konfrontation kommen – was zur Feststellung des NATO-Bündnisfalles führen würde (*Bevölkerungsschutz* 2/2018, S. 29) –, könnten logistische Knotenpunkte auf dem Bundesgebiet, etwa Flughäfen, Seehäfen, Auto- und Eisenbahnen, Ziele militärischer Angriffe werden.

7) Hybride Kriegführung

Hybride Kriegführung (von den russischen Streitkräften als nichtlineare Kriegführung bezeichnet) ist die diffuse, hochkomplexe Summe der soeben beschriebenen Teile. Das Prinzip ist seit der Antike bekannt, neu sind jedoch die Wirkmittel. An die Stelle uniformierter Soldaten treten verdeckt operierende Kräfte, deren Einsatz von Maßnahmen begleitet wird, die, isoliert betrachtet, nicht kriegerischer, sondern politischer oder ökonomischer Natur sind (s. o.). Hybride Kriegführung soll durch gezielte Verschleierung die Grenze zwischen Krieg und Frieden aufheben, die Abwehr erschweren und so den ins Visier genommenen Staat destabilisieren. Sie umfasst in einem späten Stadium auch militärische Mittel, wenn der bis dahin durch überwiegend nichtmilitärische Maßnahmen geschwächte Gegner endgültig niedergedrungen werden soll.

Tauglichkeit des Notstandsrechts

Der zum inneren Notstand gehörende *Katastrophennotstand* nach Art. 35 Abs. 2, 3 GG ist in einem vielbeachteten Plenarbeschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 3. Juli 2012 weit ausgelegt worden: Das Plenum hat nicht nur Terroranschläge als besonders schwere Unglücksfälle angesehen, sondern auch den Einsatz spezifisch militärischer Waffen für zulässig erklärt. Der Erste Senat hatte dies 2006

noch anders gesehen. Allerdings darf man von dem Plenarbeschluss nicht zu viel erwarten, schon gar nicht ein neues Generalinstrument zur Krisenbewältigung. Das höchste deutsche Gericht hat nämlich den Einsatz schwerer Waffen nur als allerletztes Mittel und auch nur dann gestattet, wenn Kollateralschäden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden können, womit nur ein kleiner Ausschnitt heutiger Szenarien erfasst sein dürfte.

Der „dicke Knüppel“ im Repertoire des inneren Notstandes, der *innenpolitische Notstand* gem. Art. 91 GG, ist auf andere als auf die heutigen Bedrohungsszenarien zugeschnitten. Er gibt zwar der Bundesregierung – im Normalzustand undenkbar – unmittelbaren Zugriff auf die Exekutivkräfte des Gesamtstaates (Länderpolizei, Bundespolizei, Streitkräfte), setzt jedoch Handlungen voraus, die eine solche Quantität und Qualität erreichen, dass der Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes konkret gefährdet ist. Terroranschläge, Cyber-Attacken und Fake-News-Kampagnen können den innenpolitischen Notstand nur begründen, wenn sie ihrerseits schwere innere Unruhen auslösen. Ein Vergleichsmaßstab: Bei den schweren Ausschreitungen anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg im Juli 2017 wurde dieser Pegel nicht erreicht. Bei der *Generalklausel* des Art. 35 Abs. 2 Satz 1 GG ist die tatbestandliche Schwelle zwar niedriger, doch beschränken sich die Rechtsfolgen auf die bloße Unterstützung der Länderpolizei durch die Bundespolizei.

Noch weniger geeignet ist das „Artilleriegeschütz“ der Notstandsverfassung, der zum äußeren Notstand gehörende *Verteidigungsfall* gem. Art. 115a GG, weil er nicht nur auf ein anderes Szenario, nämlich auf den Staatenkrieg, zugeschnitten ist, sondern weil er außerhalb des vorgesehenen Anwendungsbereichs auch untauglich ist. Kommt nämlich ein Terrorakt oder eine Cyber-Attacke in der physischen Wirkung einem militärischen Angriff auf das Bundesgebiet gleich, etwa nach dem Muster der Anschläge vom 11. September oder durch die virtuell herbeigeführte Havarie eines Kernkraftwerkes, wird die Feststellung des Verteidigungsfalles kaum weiterhelfen. Es genügt nämlich nicht, auf Tatbestandsseite eine hinreichende Vergleichbarkeit der neuen mit den klassischen Szenarien zu verlangen. Auch die Rechtsfolgen müssen geeignet sein, der jeweiligen Lage entgegenzuwirken. Der durch Feststellung des Verteidigungsfalles vorgenommene Umbau der Staatsorganisation ist nicht geeignet, eine Cyber-Attacke abzuwehren oder den Angreifer ausfindig zu machen. Hier würde buchstäblich mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Anders ist der Fall nur dann zu beurteilen, wenn Cyber-Attacken oder sonstige nichtmilitärische Maßnahmen ihrerseits auf einen bevorstehenden militärischen Angriff hindeuten. In einer solchen Situation stehen die vorgelagerten Tatbestände (*Spannungsfall*, *Zustimmungsfall*) und schließlich der Verteidigungsfall selbst zur Verfügung.

Wenn die überwiegende Auffassung den *Spannungsfall* und damit auch den *Zustimmungsfall* gem. Art. 80a Abs. 1 GG an den Verteidigungsfall koppelt (*Bevölkerungsschutz* 2/2018, S. 28 f.), muss die Verfügbarkeit dieser Tatbestände in nichtmilitärischen Szenarien ebenso verneint werden.

Der *Bündnisfall* gem. Art. 80a Abs. 3 GG eröffnet zwar auch ohne das Erfordernis eines bewaffneten Angriffes auf das Bundesgebiet die Möglichkeit, die Notstandsgesetze (ohne Arbeitssicherstellungsgesetz) freizugeben, doch setzt er über Art. 5 Nordatlantik-Vertrag immerhin den Angriff auf einen Bündnispartner in Europa oder Nordamerika voraus. Damit ist der Anwendungsbereich der einfachrechtlichen Notstandsgesetze, die im äußeren Notstand entsperrt werden können (*Bevölkerungsschutz* 3/2018, S. 42 f.), sehr schmal.



Der Kalte Krieg ist der außen- und sicherheitspolitische Hintergrund, vor dem die Notstandsverfassung und die meisten der Notstandsgesetze entstanden sind. Eine militärische Konfrontation zwischen Ost und West hätte mit hoher Wahrscheinlichkeit auf deutschem Boden begonnen und sich zu einem Dritten Weltkrieg gesteigert. Im Bild: Test einer nuklearen Artilleriegranate am 25. Mai 1953 in Nevada. (Foto: Federal government of the United States / CC0 Public Domain / wikimedia.org)

Reformansätze

1) Notstandsverfassung

Forderungen nach einer Grundgesetzänderung werden erhoben, seit „9/11“ die Diskrepanz zwischen Recht und Wirklichkeit angesichts moderner Bedrohungsszenarien deutlich gemacht hat: Die Polizei hat die Befugnis, nicht die Mittel; die Streitkräfte haben die Mittel, nicht die Befugnis. Doch eine Grundgesetzänderung, zu der es einer Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat bedarf, lässt sich nicht leichthändig herbeiführen, erst recht nicht bei einer politisch brisanten Materie wie dem Notstandsrecht. Es spricht vieles dafür, dass der Wortlaut der Notstandsverfassung auf absehbare Zeit unverändert bleibt. Wird das Grundgesetz nicht geändert, kann sich immerhin seine Auslegung ändern. Das letzte Wort in der Interpretation des Grundgesetzes hat das Bundesverfassungsgericht, das mit dem oben erwähnten Plenarbeschluss bewiesen hat, dass auch im Hinblick auf die Notstandsverfassung ein (behuhsamer) Verfassungswandel durch Interpretation möglich ist.

Gute Argumente sprechen für eine weite Interpretation des *Spannungsfalles*, losgelöst vom Verteidigungsfall. Von den klassischen vier Methoden der Gesetzesauslegung kommt nur die historische zu dem Ergebnis, dass der Spannungsfall an das Szenario des Staatenkrieges gebunden ist. Die Auslegung nach dem Wortlaut, nach der Systematik sowie nach dem Gesetzeszweck gestattet, den Spannungsfall auch für nichtmilitärische Szenarien zu verwenden. Die in Art. 80a Abs. 1 Satz 1 GG vorgesehene Mobilmachung durch „Gesetze auf Abruf“ eröffnet ungleich größere Mög-

lichkeiten als der ultimative Gebrauch spezifisch militärischer Waffen im Katastrophennotstand.

Der in Weißbuch 2016 und Konzeption Zivile Verteidigung gar nicht erst erwähnte *Zustimmungsfall* ist als „Mobilmachung im Kleinen“ begrifflich im Spannungsfall enthalten. Wird Letzterer vom Verteidigungsfall gelöst, ist auch dem Zustimmungsfall ein größeres Anwendungsfeld eröffnet. Zudem bietet seine „Diskretion“ – der Zustimmungsfall wird im Gegensatz zu Spannungs- und Verteidigungsfall nicht förmlich festgestellt – gerade in Zeiten hybrider Kriegführung nicht zu unterschätzende Vorteile: Der Zustimmungsfall ist das Mittel der Wahl, wenn die weitere Lageentwicklung ungewiss ist, etwa weil durch Desinformation, Manipulation und Subversion der Angegriffene auf die falsche Fährte gelockt werden soll. Hier ist eine vorsichtige und je nach Situation dosierte Reaktion angezeigt. Entgegen einer teilweise vertretenen Auffassung (*Bevölkerungsschutz* 2/2018, S. 29) kann im Zustimmungsfall auf das gesamte Repertoire der Notstandsgesetze zugegriffen werden, bei Zwei-Drittel-Mehrheit auch auf das Arbeitssicherstellungsgesetz. Das ist kein Fall von Rechtsmissbrauch, sondern gerade dann hilfreich, wenn das mit der förmlichen Feststellung stets verbundene politische Alarmsignal im Innern verunsichernd und nach außen eskalierend wirken würde.

2) Einfachrechtliche Notstandsgesetze

Zur Änderung der einfachrechtlichen Notstandsgesetze genügen einfache Mehrheiten. Daher besteht eine auf den ersten Blick einfache Lösung darin, den Anwendungsbereich der verteidigungsspezifischen Sicherstellungsgesetze auf heutige Szenarien auszuweiten. Das wäre aber nur ein Teil der Lösung, denn die älteren Notstandsgesetze sind, ebenso wie die Notstandsverfassung, auf die Situation des Kalten Krieges zugeschnitten. Zahlreiche Regelungen sind im Angesicht heutiger Bedrohungslagen nicht mehr zeitgemäß. Hier ist eine kritische Sichtung des umfangreichen rechtlichen Materials nötig. Wo es möglich ist, sollten gesetzliche Überwucherungen zurückgeschnitten werden.

Wie bereits erläutert wurde (*Bevölkerungsschutz* 3/2018, S. 43), ist Art. 80a Abs. 1 GG nicht in der Weise zu verstehen, dass der einfache Gesetzgeber ausschließlich auf die Form des Anwendbarkeits-Junktims verpflichtet würde, wenn er Regelungen schafft, die in der Normallage gesperrt und nur im Notstand anwendbar sein sollen. Eine Alternative zum Vorbehalt parlamentarischer Freigabe ist der Gubernativvorbehalt, also die Freigabe durch Beschluss der Bundesregierung, z. B. in § 1 Abs. 1 ESVG von 2017. Ein Beschluss der Bundesregierung lässt sich in der Regel einfacher und schneller herbeiführen als ein Beschluss des Bundestages, bei dem es zur Feststellung des Spannungsfalles sowie im Zustimmungsfall zur Freigabe von Dienstverpflichtungen nach Art. 12a Abs. 5, 6 GG noch dazu einer Zwei-Drittel-Mehrheit bedarf (Art. 80a Abs. 1 Satz 2 GG). Dies ist umso bedeutsamer, als viele der heutigen Szenarien ohne Vorwarnzeit eintreten können. Wird ein Notstandsgesetz unter Regierungsvorbehalt gestellt, ist dies keine Entmachtung des Parlamentes. Die Entscheidung, ob Regelungen für den Notstand erlassen werden und wer für die Freigabe dieser

Literaturliste unter <https://www.bbk.bund.de/DE/Service/Publikationen/BS-Magazin/Ergaenzungen/einsehbar>

Regelungen zuständig ist, liegt allein bei der Legislative. Die verfassungsrechtlich abgesicherten Kontroll- und Korrekturbefugnisse des Bundestages gem. Art. 80a Abs. 2 GG (für den Spannungs- und Zustimmungsfall) sowie gem. Art. 80a Abs. 3 Satz 2 GG (für den Bündnisfall) gelten zwar nur für Maßnahmen aufgrund jener Vorschriften, die nach Maßgabe des Art. 80a GG freigegeben worden sind, also nicht für Maßnahmen aufgrund der unter Regierungsvorbehalt stehenden Notstandsgesetze. Jedoch ist in den meisten Fällen, in denen die Anwendung einer Norm unter Regierungsvorbehalt steht, im Gegenzug ein Aufhebungsbegehren der Legislative vorgesehen, dem die Exekutive nachkommen und die betreffende Maßnahme unverzüglich einstellen muss (§ 1 Abs. 2 Satz 2 BLG, § 13 Abs. 3 Satz 1 WasSiG, § 3 Abs. 4 Satz 3 EnSiG).

Der Bundesgesetzgeber hat Weitsicht bewiesen, als er in den beiden jüngsten Notstandsgesetzen einen Auffangtatbestand vorgesehen hat: das „sonstige vergleichbare Ereignis“ in § 1 Abs. 2 Nr. 1 PTSG sowie in § 1 Abs. 1 Nr. 1b ESVG. Hier wird generalklauselartig ein Szenario umschrieben, in dem die jeweiligen Rechtsfolgen freigesetzt werden können und das dem Rechtsanwender einen weiten Beurteilungsspielraum eröffnet. Auf diese Weise wird verhindert, dass in einer Notlage die notstandsrechtlichen Instrumente nur deshalb tabu sind, weil das auslösende Ereignis weder eine Naturkatastrophe noch ein besonders schwerer Unglücksfall ist (so geschehen mit dem Verkehrsleistungsgesetz [*Bevölkerungsschutz* 3/2018, S. 45] während der Migrationskrise 2015).

Großes Potenzial bergen die in den einfachen Notstandsgesetzen enthaltenen Verordnungsermächtigungen, da sie eine flexible, den jeweiligen Umständen angepasste staatliche Reaktion ermöglichen. Eine kritische Durchsicht der vorhandenen Regelungen muss also auch die untergesetzlichen Normen in den Blick nehmen.

Zuletzt darf bei alledem nicht übersehen werden, dass nicht sämtlichem Reformbedarf auf einfachrechtlicher Ebene Genüge getan werden kann. Regelungsstandort für den gerade im Angesicht heutiger Szenarien so lebhaft diskutierten Streitkräfteeinsatz im Innern, ebenso für den Arbeitszwang durch Dienstverpflichtungen, ist allein das Grundgesetz. Und hier stößt auch der Verfassungswandel durch Interpretation an seine Grenzen. Gleichwohl ist das deutsche Notstandsrecht, erst recht bei wirklichkeitsnaher Interpretation (Notstandsverfassung) und dem politischen Willen zu Überarbeitung und Anpassung (einfachrechtliche Notstandsgesetze), auch heute noch brauchbar.

Harald Erkens ist Referent im Bundesministerium für Gesundheit, daneben Doktorand am Institut für Öffentliches Recht der Universität Bonn bei Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Josef Isensee. Grundlage des Aufsatzes ist ein Vortrag, den der Autor im September 2018 im Seminar „Staatliche Sicherheitsvorsorge“ an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin gehalten hat. Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Helferin bei Hochwasser und Flut: die Schacht-Einlauftonne

Bei der Bekämpfung von Hochwasser- und Flutereignissen leiten Feuerwehren, das Technische Hilfswerk (THW) und andere Akteure Schmutzwasser aus Kellern und Tiefräumen häufig über Straßenschächte in die Kanalisation ein. Das birgt eine Reihe von Problemen vom Schlauchmanagement über verminderte Durchflussmengen bis hin zu schweren Schäden am Kanalisationsschacht. Diesen Komplikationen beugt die Schacht-Einlauftonne vor, mit der Einsatzkräfte sicher und effizient arbeiten.

Helmuth Pfitzmeier

Führen Einsatzkräfte Druckschläuche in einen üblichen Schacht ein (DIN EN 124 DN 600), knicken diese oftmals ab. Dadurch wird deren Durchflussmenge erheblich verringert und die Vorteile moderner und leistungsfähiger Pumpen – wie sie heutzutage bei Feuerwehr und THW vorzufin-



Eine Schacht-Einlauftonne Typ A: Unterhalb der zwei B- und vier A-Storz-Anschlüsse befindet sich der Auflagering, der auf jeden genormten Schacht passt. Durch Reflektionsstreifen ist die Tonne auch bei Nacht gut zu erkennen. (Foto: www.faszitech.de)

den sind – verpuffen auf dem letzten Meter der Wasserförderung. Gesteigerter Druck in der Schlauchleitung führt dazu, dass die Schläuche sich aus dem Straßenschacht rausdrücken und mit Gewichten wie Sandsäcken oder dem Schachtdeckel „gesichert“ werden müssen. Das wiederum vermindert ebenfalls den Leitungsquerschnitt. Einlaufbögen am Ende der Schläuche helfen meist nur bedingt, denn sie benötigen viel Platz und mindern den Druck nicht.

Die permanente Wasserförderung aus mehreren Leitungen kann darüber hinaus den Schacht, der aus mehreren Schachtringen zusammengesetzt und in Sand eingebettet ist, sowie die umliegende Straße schwer beschädigen. Denn die ungebremte Strahlenergie drückt Wasser durch die Schachtring-Verbindungen und wäscht nach und nach das Sandbett des Schachtes aus. Schäden an der Kanalisation, verschobene Schächte und sogar ein Absacken der Straße sind die Folgen.

Die Schacht-Einlauftonne als EU-weit einmalige Lösung

Mit einer Schacht-Einlauftonne (SET) können Einsatzkräfte solche Schäden vermeiden und gleichzeitig die Förderleistung ihrer Pumpen voll ausnutzen. Die zylindrische Edelstahlkonstruktion wird in die üblichen Schächte eingesetzt und liegt mit einem Ring, der einen größeren Durchmesser als die Schachtdeckel hat, oberhalb der Öffnungen auf. Nach oben ist die SET geschlossen, sodass niemand Gefahr läuft, in den Schacht zu fallen. Seitlich an der Einlauftonne befinden sich sechs Anschlüsse, an denen die Einsatzkräfte ihre Schläuche gerade auf Bodenniveau ankuppeln



Knicke in Schläuchen vermindern deren Durchflussmenge erheblich. Ohne Schacht-Einlauftonne liegen Druckschläuche außerdem ungesichert im Schacht und können dessen Einbettung aus Sand ausspülen. (Foto: Helmuth Pfitzmeier)

können. Die Wasserstrahlen treffen bei der Förderung jeweils auf die gegenüberliegende Seite der SET, was die lineare Strömung aus den Leitungen weitgehend in eine turbulente Strömung umwandelt und so die Strahlenergie, die auf die Schachtwände und Kanalisation wirken würden, stark reduziert. Das Wasser fließt also mit wesentlich weniger Energie gerade nach unten in den Schacht ab, was das Ausspülen der stützenden Einbettung verhindert.

Angepasste SET für verschiedene Kupplungssysteme

Die SET gibt es bisher in drei verschiedenen Ausführungen, sodass beispielsweise die Feuerwehren mit Tauch-



Die SET vermindert den Druck des ankommenden Wassers (hier etwa 6 000 l/min), weil jeder Wasserstrahl auf eine Wand trifft. Konstruktion und Wirkungsweise der SET sind EU-weit patentrechtlich geschützt. (Foto: Faszitech UG)

und Feuerlöschkreispumpen sie gleichermaßen nutzen können wie die THW-Fachgruppen Wasserschaden / Pumpen (WP) mit ihren großen Schmutzwasserpumpen:

- **Typ A** (allgemein) mit DIN-Storz-Anschlüssen: viermal A-Storz und zweimal B-Storz
- **Typ WP 1** mit dreimal A-Storz, einmal B-Storz und einmal 150 mm Perrot-Anschlüssen
- **Typ WP 2** mit zweimal A-Storz und zweimal 150 mm Perrot-Anschlüssen

An der Einsatzstelle können die Anwender die SET mit den üblichen Verminderungs- und Sammelstücken an ihre Bedarfe anpassen. Als Sicherheitsfeature ist der addierte Querschnitt aller Anschlüsse eines Typs dabei so dimensioniert, dass die Durchflussmenge einer SET nicht den Querschnitt des darunterliegenden Schachtes übersteigt. Durch eine SET können die Einsatzkräfte folglich nicht mehr Wasser einleiten, als der Kanal aufnimmt.

Die SET wiegt je nach Ausführung etwa 50 Kilogramm, zwei Personen können sie also ohne Weiteres vornehmen. Außerdem verfügt sie über einen umlaufenden und einen obenliegenden Reflexionsstreifen, wodurch sie auch bei Nacht gut sichtbar ist – vor allem in Kombination mit einer Blitzleuchte. Ferner dient die SET selbst als Schachtabde-

ckung und hat durch das Gewicht angeschlossener Leitungen einen sicheren Sitz. Absturz- und Verletzungsgefahren werden so im Vergleich zu lose einlaufenden Schläuchen minimiert.

Drei weitere Anwendungen für die SET

Die umgedrehte SET (mit der Öffnung nach oben) kann auch als freier Auslauf verwendet werden. Mit einer untergelegten Auslaufplane, die eine Fläche von mindestens 4x4 m haben sollte, verhindert sie Wasserstrahl-Ausspülungen durch einzelne Schlauchleitungen.

Bei der Wasserentnahme aus offenen Gewässern wird durch am Grund aufliegende Saugkörbe üblicherweise mit dem Brauchwasser ein hoher Schlamm- oder Sediment-Anteil angesaugt. Beim Einsatz einer umgedrehten SET wird das Wasser in etwa 60 cm Höhe über dem Grund angesaugt, dabei können mehrere Saugleitungen gleichzeitig angeschlossen werden. Ein eingesetztes Metallgitter als Zubehörteil verhindert bei dieser Konfiguration das Einflie-



Die umgedrehte SET kann mit einer Unterlegplane als freier Auslauf verwendet werden. (Foto: Helmuth Pfitzmeier)

ßen unerwünschter Gegenstände. Da die SET einen glatten Deckel hat, können Einsatzkräfte sie am Saugschlauch in einem Fluss oder See vorschieben. Bei Bedarf sichert ein schwimmendes Warnlicht die Ansaugstelle.

Und auch in Tiefräumen erleichtert die SET die Schöpfgut-Förderung: Wasser und Schlamm können in die umgedrehte SET geschöpft beziehungsweise Nasssauger darin entleert werden. Eine angeschlossene Pumpe oder Saugleitung im Schlürfbetrieb kann so aus der befüllten SET das Schöpfgut fördern.

Die erste öffentliche Vorstellung der SET auf der Messe *Florian* (10/2018) in Dresden fand großes Interesse beim Fachpublikum.

Helmuth Pfitzmeier ist der Erfinder der Schacht-Eintauf-Tonne und war seit 1970 aktiver Helfer beim THW und 30 Jahre in der Freiwilligen Feuerwehr.



Große ASB-Bundesübung

500 Samariterinnen und Samariter probten den Ernstfall

Vom 21. bis 23. September 2018 fand am Störmthaler See bei Leipzig eine ASB-Bundesübung zum Bevölkerungsschutz unter der Schirmherrschaft des sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer statt. Im Grußwort des Ministerpräsidenten heißt es anerkennend: „Dass viele von Ihnen das ehrenamtlich mit großem Aufwand und viel Herzblut tun, ist ein besonders wichtiges Zeichen für die Werte und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft! Herzlichen Dank dafür!“

Nach über einem Jahr Vorbereitungszeit für diese Vollübung war es dann endlich so weit. Es wurden auf der Magdeborner Halbinsel Sanitäreinrichtungen sowie eine Stromversorgung aufgebaut und durch den ELW II des ASB Berlin wurden die gesamte Funk- und Kommunikationsstruktur und eine bundesweite Funkgruppe eingerichtet, damit sich in Bewegung setzende Einheiten bei ihrer Abreise an ihren Standorten melden konnten. Eine Versorgungsgruppe des ASB sorgte mit ihrer Feldküche für eine Vollverpflegung aller Teilnehmer.

Die Entscheidung, die Bundesübung in Sachsen stattfinden zu lassen, hat mit der besonderen Betroffenheitssituation des Bundeslandes während der schweren Hochwasser 2002 und 2013 zu tun. Das Szenario hat sich an einer klassischen Vb-Unwetterlage orientiert, d. h. einem heftigen Sommerunwetter mit orkanartigen Böen und Windhosen, riesigen Niederschlagsmengen und damit einhergehenden Über-

schwemmungen, aus denen sich oftmals Großschadenslagen entwickeln.

Samariter kamen aus ganz Deutschland zusammen

Mehr als 400 Einsatzkräfte aus dem gesamten Bundesgebiet waren dabei, um ihre Fähigkeiten und Kompetenzen zum Einsatz zu bringen. Beteiligt waren Einheiten aus dem Katastrophenschutz, dem Rettungsdienst, der Wasserrettung, dem Rettungshundewesen, der Breitenausbildung sowie mehrere Drohnenstaffeln und Kommunikationseinheiten. Knapp 100 Verletztendarsteller waren in die Übung eingebunden, die von den Teams der Realistischen Unfalldarstellung (RUD) des ASB geschminkt und eingewiesen wurden. Neben Samaritern haben sich viele Bürgerinnen und Bürger aus der Region hierfür freiwillig gemeldet.

An allen Einsatzabschnitten wurden einzelne Handlungsabläufe und Taktiken von verschiedenen fachkundigen Beobachtern evaluiert. Darüber hinaus nahmen ca. 60 Gäste aus den Hilfsorganisationen, der Gemeinde-, Stadt- und Kreisverwaltung, Vertreter mehrerer Ministerien, der Polizei und des THW an der Übung teil. Zahlreiche Vertreter lokaler und überregionaler Medien zeigten großes Interesse. Das Drehbuch für das Szenario, die gesamten Grundannahmen und Rahmenbedingungen für die Übung und auch die einzuspielenden „Störer“ für die Einsatzleitung wurden in enger Zusammenarbeit zwischen dem ASB-Bundesverband und mehreren ASB-Landesverbänden entwickelt und aufbereitet. Der Führungsstab für den



Im Übungsszenario havarierte aufgrund eines heftigen Sturms ein Linienschiff.

„Einsatz“ bestand aus einem gemischten Team von Samaritern aus mehreren Bundesländern.

Im vorbereiteten Übungsszenario havarierte am Samstagmorgen aufgrund eines heftigen Sturms ein Linienschiff der ortsansässigen Reederei mit über 80 Passagieren. Viele sprangen ins Wasser und versuchten sich an Land zu retten, andere blieben an Bord und warteten auf Hilfe.



Das ASB-Übungswochenende am Störnthaler See demonstrierte die umfangreiche Leistungsfähigkeit des ASB im Bevölkerungsschutz. (Fotos: ASB / Hannibal)

Vor den Augen zahlreicher Gäste gaben die Fachdienste des ASB Ihr Bestes, um alle Betroffenen schnell und sachkundig zu retten und zu versorgen. Neben verschiedenen Wasserrettungseinheiten kamen zunächst etliche SEGs und andere Sanitätsgruppen zum Einsatz. Aufgrund der Größe der Lage mussten im weiteren Verlauf auch soziale Betreuungseinheiten sowie Hundestaffeln zur Suche Vermisster alarmiert werden. Nach der Erstversorgung und Triage wurden die Schwerverletzten in die benachbarte Heliosklinik transportiert, in der neben einer fachgerechten Übergabe auch klinikinterne Abläufe geübt wurden. In der Klinik wurde ein interner Alarmplan getestet, so dass die Verletztendarsteller unter sehr realen Bedingungen in der Notaufnahme triagiert und „weiterbehandelt“ werden konnten. Seitens der Veranstaltungsleitung wurden mehrere „Störer“ in das Szenario eingespielt, um – wie in einer realen Großschadenslage – unvorhergesehene Ereignisse und Herausforderungen stattfinden zu lassen. So tauchten während des Einsatzgeschehens plötzlich „Spontanhelfer“ auf, die ihre Hilfe anboten. Ein sehr aufdringliches „Journalistenteam“ mischte sich unter die Einsatzkräfte, machte Fotoaufnahmen und versuchte Interviews durchzuführen. Auf der Hauptverkehrsstraße auf der Magdeborner Halbinsel kam es noch zu einem Gabelstaplerunfall mit einem Schwerverletzten, so dass die Hauptstraße, über die auch die Verletzten aus dem Szenario nach Leipzig abtransportiert wurden, blockiert war.

Ein durchweg gelungener Einsatz

Nach knapp vier Stunden waren alle Passagiere erfolgreich versorgt und haben die Havarie überlebt. Zur Unterstüt-

zung der Einsatzführung und Rettungsmitteldisposition waren während des gesamten Einsatzes verschiedene Drohneneinheiten im Einsatz, die stetig dem Führungsstab und den Besuchern zugespielten Livebilder der Lage überzeugten auch die letzten Skeptiker vom großen Nutzen dieser neuen Technik für den Bevölkerungsschutz.

Sie waren für den Führungsstab eine hilfreiche Ergänzung zu den Meldungen der Einheiten, ermöglichten eine dynamische Beobachtung der verschiedenen Rettungsmittelpositionierungen zeigten auftauchende Probleme (Stau usw.) und ermöglichten eine Übersicht über die Positionen und räumlichen Ausmaße verschiedener Behandlungsschwerpunkte.

Nach der Übung fand ein reger Austausch unter allen Beteiligten statt. In einem moderierten „Abspann“ im Festzelt wurde Resümee gezogen. ASB-Präsident Franz Müntefering zeigte sich begeistert: „Es zeigt sich heute einmal mehr, wie stark unser Bevölkerungsschutz ist, der überwiegend von Ehrenamtlichen getragen wird, die uns durch ihr Engagement und Herzblut alle schützen. Ich sage heute auch: Wir als Gesellschaft müssen mehr für die Anerkennung und Wertschätzung im Ehrenamt tun.“

Erfahrungen für die Zukunft nutzen

Aus den Ergebnissen der Übung insgesamt lassen sich vielfältige Schlüsse ziehen. Zum einen konnten sowohl jeder einzelne Teilnehmer als auch die diversen Einheiten als Gruppe verschiedene Punkte ihres eigenen Einsatzes reflektieren und nachbearbeiten. Zum anderen sollen die vielfältigen Ergebnisse u. a. in die Aus- und Weiterbildungen des ASB einfließen, um diese weiter zu optimieren. Darüber hinaus lassen sich aus den gemachten Erfahrungen auch verbandsübergreifende Folgerungen im Hinblick auf verbesserungswürdige Aspekte einer überregionalen Zusammenarbeit ziehen. Hierzu wird ein „Lessons Learned“-Prozess innerhalb des ASB folgen. Wichtige Erfolgsfaktoren dieser ASB-Bundesübung waren die hervorragende Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden und Institutionen sowie die wertvolle Unterstützung durch zahlreiche lokale Helferinnen und Helfer.

Insgesamt demonstrierte das ASB-Übungswochenende am Störnthaler See die umfangreiche Leistungsfähigkeit des ASB im Bevölkerungsschutz. Der Erfolg der Übung spiegelt sich auch im durchweg positiven Medienecho wider. Diese Bundesübung hat gezeigt, wie wichtig es ist, die Kompetenzen im Bevölkerungsschutz praxisnah zu üben und die länderübergreifende Zusammenarbeit zu erproben. Dies wird der ASB in Zukunft regelmäßig alle zwei bis drei Jahre machen; der Bundesverband stellt hierfür gerne die Mittel und Ressourcen zur Verfügung.

*Michael Schnatz / Leiter des Referates Bevölkerungsschutz
beim ASB-Bundesverband*

Vom Ehrenamt fürs Ehrenamt

Es ist eine besondere Herausforderung, Ausbildungsmedien für das Ehrenamt im THW zu gestalten: Die Teilnehmenden an der Grundausbildung und den verschiedenen Spezialisierungen bringen unterschiedliches Vorwissen mit – ebenso wie der ehrenamtlichen Ausbilderinnen und Ausbilder. Außerdem müssen die Inhalte genau auf die Aufgaben und Erfordernisse im THW zugeschnitten sein.

Wie lassen sich komplexe Themen für diese Ausbildungssituation verständlich, ansprechend und mit hoher Qualität praxisnah aufbereiten? Die Antwort für die neuen Ausbildungsmedien des THW liegt nahe: durch die Ehrenamtlichen selbst. Das THW ist für jede und jeden offen, doch in den Fachgruppen engagieren sich auch viele Spezialistinnen und Spezialisten. Mit ihren beruflichen Erfahrungen bringen sie wichtiges Knowhow ins THW ein – und die ehrenamtlichen Autoren und Autorinnen stellen es zudem allen anderen THW-Kräften zur Verfügung.



Der Ausbildungsmedienkoffer des THW.
(Foto: THW)

Mit vollem (Zeit-)Einsatz fürs THW

Zu ihnen gehört Frank Blockhaus aus Hückelhoven. Der 57-Jährige ist beruflich im Bauwesen selbstständig und engagiert sich als Baufachberater sowie in der Schnell-Einsatz-Einheit Bergung Ausland (SEEBA) im THW. Seit etwa sechs Jahren arbeitet er außerdem an Lehr- und Lernmaterialien für die Fachausbildung Bergung mit.

In einem Team mit sieben anderen Autorinnen und Autoren stellt Frank Blockhaus seine Expertise und Zeit zur Verfügung. Das Team trifft sich viermal im Jahr. Zeit fürs Schreiben nimmt er sich nach Feierabend oder am Wochenende. „Wir sind anfangs mit viel mehr Leuten gestartet, aber viele unterschätzen, wie zeitaufwendig das ist.“ Außerdem sei das Schreiben eben nicht jedermanns Sache. Für Frank Blockhaus lohnt sich die Arbeit dennoch: „Früher wurde im Ortsverband mit den verschiedenen Medien der Ausbildungszentren, der THW-Leitung und möglicherweise noch eigenen Materialien ausgebildet. Jetzt gibt es

Standardwerke und damit für alle die gleichen Grundlagen. Das hebt natürlich die Qualität der Ausbildung insgesamt.“



Erfolgreich lernen im THW.
(Foto: Michael Matthes)

Wie Frank Blockhaus wünscht sich Dr. Barbara Blanckmeister, Referatsleiterin in der THW-Leitung in Bonn, zuständig für Ausbildungsgrundlagen und -medien, dass noch mehr Fachleute sich für dieses Ziel engagieren. „Die Auswahl an Autorinnen und Autoren, die fachlich qualifiziert sind, Freude am Schreiben haben und ein umfassendes Wissen über das THW mitbringen, ist naturgemäß begrenzt“, sagt Barbara Blanckmeister. Umso wertvoller ist die Arbeit von ehrenamtlichen Fachkräften wie Frank Blockhaus für das THW und seine Helferinnen und Helfer.

Qualität in der Breite

Jeder THW-Ortsverband kann relativ eigenständig über die Art und Weise entscheiden, wie die Grundausbildung absolviert werden kann – solange die vorgegebenen Inhalte vermittelt werden und die Qualität stimmt. Die neuen Ausbildungsmedien sollen in allen 668 THW-Ortsverbänden für die einheitliche Lehraussage sorgen. Oberstes Ziel ist dabei die Vermittlung von Handlungskompetenz im Umgang mit der THW-Ausstattung im Kontext anspruchsvoller Einsatzsituationen. Dafür werden aktuell neben Lehrbüchern, Präsentations- und Arbeitsmaterialien für mehr als 20 Fachthemen erarbeitet.

An den Neuauflagen wirken mehr als 50 Autorinnen und Autoren mit, einige davon engagieren sich gleich in mehreren Autorentams. Sie arbeiten für eine qualitativ hochwertige Ausbildung mit gleichen Standards in allen Ortsverbänden. Denn nur, wer gut und umfassend ausgebildet ist, kann im Einsatz sicher und erfolgreich handeln.



Katamaran kentert auf dem Bostalsee mit über 30 Personen an Bord



Ein Taucheinsatz durch Einsatzkräfte der Seeverwaltung wird im Bereich des Havaristen durchgeführt.
(Foto: DLRG)

Am Pfingstmontag 2018 kenterte am Bostalsee die zehn Meter lange und etwa drei Meter breite „Arche Noah“. Der privat betriebene Solarkatamaran, der Rundfahrten auf einem der größten Binnenseen im Südwesten Deutschlands angeboten hatte, war mit über 30 Personen besetzt. Ein Großeinsatz für die Kräfte der DLRG-Wasserrettung und der Hilfsorganisationen im Landkreis St. Wendel war die Folge.

Einsatzverlauf und Einsatzabwicklung

Bei sonnigem Wetter und einer Wassertemperatur von 19° C kentert am Pfingstmontag 2018 gegen 16:00 Uhr der Katamaran „Arche Noah“ auf dem Bostalsee, nachdem er gerade vom Anlegepunkt in der Nähe des Strandbades Gonneseiler abgelegt hat und sich etwa 10 Meter vom Ufer entfernt befindet. Die Ursache ist noch nicht abschließend geklärt.

Jedoch befinden sich zum Zeitpunkt des Unfalls über 30 Personen, darunter Kinder und gehbehinderte Gäste, an Bord des Schiffes. Alle Personen gehen über Bord und stürzen ins Wasser, das an dieser Stelle eine Tiefe von 1,50 bis 2 Meter hat.

Der etwa 200 Meter entfernte, zum Strandbad Gonneseiler gehörende Wachturm ist zu diesem Zeitpunkt mit zwei DLRG Rettungsschwimmern besetzt. Zusätzlich befindet sich ein DLRG Motorrettungsboot mit drei Einsatzkräften am dazugehörigen Anleger. Diese erkennen die Notsituation und leiten nach Meldung an den Wachführer erste Rettungsmaßnahmen ein.

Notrufe werden durch umstehende Passanten abgesetzt, so dass schnell und in großem Umfang weitere Einsatzkräfte durch die Integrierte Leitstelle Saar zur Einsatzstelle entsandt werden. Hierzu zählen mehrere Löschfahrzeuge der umliegenden Feuerwehren, mehrere Rettungswagen, ein Notarzteinsetzfahrzeug, sowie der Rettungshub-

schrauber „Christoph 16“ und die DLRG-Wasserrettungseinheit St. Wendel. Der diensthabende Wachführer der Wachstation entsendet ebenfalls weitere DLRG Einsatzkräfte mit Motorrettungsbooten.

Vor Ort zeigt sich, dass über 30 Personen ins Wasser gestürzt sind. Die meisten können das Ufer selbstständig oder mit Hilfe von Rettungsschwimmerinnen und Rettungsschwimmern und Passanten erreichen. Eine Person ist unter dem havarierten Katamaran eingeschlossen. Eine Sofortrettung wird durch die ersteingetroffenen Einsatzkräfte der DLRG eingeleitet und die Person kann ohne Verletzungen an Land gebracht werden. Ob sich noch weitere Personen unter dem Katamaran befinden, ist zu diesem Zeitpunkt noch unklar. Daher wird ein Taucheinsatz durch Einsatzkräfte der Seeverwaltung im Bereich des Havaristen durchgeführt. Es werden keine weiteren Personen gefunden.

Zeitgleich wird unmittelbar am Ufer eine Patientenablage eingerichtet, in der eine Erstsichtung unter anderem durch einen Notfallsanitäter der DLRG Wachmannschaft erfolgt. Eine weitere Erstversorgung der Patienten erfolgt im Anschluss durch Rettungsschwimmer der DLRG, den schnell eintreffenden Kräften des öffentlichen Rettungsdienstes, und der zusätzlichen SEG-Kräfte des DRK Kreisverbandes St. Wendel. 15 Patienten, davon 6 Kinder, werden nach Sichtung und Behandlung durch Notärzte und Rettungsdienstpersonal in umliegende Krankenhäuser gebracht. Alle Betroffenen sind nur leicht verletzt.

Die Bergung des gekenterten Wasserfahrzeuges gestaltet sich in der Folge kompliziert. Auch gemeinsam mit zusätzlichen Einsatzkräften der Feuerwehr und des THW kann

das Schiff nicht wieder aufgerichtet werden. Nach mehreren erfolglosen Versuchen wird der Einsatz bei einbrechender Dunkelheit um 21:30 Uhr abgebrochen. Eine Bergung erfolgt vier Tage nach dem Unglück durch eine auf Schiffsbergungen spezialisierte Firma. Am Tag nach dem Unfall wurde die Einsatzstelle durch Einsatztaucher der DLRG Wasserrettungseinheit und Taucher der Bereitschaftspolizei des Saarlandes nach persönlichen Gegenständen der Betroffenen abgesucht.

Fazit und Ausblick

Ein Einsatz, der insgesamt glimpflich ausgegangen ist, aber auf drei Aspekte deutliche Schlaglichter wirft:

Erstens zeigt er, wie wichtig gerade die Absicherung von Gewässern mit Badestellen und Wasseraktivitäten durch einen stationären Wasserrettungsdienst ist. Nur wenige Meter weiter hätte sich die Wassertiefe anders gestaltet, eine Selbstrettung von Kindern und Menschen mit Handicap wäre schwierig gewesen. Eine schnelle Verfügbarkeit von Einsatzkräften der Wasserrettung rettet dann Leben.

Zweitens zeigt er, dass ergänzende Wasserrettungseinheiten als Teil der allgemeinen Gefahrenabwehr und des Katastrophenschutzes mit ihren Fähigkeiten – z. B. einen Taucheinsatz durchzuführen – eine wichtige Ergänzung des Hilfeleistungssystems eines Landkreises darstellen.

Drittens wurde deutlich, dass in der Zusammenarbeit der Feuerwehren, der Hilfsorganisationen und des THW, die auf eingeübten Strukturen und verbindlichen Absprachen zurückgreifen können, ein wesentlicher Erfolgsfaktor für eine komplexe Einsatzlage wie diese liegt.



Feuerwehr fordert: „Schützen Sie uns vor Gewalt“

Die 65. Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) hat in Erfurt (Thüringen) die Resolution „Unsere Einsatzkräfte – unsere Sicherheit! Nein zur Gewalt gegen Feuerwehrangehörige“ beschlossen. „Der Respekt und die Unterstützung der Einsatzkräfte der Feuerwehren und Rettungsdienste haben in den letzten Jahren immer mehr nachgelassen. Einsatzkräfte werden häufiger bei der sachgerechten Ausübung ihrer Tätigkeit behindert und sogar verbal

und körperlich angegriffen“, verdeutlichen die 170 Delegierten aus ganz Deutschland. „Wir fordern daher die Gesellschaft, insbesondere Politik, Justiz, Bevölkerung und Medien, dazu auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen und uns vor Gewalt zu schützen“, so die Forderung.

Die 65. Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes fordert **mehr Respekt vor Einsatzkräften**: „Feuerwehrmänner und -frauen sind zur Stelle, wenn Menschen



Die 65. Delegiertenversammlung des DFV in Erfurt.
(Foto: M. Oestreicher)

in Not sind. Sie riskieren dabei sowohl in der Brandbekämpfung als auch im Rettungsdienst uneigennützig und oftmals im Ehrenamt ihr eigenes Leben. Als zentrale Säule der Gefahrenabwehr ist die Feuerwehr auf Unterstützung und Respekt bei der Ausübung ihrer Aufgaben angewiesen“, heißt es in der Resolution. Der Schutz von Feuerwehrangehörigen sei daher für ein funktionierendes Feuerwehrewesen wie auch das Gemeinwesen insgesamt unerlässlich.

Die Delegierten fordern auf, die unterschiedlichen Kampagnen und Projekte zur **Sensibilisierung der Bevölkerung** in einer bundesweiten, konzertierten und nachhaltigen Kampagne zusammenzuführen. „Durch eine derartige Kampagne sollte eine breite Debatte in der Öffentlichkeit ausgelöst und die Bürgerinnen und Bürger dazu motiviert werden, die sachgerechte Ausübung der Tätigkeit der Einsatzkräfte zu unterstützen“, so der Beschluss.

Um die **Wertevermittlung und Wertschätzung** zu verbessern, fordern sie eine starke Berücksichtigung von Bildungsangeboten zum Thema „Ehrenamt in schulischen Einrichtungen“ ein: „Bislang klären die Feuerwehren im Rahmen der Brandschutzerziehung über ihre Arbeit auf. Diese Angebote müssen erweitert werden, damit Kinder und Jugendliche ehrenamtliche Arbeit kennen und wertschätzen lernen.“

Die Delegiertenversammlung als oberstes Verbandorgan verlangt die Strafverschärfung und konsequente Strafverfolgung: „Um Gewalttaten zu verhindern und ein klares Signal setzen zu können, müssen verbale Bedrohungen und Gewaltaufrufe, die bislang unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit liegen, zwingend strafrechtlich verfolgt werden können“, heißt es in der Resolution. „Jeder Angriff auf Feuerwehrangehörige bedeutet auch eine Gefährdung unserer inneren Sicherheit und richtet sich damit auch immer mittelbar gegen den Täter und die Gesellschaft selbst. Es ist daher im Interesse der Gesellschaft, dass die Strafverfolgung und Aburteilung durch Gerichte in diesem Bereich konsequent erfolgt“, bekräftigen die Delegierten.

Die Resolution setzt sich für die Einrichtung einer zentralen bundesweiten Anlaufstelle für Betroffene von Gewalt ein. Man dürfe betroffene **Feuerwehrangehörige nicht im Stich lassen**: „Ziel ist die Etablierung einer flächendeckenden Be-

ratungsstruktur für Betroffene“, erklären die Delegierten. Gebraucht würden niedrigschwellige Meldeangebote für Vorfälle jeglicher Art. Außerdem solle der Dienstherr seinen Einsatzkräften Hilfsangebote zur Seite stellen – sei es in Form von rechtsberatender oder psychosozialer Unterstützung. Ebenfalls müsse im gebotenen Umfang für Aufklärungs- und Schulungsmaßnahmen Sorge getragen werden. Die Resolution wird vom Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag sowie dem Deutschen Städte- und Gemeindebund mitgetragen. Sie steht unter www.feuerwehrverband.de/keinegewalt.html online zum Download.

Vorausgegangen waren der Resolution ein Positionspapier des DFV-Präsidiums sowie die Möglichkeit zur basisdemokratischen Mitarbeit für alle Feuerwehrangehörigen in Deutschland.

Begleitend gibt es einen Online-Clip sowie Aufkleber, die unter www.feuerwehrverband.de bestellt werden können. Unterstützt wird die Kampagne durch das Projekt „Faktor 112“ im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat.

„Feuerwehrleute setzen sich täglich der Gefahr aus, im Einsatz, zum Schutz der Menschen, selber verletzt oder gar getötet zu werden. Da sind tätliche Angriffe gegenüber Feuerwehrleuten unverzeihlich, und die Gesellschaft hat sich schützend vor uns zu stellen“, verlangte DFV-Präsident Hartmut Ziebs.

„Rettungsmaßnahmen dauern ihre Zeit. Wir wollen professionell helfen. Jeder Fehler kann tödlich sein. Aber wir haben nicht die Zeit, uns noch einen Parkplatz zu suchen. Es kann daher vorkommen, dass wir die Straße blockieren. Es ist in solchen Situationen nicht cool, die Rettungskräfte anzupöbeln. Das beschleunigt nicht unsere Arbeit“, so DFV-Vizepräsident Lars Oschmann bei seinem bewegenden Appell zum Thema „Gewalt gegen Einsatzkräfte“. „Bei aller Individualität darf man nicht vergessen, dass die Gesellschaft nur funktioniert, wenn alles zusammenspielt“, erklärte Oschmann.

„Ich bin fest davon überzeugt, dass die Menschen bei Einführung eines allgemeinen Dienstpflicht-Jahres dann auch wieder mehr Respekt gegenüber den Feuerwehrleuten im Einsatz zeigen werden“, erklärte Hartmut Ziebs. Für ihn stehe hierbei im Mittelpunkt, „dass wir junge Menschen wieder verstärkt an die Gesellschaft und die Gemeinschaft heranführen können“, so der DFV-Präsident.

„Feuerwehrleute sind immer mehr Gewalt ausgesetzt. Diesem Geschehen ist mit allen Möglichkeiten des staatlichen und zivilgesellschaftlichen Handelns entgegenzuwirken – von konsequenter Anwendung des verschärften Strafrechts bis hin zur Prävention“, bekräftigte Udo Götze, Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales. Er erklärte, dass für eine gesamtgesellschaftlich verstandene Kriminalprävention die Koordination von Aufgaben verschiedener Träger notwendig sei.

„Wir brauchen eine gute Vernetzung, um Ihnen in Ihrer täglichen Arbeit zu helfen“, wandte er sich an die Delegierten.

(sda)



Zusammen stark

Biwak für Einheiten des Zivil- und Katastrophenschutzes Mecklenburg-Vorpommern

Über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Ausbilderinnen und Ausbilder der unterschiedlichsten Einsatzeinheiten aus ganz Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Brandenburg und Polen, führten vom 05. - 07.10.2018 ihre Einsatztechnik auf den Truppenübungsplatz Jägerbrück bei Eggesin. Das Veranstaltungsziel bestand in der Ermittlung des Einsatzwertes der vorhandenen Zivil- und Katastrophenschutztechnik und in der Erprobung des autarken Arbeitens bei eingeschränkter bzw. fehlender Infrastruktur, wie es auch in Großschadenslagen und Katastrophen der Fall sein kann. Ein weiteres Anliegen war es, die Standortausbildungen in den einzelnen Gliederungen zu unterstützen und für ein einheitliches Ausbildungsniveau, ja sogar eine einheitliche und hilfsorganisationsübergreifende Sprache, Verständnis und Standards, zu sorgen.

Nach einem Jahr der Vorbereitungen war es endlich soweit – am Freitagnachmittag erreichten die ersten der über 200 Teilnehmer den Übungsraum Rieth. Der ausgewählte Veranstaltungsort ist Bestandteil des im November letzten Jahres vom Standort- zum Truppenübungsplatz hochgestuften Militärgeländes Jägerbrück, der sich im nordöstlichsten Zipfel der Bundesrepublik, etwa 10 km entfernt von der polnischen Grenze befindet.

Trotz der dezentralen Lage und der damit verbundenen mehrstündigen Anfahrt folgten Einheiten aus den unterschiedlichsten Fachbereichen, wie den Betreuungs-, Sanitäts- und den Wassergefahrenzügen Mecklenburg-Vorpommerns, Teileinheiten der Medical Task Forces und Einsatzkräfte des Kreisaukunftsbüros sowie Hundeführer und Helfer ohne Hund der Rettungshundestaffeln der Einladung des DRK-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Nach erfolgreicher und dem Realeinsatz nachempfunder Registrierung, die durch Einsatzkräfte des Kreisaukunftsbüros unterstützt wurde, begann der koordinierte Aufbau der rund 30 Unterkunfts- und Ausbildungszelte. Besonders die arbeitsschutzrechtlichen Bestimmungen und das sichere Verankern der Zelte gegen Windlast wurde durch fachkundige AusbilderInnen überwacht und führte an der ein oder anderen Stelle schon zu ersten Lerneffekten. Nachdem dieser Pflichtteil abgeschlossen war, folgte für alle ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer eine teambildende Gruppenaufgabe rund um die Verpflegung. Mithilfe von holzbefeuerten Gulaschkanonen muss-

ten die Teilnehmer eigenständig ihre Abendverpflegung zubereiten. Als um 23:45 Uhr das letzte der über 80 Einsatzfahrzeuge den Biwakraum erreichten, versorgten schon zwei 50 kVA Netzersatzanlagen den gesamten Übungsbereich mit ausreichend Energie. Bei 10°C wurde ein Großteil davon für die Heizgeräte in den Unterkunfts Zelten und für die Beleuchtung des gesamten ca. 1,5 Hektar großen Bereiches benötigt.

Der nächste Morgen begann mit einem gemeinsamen Frühstück, welches ab 05:30 Uhr vor Ort durch die parallel stattfindende Feldkochausbildung für Einheiten des Zivil- und Katastrophenschutzes unter der Leitung von Landesausbilderin Annett Kett zubereitet wurde.

Mit einem Appell der DRK-Landesbereitschaftsleitung Mecklenburg-Vorpommern wurde der Hauptausbildungstag offiziell eröffnet.

Aufgrund der Vielzahl der Teilnehmer wurden nahezu alle Standortausbildungen doppelt angeboten. So standen jeweils zwei Module in der Grundausbildung Technik und Sicherheit, Einsatz, Betreuung zur Verfügung. Weiterhin wurde das Modul erweiterte Erste Hilfe durchgeführt. Darüber hinaus wurde erstmalig ein umfangreicher Pilotlehrgang zum Thema Erste Hilfe Outdoor durchgeführt. Weitere 20 HelferInnen folgten dem wohl skurrilsten Ausbildungsangebot. Unter dem Motto: „ZOMBIEAPOKALYPSE, Was nun?“ wurden verschiedenste Survivaltechniken vermittelt. Dazu zählte nicht nur der Bau von Notsheltern im Wald, sondern auch Fähigkeiten zur Trinkwasseraufbereitung, dem Feuermachen, dem Sammeln von essbaren Pflanzen und dem Fallenbau.

In den weitläufigen Waldgebieten des Truppenübungsplatzes übten unter optimalen Bedingungen parallel Kameradinnen und Kameraden der Rettungshundestaffeln M-V die Flächen- und Mantrailsuche. Zeitgleich begaben sich Helfer der Wassergefahrengruppen bestehend aus Kameradinnen und Kameraden der DRK-Wasserwacht und der DLRG mit ihren Rettungsbooten auf einen umfassenden Ausbildungsparcours. Nach praktischen Fortbildungs-



Gruppenbild KFZ-Lehrbahn.



Kameradschaftspflege.
(Fotos: Hannes Klaus)

themen rund um die Logistik, standen koordinierte Rettungsübungen, Fahrmanöver und die Personensuche auf dem Stettiner Haff auf dem Programm. Insgesamt 14 Helfer und Helferinnen frischten in einer umfangreichen Sanitätsfortbildung ihr Wissen auf. Für realistische Übungsbeispiele wurde ebenfalls gesorgt. Vertreter des Jugendrotkreuzes präparierten nach dem Regelwerk der „Realistischen Unfalldarstellung“ Betroffene für den praktischen Teil der Ausbildung.

Jahreshöhepunkt für jeden Kraftfahrer bestand wohl in der angebotenen Kraftfahrerfortbildung. Die dankenswerte Freigabe zur Nutzung der angrenzenden Bundeswehrgeländelehrbahn führte zu einer intensiven Schulung von 25 Kraftfahrern und Maschinisten. Dabei wurde unter anderem der richtige Einsatz von Differenzialsperren, dem

Anfahren am Berg und dem Abschleppen mithilfe einer Abschleppstange ausführlich geübt. Besondere Sicherheitserkenntnisse ergaben sich an der letzten Station. Mithilfe einer Spiegel-Einstellplane, die durch die Firma Hoyer zur Verfügung gestellt wurde, lernten die Fahrer nicht nur die richtige Position und Einstellungsmöglichkeiten der LKW-Fahrzeugspiegel und die Ausmaße des toten Winkels kennen, sondern es gab auch zahlreiche Tipps und Tricks zur Ladungssicherung, zu Lenkradeinstellungen und der richtigen Sitzposition in der Fahrgastzelle.

Nach über 8 Stunden endete gegen 17.30 Uhr der Ausbildungsbetrieb. Die zahlreichen Sonnenstunden und die frische Luft weckten bei der Helferschaft großen Hunger. Dieser konnte durch ein gemeinsames Grillen zügig gestillt werden. Im Anschluss nutzten viele Teilnehmer bei einem gemeinsamen Kameradschaftsabend, bei Lagerfeuer und Musik die Möglichkeit, sich über die Erlebnisse des Tages auszutauschen.

Als krönender Abschluss des Biwaks stand am Sonntagvormittag eine letzte Übung an. Unter Leitung von Torsten Wende, Mitglied der Landesbereitschaftsleitung, rückten alle Fahrzeuge geschlossen aus dem Übungsraum Rieth ab und begaben sich mit Blaulicht als geschlossener Verband an den 30 km entfernten Standortübungsplatz Stallberg, wo nach einem Abschlussappell die Fahrt Richtung Heimat angetreten wurde.

Ein besonderer Dank entrichten wir an dieser Stelle an die Bundeswehr, das Landesamt für Zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand und Katastrophenschutz M-V (LPBK), an die Glücksspirale und die Kameradinnen und Kameraden des DRK-Kreisverbandes Uecker-Randow.

Hannes Klaus

**DIE
JOHANNITER**



Impulse zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes

Eine Anregung zur Diskussion

Der Bevölkerungsschutz in Deutschland ist ein „Vorzeigemodell“ – von vielen anderen Staaten mit Bewunderung bestaunt. Aber kein „Selbstläufer“!

Die Bewahrung und Fortentwicklung des deutschen Systems erfordert ständige Anpassungen und Weiterentwicklungen.

Die Johanniter beschreiben sieben Aufgaben, die es besonders zu beachten gilt:

1. Gleichstellung von Einsatzkräften von Feuerwehr / THW zu den anderen Hilfsorganisationen,
2. Förderung des Ehrenamtes in den Einsatzdiensten,
3. Aufbau der fachlichen Spezialfähigkeit der Betreuung unverletzt Betroffener,
4. Stärkung der Interoperabilität der Einheiten bei länderübergreifenden Einsätzen,
5. Stärkung der sozialen Absicherung bei Unglücksfällen von Einsatzkräften bei Einsätzen,
6. Stärkung der Selbsthilfefähigkeit / Resilienz der Bevölkerung und
7. Förderung der Einsatzoptionen in den Regionen nach erforderlichen Bedarfen.

Im Vergleich zwischen den staatlichen Bevölkerungsschutzorganisationen Feuerwehr und THW zeigt sich weiterhin, dass vor allem bei der täglichen Gefahrenabwehr noch eine gravierende Ungleichbehandlung vorliegt. Das betrifft sowohl die Option der „Freistellung bei Einsätzen“ als auch der Refinanzierung der Einsatzkosten. Hier sind nach Auffassung der Johanniter auch schnell unbürokratische Lösungen denkbar, wenn die maßgeblichen Akteure (vor allem die Kostenträger) hier flexibel und an der Sache orientiert den Vorschlag unterstützen und mittragen würden.

Die Förderung des Ehrenamtes wird in politischen Statements von allen Verantwortlichen immer betont. Zu beachten ist aus Sicht der Johanniter, dass das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz andere Herausforderungen und Belastungen bedeutet als andere Freiwilligendienste. Das macht sich beispielsweise an der ständigen Erreichbarkeit (24/7) und der Tätigkeit in gefahrgeneigten Situationen (Rettung aus schwierigem Gelände etc.) deutlich. Das besondere Engagement sollte nach Meinung der Johanniter vor allem lokal gefördert und gestärkt werden, beispielsweise durch lokale Repräsentanten. Auch stellt die Diversitäts-Förderung eine große Aufgabe dar. Diversität in diesem Falle umfassend verstanden als Mitwirkung von allen gesellschaftlichen Gruppierungen (Geschlecht, Alter, kulturellem Hintergrund etc.). Nicht zuletzt stellen auch finanzielle Anreize eine Möglichkeit dar, das Ehrenamt zu fördern (z. B. Ermäßigungen bei Veranstaltungen, Anrechnung Ehrenamt auf Studienleistungen etc.).

Alle Leistungsträger (Bund, Länder, Kommunen und Hi-Org) sollten das lange vernachlässigte Feld der Betreuung unverletzt Betroffener wieder stärker entwickeln. Im Ver-

gleich zur medizinischen Rettung, in der in den letzten Jahrzehnten ständige konzeptionelle, technische oder ausbildungsbezogene Fortentwicklungen stattfanden, bleibt der Betreuungsdienst „Stiefkind“ in der Betrachtung. Dabei sind die Herausforderungen auch hier stetig gewachsen (demografische Entwicklung, Entleerung in der Fläche etc.). Um den Ehrenamtlichen in diesem Fachdienst Anerkennung und Wertschätzung zu geben, müssen hier dringend moderne Konzepte und Aus- und Fortbildungen entwickelt werden.

Die deutsche Struktur des Föderalismus hat sich bewährt. Allerdings hat auch diese Medaille zwei Seiten – und im Bereich des Bevölkerungsschutzes bedeutet die Vielfalt in den Ländern den Nachteil, dass bei länderübergreifenden Einsätzen die Kompatibilität schwierig ist. Daher empfiehlt die JUH hier eine Entwicklung interoperabler Standards.

Das Land Brandenburg hat es gezeigt: kommen Einsatzkräfte bei Einsätzen zu Schaden, tritt das Land auch hinsichtlich der finanziellen Absicherung der Angehörigen in die Pflicht. Eine solche Regelung wünschen wir uns auch in allen anderen Bundesländern!

Trotz der über 1,3 Millionen ehrenamtlichen Einsatzkräfte im Bevölkerungsschutz muss der Einzelne in der Gesellschaft auch Verantwortung übernehmen, Kompetenzen übernehmen. In der aktuellen Debatte zur Stärkung der Notfallversorgung hat der Sachverständigenrat im Gesundheitswesen u. a. gefordert, die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung zu stärken. Im Bevölkerungsschutz gilt ähnliches. Jeder Einzelne muss Kompetenzen und Informationen haben, wie er sich im Schadenfall verhalten soll, wie er vorsorgt und wie er sich und anderen helfen kann. Da reichen nach Auffassung der Johanniter keine Broschüren. Hier sind moderne Bildungs- und Erlebniskonzepte zur Vermittlung der Inhalte gefordert.

Zum Schluss müssen sich alle Einsatzorganisationen angesichts der demografischen Entwicklung auch selbstkritisch die Frage stellen, wie sie zukünftig ihre Vorhaltungen (z. B. Schnell-Einsatz-Gruppen) organisieren wollen. Wir empfehlen allen Beteiligten eine abgestimmte Bedarfsplanung für alle Fachdienste im Bevölkerungsschutz, damit kein Fehlbedarf oder „ungesunde Konkurrenz“ entstehen kann.

Das vollständige Papier „Impulse zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes (Zivil- und Katastrophenschutz)“ finden Sie hier: <https://www.johanniter.de/dienstleistungen/im-notfall/bevoelkerungsschutz/>.



Malteser
... weil Nähe zählt.

Ankommen in der Gesellschaft

In der Flüchtlingsarbeit rückt die eigentliche Integration in den Vordergrund



Die mobile Fahrradwerkstatt der Bremer Malteser fährt Flüchtlingsunterkünfte und Treffpunkte an, um gemeinsam mit den Geflüchteten Fahrräder zu reparieren und für den Straßenverkehr sicher zu machen. (Foto: Malteser Bremen)

Rund 60.000 Menschen sind im Jahr 2016 laut den Zahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge pro Monat als Asylsuchende nach Deutschland gekommen. Im ersten halben Jahr 2018 waren es monatlich noch rund 15.000, die in den Einrichtungen des Bundes, der Länder und der Kommunen Aufnahme gefunden haben. 2016 haben die Malteser an die 170 dieser Einrichtungen betrieben. Heute sind es noch etwa 60, wovon die meisten die Malteser Werke

führen, einige sind noch beim Malteser Hilfsdienst, aber auch diese laufen entweder aus oder gehen einer Entscheidung im Malteser Verbund zufolge in die Trä-

gerschaft der Malteser Werke als angestammter Betreiber der stationären Migrationseinrichtungen über.

Doch was ist mit den rund 1,4 Millionen Geflüchteten, die heute bereits in Deutschland leben? Während es in den Jahren 2015 und 2016 erst einmal darum ging, den Ankommen Obdach, Essen und eine medizinische Versorgung zu geben, liegt der Schwerpunkt heute auf den individuellen Hilfen zur Integration in unsere Gesellschaft. Und da haben die Malteser viel zu bieten.

So sind etwa die von der Bundesregierung finanziell geförderten Integrationslotsen der Malteser eine Erfolgsgeschichte. An 100 Standorten in Deutschland koordinieren Hauptamtliche rund 750 Projekte, in deren Rahmen sich gut 4.000 Ehrenamtliche in vielfältiger Weise für 16.000 geflüchtete Menschen engagieren. Da gibt es gemeinsames Kochen und Musizieren, Fahrradwerkstätten, Lese- und Schreib- Trainings als Ergänzung zu den Sprach- und Integrationskursen, wöchentliche Mal-Treffen von geflüchteten und einheimischen Kindern, interreligiöse Stadtführungen mit Menschen aus aller Welt, Exkursionen mit Geflüchteten in Museen, Jobmentoren-Programme und immer dazu die kontinuierliche individuelle Begleitung und Betreuung der geflüchteten Einzelpersonen und Familien durch die Integrationslotsen. Besonders haben die Ehrenamtlichen spezielle Gruppen unter den Geflüchteten wie Schwangere, junge Männer oder junge Frauen im Blick,

unterstützen sie bei der Arbeitsmarkt-Integration und helfen bei der Wohnungssuche.

Oft beispielhaft schaffen die Malteser Werke – neben dem Betrieb ihrer stationären Einrichtungen, zu denen auch solche für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gehören – in diversen Projekten die Grundlagen für eine gelingende Integration. So etwa im hochwertigen Deutschunterricht mit selbstentwickeltem Material und professioneller Lehrbesetzung unter dem Titel „Deutsch von Anfang an“. Oder im Jobscreening- Projekt „First Step“, in dem sie Geflüchtete über Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitsmarkt informieren, mit ihnen gemeinsam ihre Stärken und Kompetenzen herausfinden und ihnen beim Erstellen eines Lebenslaufs helfen. Oder als Multiplikatoren, indem sie in Zusammenarbeit mit der Katholischen Hochschule Mainz unter dem Titel „Integrato“ Menschen, die professionell mit Geflüchteten arbeiten, eine qualifizierte, achtteilige Fortbildung anbieten.

Christoph Zeller

Aus der Malteser Flüchtlingsarbeit

- In allen vier Flüchtlingsunterkünften in Stuttgart feierten die Malteser mit den Bewohnern ein Sommerfest und nutzten die Gelegenheit, den Integrationslotsen und unterstützenden Freundeskreisen zu danken.
- Mit Mobilteams engagieren sich die Malteser im Erzbistum Köln verstärkt in der dezentralen Betreuung und Unterstützung von Geflüchteten in den Kommunen. Je nach Bedarf sind bis zu drei Malteser Fachkräfte im städtischem Auftrag an fünf Tagen in der Woche in den Standorten Bornheim, Wesseling und Rheinbach präsent.
- In einem diözesanen Fortbildungstag zum Thema „Flucht und Trauma bei Jugendlichen“ gaben die Eichstätter Malteser nützliche Tipps und warben um Fingerspitzengefühl beim Umgang mit dieser sensiblen Gruppe unter den Geflüchteten.
- Da Flüchtlinge überproportional häufig Opfer von Ertrinkungsunfällen sind, organisierten die Malteser in Mainz zusammen mit dem Schwimmverein der Stadt einen Schwimmkurs für junge geflüchtete Männer.

Mehr Infos:

www.malteser.de/migration-fluechtlingshilfe.html

www.malteser-werke-ggmbh.de/migration.html

www.malteser-werke.de/integrato



ABC-Messstrategie im Landkreis München

ABC-Zug und Feuerwehr Hand in Hand

Freisetzungen luftgetragener Schadstoffe, vor allem in Gebäuden, führen bei den eingesetzten Einheiten des Bevölkerungsschutzes regelmäßig zu einem Dilemma: Einerseits muss die rasch eintreffende Feuerwehr die Schadstoffe von Personen fernhalten, wozu sie den betroffenen Bereich üblicherweise belüftet. Andererseits ist es eine wichtige Aufgabe der spezialisierten Einheiten des CBRN-Schutzes, die Schadstoffe zu identifizieren, um diese Information in die toxikologische Versorgung der bereits exponierten Personen einfließen zu lassen. Durch die Belüftung sind beim Eintreffen einer CBRN-Einheit jedoch häufig keine Schadstoffe mehr nachweisbar.

Dieses Problems hat sich der ABC-Zug München-Land angenommen. Das Ergebnis ist, dass die Regieeinheit den Feuerwehren eine Möglichkeit anbietet, bereits zu Beginn ihres Einsatzes Luftproben zu nehmen. Anhand dieser Luftproben können die Einsatzkräfte des ABC-Zuges im weiteren Einsatzverlauf Schadstoffe bestimmen, auch wenn sie in den betroffenen Räumen nicht mehr vorhanden sind. Zu Beginn der Entwicklung des Probenahmesystems haben die Experten des ABC-Zugs Anforderungen definiert, die sie bei kommerziell erhältlichen Lösungen nicht erfüllt sahen:

- wenig Wartungsaufwand: Die Systeme müssen bei den Feuerwehren längere Zeit ohne Wartung gelagert werden können
- wenig Ausbildungsaufwand: Die Feuerwehren akzeptieren die Systeme nur, wenn sie sich in der Ausbildung kaum damit beschäftigen müssen
- schnelle Einsetzbarkeit: Der Einsatz der Systeme darf die Feuerwehren nicht von ihrer Arbeit abhalten
- universelle Verwendbarkeit: Die genommenen Proben sollen für eine Vielzahl an Messgeräten des ABC-Zugs, aber auch etwaiger Sachverständiger geeignet sein.

Das Ergebnis der Entwicklung sind Luftprobenbeutel, die mit einer großen Spritze befüllt werden. Diese Beutel bietet der ABC-Zug den Feuerwehren in handlichen Kunststoffboxen an, die leicht auf Einsatzfahrzeugen verstaut werden können.

Jedes Set enthält zwei 1-Liter-Beutel aus dem Kunststoff ALTEF (einen für die zu analysierende Probe, einen für eine Probe der Umgebungsluft zum Abgleich), die durch eine Markierung einfach und deutlich unterschieden werden.

Inzwischen sind diese Probenahmesets flächendeckend im Landkreis München sowie in der weiteren Umgebung bis hin zur Werkfeuerwehr des Münchner Flughafens verteilt. Taktisch gehen die beteiligten Feuerwehren so vor, dass sie noch vor dem Belüften der betroffenen Räume eine Luftprobe nehmen. Das ist innerhalb weniger Sekunden durch den Angriffstrupp möglich. Beim Eintreffen des ABC-Zugs wird die Probe übergeben, sodass der ABC-Zug im An-



Auswertung der Luftprobenbeutel.
(Foto: ABC-Zug München-Land)

schluss die Schadstoffe, die in der Luft vorhanden waren, nachweisen kann. Frisches Verbrauchsmaterial wird vom ABC-Zug zu den Einsätzen mitgenommen, sodass die Feuerwehren nach einer Anwendung ihres Probenahmesets sofort Ersatz erhalten können. In Einsätzen bei unbekanntem Gerüchen und unerklärt auftretendem Unwohlsein von Personen konnte sich das System bereits gut bewähren. Der ABC-Zug München-Land hat das Projekt als Beitrag zum zehnjährigen Jubiläum der Helfenden Hand eingereicht. Die Regieeinheit aus dem Landkreis München stellt damit bereits zum fünften Mal eine innovative Entwicklung bei der Helfenden Hand vor. Im letzten Jahr erhielt sie für ihren Beitrag VirtuRAD zur Durchführung realistischer Strahlenschutzübungen den Sonderpreis des Bundesministers des Innern für technische Innovationen zur Förderung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz.

Oliver Meisenberg

Neuer „Retter in Orange“

29.10.2018. Bund übergibt neuen Zivilschutzhubschrauber an Freistaat Bayern

Horst Seehofer, Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat übergab am 29.10.2018 in Traunstein einen neuen ZSH an den Bayerischen Staatsminister des Innern und für Integration, Joachim Herrmann.



Der neue Zivilschutzhubschrauber für den Freistaat Bayern.
(Foto: Stroß, BBK)

Der neue ZSH löst den Vorgänger des Musters EC 135 T2i ab und ist statt mit einem Rettungstau mit einer Rettungswinde ausgerüstet. Diese Rettungswinde sowie verbesserte Leistungsparameter vor allem in Höhenregionen, machen die neue Maschine noch flexibler – gerade bei Einsätzen im Hochgebirge. 2019 soll die zweite Maschine des gleichen Musters an das Luftrettungszentrum Kempten übergeben werden. Auf dem Dachhangar des Luftrettungszentrums „Christoph 14“ machten sich die Gäste, zu denen auch Theo Zellner, Präsident des Bayerischen Roten Kreuzes und Landrat Siegfried Walch, Verbandsvorsitzender des Zweckverbands für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Traunstein, gehörten, ein Bild vom neuen Hubschrauber. Die gemeinsame Übergabe in Traunstein steht symbolisch für die gute Kooperation bei den Zivilschutz-Hubschraubern – im Fall Traunstein zwischen Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), der Bundespolizei (BPOL), dem Bayerischen Staatsministerium des Innern und für Integration (StMI), dem Bayerischen Roten Kreuz (BRK), dem Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Traunstein sowie dem Klinikum Traunstein.



Blick ins Publikum während der Veranstaltung.
(Foto: Matschke/Taheri, BRK)

„Diese Zusammenarbeit ist beispielhaft für das deutsche Bevölkerungsschutzsystem und ein Grund für seine Leistungsstärke. Für die wachsenden Herausforderungen im Zivil- und Katastrophenschutz braucht es solch starke Verbünde“, sagte der vor Ort ebenfalls anwesende BBK-Präsident Christoph Unger.

Internationale Projektarbeit

13.11.2018. Feierliche Übergabe von Ausstattung in der Ukraine

Der Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) Christoph Unger übergab im Beisein von Botschafter Dr. Ernst Reichel IT-Ausstattung für die Krisenmanagementausbildung sowie ein Infrarot-Fernerkundungsgerät SIGIS2 an Projektpartner in der Ukraine. Das Infrarot-Fernerkundungsgerät SIGIS2, das an den State Emergency Service übergeben wurde, ist ein abbildendes Ferndetektionssystem basierend auf der Kombination eines Infrarot-Spektrometers mit einem einzelnen Detektorelement und einem Scannersystem. Das Gerät dient der Identifikation, Quantifizierung und Visualisierung von Gefahrstoffwolken aus großen Entfernungen. Das Projekt wird seit 2016



BBK-Präsident Unger (Mitte) und Botschafter Dr. Reichel (links) mit General Chechotkin, Leiter des State Emergency Service of Ukraine (zweiter von rechts).
(Foto: SES)

durch das Auswärtige Amt (AA) gefördert und durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) umgesetzt. Es soll den ukrainischen Zivil- und Grenzschutz in die Lage versetzen, zeitgemäß und eigenständig auf chemische Gefahrenlagen zu reagieren.

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Provinzialstraße 93, 53127 Bonn
Postfach 1867, 53008 Bonn
redaktion@bbk.bund.de
<http://www.bbk.bund.de>

Redaktion:

Ursula Fuchs (Chefredakteurin),
Tel.: 022899-550-3600
Nikolaus Stein,
Tel.: 022899-550-3609
Petra Liemersdorf-Strunk,
Tel.: 022899-550-3613

Layout:

Nikolaus Stein
Petra Liemersdorf-Strunk

Bevölkerungsschutz erscheint vierteljährlich (Februar, Mai, August, November), Redaktionsschluss ist jeweils der erste Werktag des Vormonats.

Auflage:

30.000 Exemplare

Vertrieb und Versand:

Bevölkerungsschutz wird kostenfrei geliefert.
Bestellungen und Adressänderungen bitte an: redaktion@bbk.bund.de

Druck und Herstellung:

BONIFATIUS Druck · Buch · Verlag
Karl Schurz-Straße 26, 33100 Paderborn
Postf. 1280, 33042 Paderborn
Tel.: 05251-153-10
Fax: 05251-153-104

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird i. d. R. auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

Titelbild: P. Liemersdorf-Strunk unter Verwendung eines Fotos von pixabay.com

Heute: Die Franckeschen Stiftungen zu Halle, Sachsen-Anhalt



Schulstadt mit reformatorischen Ideen

Bildung für alle, die die individuellen Fähigkeiten jedes Kindes berücksichtigt. Bildung, unabhängig von Herkunft und sozialer Schicht. Bildung, die praxisnahes Lernen fördert.

Diese modernen Ideen haben bis heute ihre Gültigkeit. Sie wurden schon um 1700 von dem Theologen und Pädagogen August Hermann Francke (1663–1727) formuliert und in die Tat umgesetzt.

Vor den Toren der Stadt Halle errichtete Francke ab 1698 eine Waisen- und Bildungsanstalt, die sich innerhalb weniger Jahrzehnte zu einer ganzen Schulstadt und einem der bedeutendsten Bildungsstandorte Europas entwickelte. Für die Frühe Neuzeit waren nicht nur seine pädagogischen Konzepte sondern auch die Architektur der Franckeschen Stiftungen einzigartig und zukunftsweisend.

Das Realschulwesen in Deutschland mit seinem praxisnahen Ausbildungskonzept, die moderne Sozialfürsorge, die erste protestantische Mission, Millionen deutschsprachige Volksbibeln und die Verbreitung des preußischen Tugendkannons haben ihren Ausgangspunkt in den Franckeschen Stiftungen.



Historisches Waisenhaus, Halle
(Foto: Uwe Gaasch)

Die Kunst- und Naturalienkammer der Franckeschen Stiftungen

Im 17. und 18. Jahrhundert waren Kunst- und Naturalienkammern nichts Ungewöhnliches. In ganz Europa legten Adlige, aber auch Bürgerliche sogenannte „Wunderkammern“ an. Ihr Ziel war die Schaffung eines möglichst vollständigen Mikrokosmos zur Untersuchung der als „Wunder der Schöpfung“ wahrgenommenen Welt.

Auch August Hermann Francke legte Anfang des 18. Jahrhunderts zu Unterrichtszwecken eine solche Wunderkammer an. Schließlich wollte er seinen Schülern durch praktisch anschauliche Objekte aus aller Welt eine umfassende Sicht der Welt auf hohem Niveau bieten.

Nach und nach wurde aber klar, dass der ursprüngliche Anspruch einer allumfassenden Sammlung nicht erreichbar war. Viele Kammern wurden aufgelöst und Einzelstücke neuen, spezialisierten Museen zugeordnet. Die Kunst- und Naturalienkammer der Franckeschen Stiftungen aber blieb erhalten, wurde restauriert und ist heute zu besichtigen. 18 reich verzierte Sammlungsschränke dieser barocken Wunderkammer bergen heute ca. 3.000 Naturalien, Kuriositäten und volkskundliche Objekte.

Die Wunderkammer der Franckeschen Stiftungen gilt heute als der älteste noch erhaltene bürgerliche Museumsraum Deutschlands.

Bedeutung für das Kulturerbe der Menschheit

Seit 1991 werden die historischen Gebäude mit Unterstützung von Bund, Land und Stadt sowie von Stiftungen und Spendern saniert und mit einem am historischen Erbe orientierten Nutzungskonzept wieder aufgebaut. Heute sind dort wieder alle Bildungszugänge vertreten: von der Kinderkrippe über verschiedenste Schulformen bis hin zur Erwachsenenbildung und der Universität.

Die völkerrechtliche Konvention von Den Haag aus dem Jahr 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten, mit deren Umsetzung das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe beauftragt ist, stellt Kulturobjekte von hoher und höchster Bedeutung für das Kulturerbe der Menschheit unter besonderen Schutz. Für das Land Sachsen-Anhalt gibt es (noch) keine öffentlich zugängliche Liste solcher Objekte. Die Franckeschen Stiftungen sind aber aufgrund der wegweisenden Bedeutung für das Bildungswesen, weit über deutsche Grenzen hinaus, sicher ein herausragender Kandidat für eine solche Liste.

Die Franckeschen Stiftungen wurden in das im Jahre 2001 erschienene Blaubuch aufgenommen. Das Blaubuch ist eine Liste national bedeutsamer Kultureinrichtungen in Ostdeutschland und umfasst zurzeit 23 sogenannte kulturelle Leuchttürme. Die Einrichtung hat zudem Eingang in die deutsche Vorschlagsliste für die Ernennung zum Weltkulturerbe gefunden.

Bevölkerungsschutz
ISSN: 0940-7154
Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe
Postfach 1867, 53008 Bonn
PVSt, Deutsche Post AG,
Entgelt bezahlt, G 2766

